

Lebenslagen in Deutschland

Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Anhänge

Entwurf

**(Fassung für Ressortabstimmung und Beteiligung von
Verbänden und Wissenschaft - Stand: 14. Dezember 2004)**

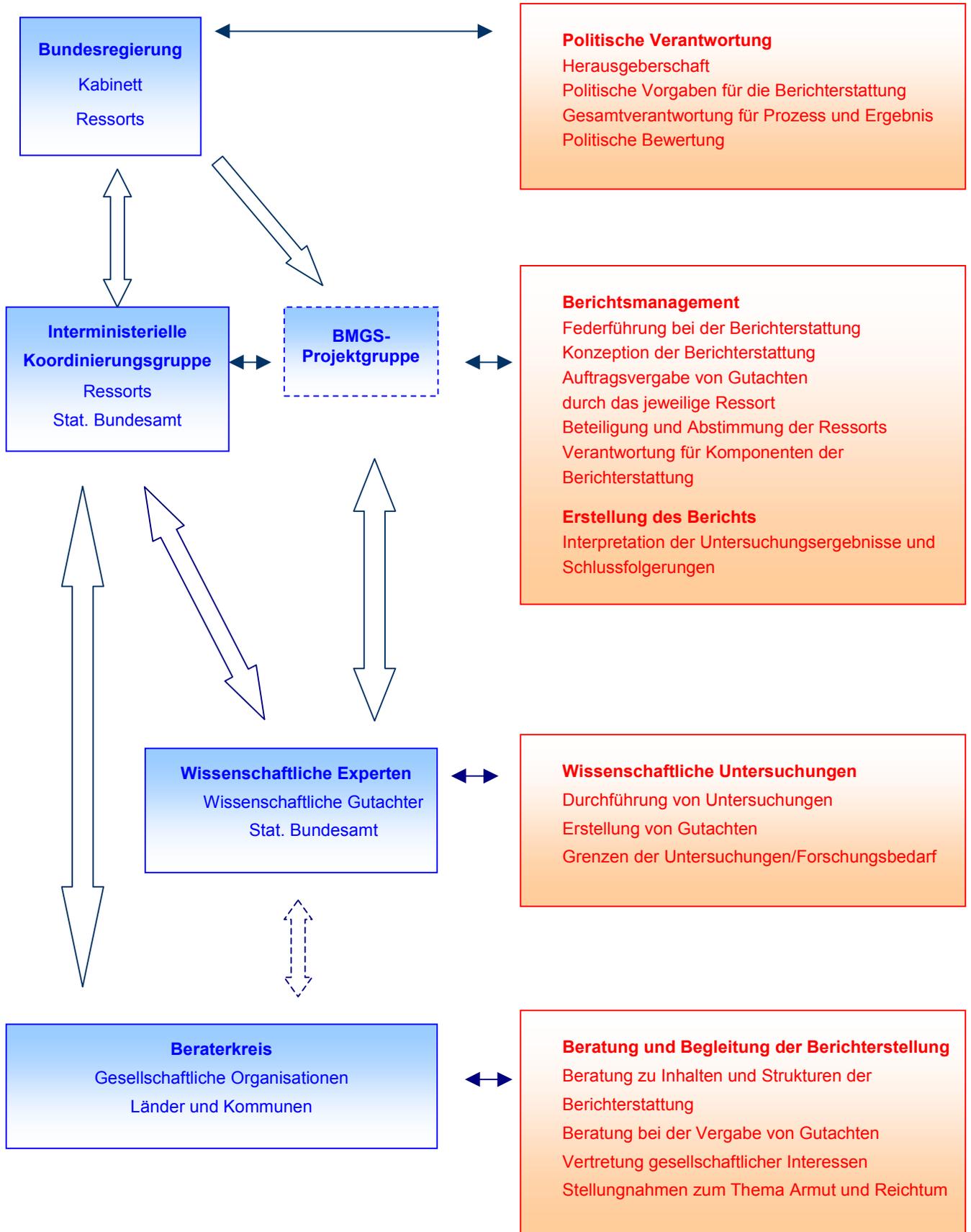
Inhaltsverzeichnis

	Seite
ANHANG I	Organisationsstruktur der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung..... 5
ANHANG II	Glossar 9
ANHANG III	Abkürzungsverzeichnis..... 17
ANHANG IV	Literaturverzeichnis..... 21
ANHANG V	Verzeichnis der Tabellen..... 33
ANHANG VI	Verzeichnis der Schaubilder 39
ANHANG VII	Beraterkreis..... 43
ANHANG VIII	Liste der Expertisen..... 47
ANHANG IX	Beschlüsse des Deutschen Bundestags zur Berichterstattung..... 53
ANHANG X	Ergebnisse im Überblick 77
ANHANG XI	Anhangtabellen und methodische Erläuterungen..... 87

ANHANG I

Organisationsstruktur der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung

Organisationsstruktur der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung



ANHANG II

Glossar

Äquivalenzgewichtung

Um beim Vergleich der Einkommen von Haushalten Struktureffekte auszuschalten, basieren die Berechnungen zum Teil auf den sogenannten Nettoäquivalenzeinkommen. Hierbei handelt es sich um äquivalenzgewichtete Personennettoeinkommen. Auf Empfehlung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird zwischen zwei unterschiedlichen Skalen von Gewichtungsfaktoren unterschieden. Bei der ursprünglichen (alten) OECD-Skala erhält der Haupteinkommensbezieher des Haushalts den Gewichtungsfaktor 1,0, alle übrigen Haushaltsmitglieder von 14 Jahren und älter erhalten den Gewichtungsfaktor 0,7 und Personen unter 14 Jahren den Gewichtungsfaktor 0,5. Die entsprechenden Gewichtungsfaktoren der modifizierten (neuen) OECD-Skala sind 1,0 / 0,5 / 0,3. Sie ist die für Äquivalenzgewichtungen derzeit am meisten verwendete Äquivalenzskala.

ALLBUS

„Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“. Die Erhebung wird in zweijährlichen Abständen vom Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (Mannheim) und dem Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (Köln) durchgeführt und durch einen wissenschaftlichen Beirat begleitet. Der ALLBUS wurde 1980 - 1986 und 1991 von der DFG und anschließend von Bund und Ländern gefördert. Befragt werden deutschsprachige Personen ab 18 Jahren, die in Privathaushalten wohnen. Die folgenden Analysen basieren auf den Erhebungen der Jahre 2000 (mit 3.804 Befragten) und 2002 (2.820 Befragte).

Armutrisikoquote

Die Armutrisikoquote ist definiert als Anteil der Personen in Haushalten, deren „bedarfsgeichtetes Nettoäquivalenzeinkommen“ weniger als 60 % des Mittelwerts (Median) aller Haushalte beträgt. Das Nettoäquivalenzeinkommen wird ermittelt als gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen, in dem das Nettohaushaltseinkommen durch die Summe der Personengewichte (s. Äquivalenzgewichtung) - abgeleitet über die neue OECD-Skala - geteilt wird.

Armutrisikolücke

Bei der alleinigen Betrachtung von Armutrisikoquoten bleibt unberücksichtigt, wie weit das Einkommen der Armutrisikobevölkerung unter der jeweiligen Grenze liegt. Um auch diesen Aspekt der „Armutrisikointensität“ einzubeziehen, werden ergänzend relative Armutrisikolücken berechnet. Dieser weitere Indikator ist - entsprechend dem Laeken-Indikator 4 - definiert als Differenz zwischen Armutrisikogrenze und Median der Nettoäquivalenzeinkommen der Personen unter der Armutrisikogrenze in Relation zur Armutrisikogrenze. Das Armutrisikoproblem ist bei gegebener Armutrisikoquote umso größer, je niedriger die Einkommen der Betroffenen - was sich auch im Median dieser Gruppe niederschlägt - ausfallen. Auch Veränderungen der Armutrisikoquote sind je nach der damit einhergehenden Armutrisikointensität unterschiedlich zu beurteilen.

Datengrundlage Wohngeldstatistik

Die Wohngeldstatistik eignet sich in besonderer Weise für die Analyse der Wohnungsversorgung unterer Einkommensgruppen. Sie liefert jährlich Daten zur Wohnungsversorgung einkommensschwacher Haushalte in Deutschland (von derzeit 3,1 Mio. 2003). Sie unterscheidet neben den alten Ländern (einschließlich Berlin) und den neuen Ländern noch nach der Art der Wohngeldgewährung zwischen allgemeinem Wohngeld und besonderem Mietzuschuss (für Sozialhilfe- und Kriegsopferfürsorgebezieher).¹ Die Statistik des besonderen Mietzuschusses eig-

1 Zu den Arten der Wohngeldgewährung vgl. im Einzelnen: Deutscher Bundestag: Wohngeld- und Mietenbericht 1999. Drucksache 14/3070 vom 31. März 2000, Ziffer 50, Berlin 2000. Nach Inkrafttreten der wesentlichen Elemente der Wohngeldnovelle zum 1.1.2001 wird das

net sich deshalb zur Ableitung von Aussagen über die Gruppe mit den niedrigsten verfügbaren Einkommen, während die Empfänger von allgemeinem Wohngeld i.d.R. eine Einkommensgruppe knapp oberhalb des Sozialhilfeniveaus bilden.²

Der Vorteil der Wohngeldstatistik gegenüber anderen Statistiken liegt neben der regelmäßigen, zeitnahen Bereitstellung sachlich tief gegliederten Datenmaterials zur Wohnungsversorgung vor allem in der verlässlichen Erfassung von Haushaltseinkommen (sehr differenzierte amtliche Einkommensermittlung als Voraussetzung für die Wohngeldbewilligung) und daraus abgeleiteter Mietbelastung. Zu beachten ist allerdings, dass die Wohngeldstatistik nur Informationen über einkommensschwache Haushalte ausweist, die bereits über Wohnraum verfügen und die für die Wohnkosten einen vergleichsweise hohen Anteil ihres verfügbaren Einkommens aufwenden müssen. Diese Statistik liefert folglich weder Informationen über die aktuell von Wohnungslosigkeit betroffenen Haushalte, noch werden Haushalte knapp oberhalb des Sozialhilfeniveaus mit geringer Wohnkostenbelastung nachgewiesen (Beispiel: einkommensschwacher Rentnerhaushalt im entschuldeten Eigenheim). Da mehr als 95% aller Wohngeldempfänger Mieterhaushalte sind und Eigentümerhaushalte aufgrund ihres in der Regel höheren Einkommens zu rd. 99% kein Wohngeld erhalten, beziehen sich die Ausführungen im Berichtsteil Wohnen nur auf die Wohnungsversorgung einkommensschwacher Mieterhaushalte.³

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)

Die EVS ist eine Haushaltsbefragung, die seit 1962/63 regelmäßig in etwa fünfjährigem Abstand durch das Statistische Bundesamt durchgeführt wird. Es werden in Deutschland private Haushalte zu ihren Einnahmen und Ausgaben, zur Wohnsituation, der Ausstattung mit technischen Gebrauchsgütern sowie ihrem Vermögen bzw. den Schulden befragt. Die EVS ist eine Quotenstichprobe, die auf der Basis des jeweils aktuellen Mikrozensus hochgerechnet wird. Den Auswertungen im Bericht liegen die Vermögensangaben der privaten Haushalte zum 1. Januar 2003 und die Angaben zu Einnahmen und Ausgaben aus der ersten Jahreshälfte 2003 zugrunde. Zum zeitlichen Vergleich wurden die Angaben aus den Erhebungen 1998 und 1993 herangezogen (siehe auch **Imputation**).

Einkommensverteilung

Die Einkommensverteilung ergibt sich aus einem Prozess, der sich an Hand von drei Ebenen verdeutlichen lässt. Zunächst resultiert die Verteilung aus den am Markt erzielten Einkommen (Primäreinkommen). Die Verteilung auf dieser ersten Ebene ist u.a. durch den gesetzlichen Rahmen der Marktprozesse und die Verhandlungsmacht der Tarifparteien bestimmt. Auf der zweiten Ebene findet eine private Umverteilung zwischen Beziehern und Nicht-Beziehern statt, indem die individuellen Markteinkommen auf Haushaltsebene zusammenfließen. Analytisch kann jedem Haushaltsmitglied nach Zuordnung eines Äquivalenzgewichts ein Anteil zugerechnet werden (Marktäquivalenzeinkommen). Auf der letzten Ebene werden die Haushaltseinkommen über Abgaben und Transfers in die Nettoeinkommen der Haushalte transferiert. Das sich daraus ergebende Sekundäreinkommen lässt sich wiederum auf die jeweiligen Haushaltsmitglieder verteilen (Nettoäquivalenzeinkommen). Überlagert werden diese Vorgänge von konjunkturellen Schwankungen des Wirtschaftsprozesses, die sich direkt auf die Primäreinkommen, aber auch auf den Umverteilungsspielraum des Steuer- und Transfersystems auswirken.

Tabellenwohngeld durch das allgemeine Wohngeld und das Pauschalwohngeld durch den besonderen Mietzuschuss abgelöst.

2 Knapp 11% aller Empfänger von allgemeinem Wohngeld in Deutschland beziehen neben dem allgemeinen Wohngeld auch Sozialhilfe; sie haben aus rechtlichen Gründen keinen Anspruch auf Besonderen Mietzuschuss. Vgl. hierzu Wohngeld- und Mietenbericht 2002, a.a.O., S.33, Tabelle 13 und Ziffer 68.

3 Zur Versorgungslage einkommensschwacher Eigentümerhaushalte vgl. Wohngeld- und Mietenbericht 2002, a.a.O., Teil C, Kapitel IV.4. und Kapitel V.4.

Freiwilligensurvey

Befragung in Privathaushalten zu bürgerschaftlichem Engagement. 1999 wurden knapp 15.000 deutschsprachige Personen ab 14 Jahren in Privathaushalten befragt.

Gini-Koeffizient

Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Maß für Ungleichheit, entwickelt vom italienischen Statistiker Corrado Gini. Er basiert auf der Lorenz-Kurve und beschreibt auf einer Skala von 0 bis 1 die Relation zwischen empirischer Kurve und der Gleichverteilungs-Diagonalen. Je höher der Wert, umso ungleicher ist die Verteilung.

IGLU

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich 2001 auf Beschluss der Kultusministerkonferenz an der internationalen Studie „Progress in International Reading Literacy Study“ (PIRLS) beteiligt, die in Deutschland „Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung“ (IGLU) heißt. PIRLS/IGLU, von der International Association for the Evaluation of Educational Achievement initiiert, ergänzt die OECD-Mittelstufenuntersuchung PISA und rundet diese ab. PIRLS/IGLU ist ein internationaler Schülerleistungsvergleich zum Leseverständnis von Schülerinnen und Schülern der Klassenstufe 4 der Grundschule. Teilnehmer sind weltweit 39 Staaten. In jedem Staat wurden per Zufallsstichprobe mindestens 150 Schulen mit je 2 Klassen untersucht.

Imputation

Im Aufbereitungsprozess der EVS werden originäre Daten, die aus der Befragung der Haushalte stammen, durch Berechnungen verändert. Es handelte sich dabei um Daten, die entweder nicht direkt bei den Haushalten erfragt werden konnten oder aufgrund lückenhafter bzw. unvollständiger Angaben nur über ein einheitliches Berechnungsverfahren mit festem Algorithmus zu ermitteln waren. Die ursprünglichen Werte werden durch die so ermittelten Ergebnisse ersetzt, es erfolgte eine sogenannte Imputation (in den Datensatz). Solche Imputationen werden in der EVS insbesondere für die Merkmale Eigentüermietwert (auch: unterstellte Miete) und Versicherungsguthaben (auch: Rückkaufwert) vorgenommen. Ein wesentliches Problem für den Zeitvergleich stellt das unterschiedlich häufige Auftreten fehlender bzw. unplausibler Vermögenswerte in den Mikrodatensätzen 1993, 1998 und 2003 dar. Während die Stichprobe 1993 keine fehlenden Werte ausweist, enthält die Stichprobe 1998 fehlende Werte im Geldvermögen. Die Stichprobe 2003 weist fehlende Werte sowohl für das Geldvermögen als auch für das Immobilienvermögen aus, darüber hinaus enthält sie auch Fälle ohne jegliche Angaben zum Vermögen. Die Unterschiede zwischen den Stichproben sind zum einen auf Unterschiede in der Erfassungsqualität zurückzuführen (1993 wurden deutlich mehr persönliche Interviews durchgeführt). Zum anderen wurde bei der Aufbereitung der Stichprobe 2003 von Seiten des Statistischen Bundesamtes grundsätzlich auf die Imputation fehlender Werte verzichtet. Der Vergleich der einzelnen Stichproben wird dadurch erschwert, dass die Imputation fehlender Werte in den früheren Erhebungen durch das Statistische Bundesamt nicht dokumentiert ist. Insbesondere im Bereich der Immobilienvermögen ergeben sich aus der Verwendung unterschiedlicher Imputationsverfahren erhebliche Unterschiede für die Entwicklung der durchschnittlichen Vermögenshöhe und auch der Vermögensverteilung. Das ZEW hat sich daher für eine Variante mit einer umfassenden Ersetzung fehlender Werte in der Stichprobe 2003 entschieden, die auf der Annahme ähnlicher Korrekturen in der EVS 1993 durch das Statistische Bundesamt beruht. Diese Variante hat den Vorzug, dass sie einerseits die Vermögensverteilung am aktuellen Rand am besten widerspiegelt und sich andererseits auch besser für den Vergleich zur EVS 1993 eignet als Varianten mit eingeschränkterer Ersetzung fehlender Werte. Allerdings wird dadurch der Vergleich mit den Ergebnissen der EVS 1998 problematisch, da hier weniger umfassende Ersetzungen im Geldvermögen durchgeführt wurden und darüber hinaus wegen erhebungsmethodischer Unterschiede auch der Erfassungsgrad des Geldvermögens deutlich geringer war als in den anderen Erhebungen. Die Analysen stellen aus diesem Grund auch auf einen Vergleich der Vermögensverteilung in der 10-Jahres-Perspektive ab.

Lebensstandardansatz

Empirische Analysen für die westlichen Industriegesellschaften verwenden unterschiedliche Indikatoren zur Eingrenzung der von Armut betroffenen Personen. Dabei lassen sich Armutsindikatoren unterscheiden, die entweder die Ressourcen erfassen, über die Individuen verfügen, oder die die Ergebnisse der Ressourcenverwendung betrachten, d.h. die Befriedigung bestimmter Bedürfnisse und die Erzielung eines bestimmten Lebensstandards. Im Gegensatz zum Ressourcenansatz betrachten also direkte Armutsindikatoren die Ergebnisse des Verhaltens der Individuen nach Einsatz der ihnen zugänglichen Ressourcen. Sie betrachten den Lebensstandard, über den Personen zu einem bestimmten Zeitpunkt in einer gegebenen Gesellschaft tatsächlich verfügen. Arm wäre nach dieser Definition die Person, die nicht über einen allgemein akzeptierten (minimalen) Lebensstandard verfügt. Ausgangspunkt dieses Lebensstandardansatzes ist in der Regel eine Liste von Dingen und Aktivitäten, die nach Ansicht einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe die wesentlichen Aspekte des notwendigen Lebensstandards in einer Gesellschaft umfassen. Dies sind z.B. die Ausstattung mit (langlebigen) Gütern für Haushalt und persönlichen Bedarf, Wohnungsausstattung und Wohnumfeld, finanzielle Rücklagen und Zahlungsfähigkeit, Bildungs- und Freizeitaktivitäten, Sozialkontakte sowie Möglichkeiten der Gesundheitsvorsorge. Für alle Untersuchungspersonen wird entweder per Beobachtung oder meistens per Befragung geprüft, ob sie über diese Dinge verfügen bzw. diese Tätigkeiten ausüben. Fehlende Dinge oder nicht ausgeübte Tätigkeiten sind dann ein Hinweis auf einen unzureichenden Lebensstandard. Häufen sich diese Mangelerscheinungen, spricht man ab einem gewissen Ausmaß von Deprivation.

Lorenzkurve

Methode zur Darstellung der Verteilung des Einkommens, benannt M. C. Lorenz. Im Koordinatennetz werden jeweils in Prozentanteilen auf der Abszisse die Empfänger, beginnend mit dem untersten Einkommen auf der Ordinate, deren jeweiliger Anteil an sämtlichen bezogenen Einkommen abgetragen.

Median

Der Median ist als der mittlere aller der Größe nach sortierten Variablenwerte definiert. Er teilt also die Verteilung in zwei Teile, die idealerweise gleichviel Daten enthalten sollen.

Messkonzept des Risikos der relativen Einkommensarmut

Das im Armuts- und Reichtumsbericht verwendete Konzept der relativen Einkommensarmut orientiert sich an der Definition der Europäischen Union. Die Operationalisierung erfolgt in Anlehnung an die Indikatoren, die auf dem EU-Gipfel in Laeken 2001 vereinbart wurden. Dieses Konzept ist zwar Mainstream der derzeitigen empirischen Forschung zu Armut und Reichtum, aber nicht unumstritten. U.a. wird kritisiert, dass die Schwelle, die den Risikobereich der Einkommensarmut vom Rest der Verteilung abgrenzt, immer in Relation zu einem Mittelwert der Einkommen der Bevölkerung steht. Eine gesamtwirtschaftliche Wohlstandsmehrung führt daher nicht unbedingt zum Rückgang des Anteils der relativ Einkommensarmen. Neben den monetären Mitteln beeinflussen zudem auch Faktoren wie Bildung, Erwerbsstatus, Gesundheit, Wohnsituation, familiäre Situation oder soziale Netzwerke die Lebenssituation von Menschen. Eine Forschungsarbeit im Auftrag des BMGS über „Armut und Lebensstandard“ von Andreß hat sich deshalb mit diesen Aspekten der Messung von Armut und Reichtum auseinandergesetzt. Auch das Gutachten im Auftrag des BMGS mit dem Titel „Operationalisierung der Armuts- und Reichtummessung“ von Volkert u.a. erörtert grundsätzliche Fragen bei der Weiterentwicklung der konzeptionellen Grundlagen für eine regelmäßige Armuts- und Reichtumsberichterstattung. U.a. wird dort ein Konzept von Armut bzw. Reichtum an „Verwirklichungschancen“ in Anlehnung an die Arbeiten von Amartya Sen vorgestellt.

Niedrigeinkommenspanel (NIEP)

Das NIEP ist als eine halbjährliche telefonische Wiederholungsbefragung von Haushalten im unteren Einkommensbereich (unteres Quintil, d.h. Fünftel) angelegt und soll also ausdrücklich nicht die Gesamtbevölkerung repräsentieren. Es wurde von 1998 bis 2002 durch Infratest Sozialforschung im Auftrag der Bundesregierung durchgeführt. Es handelt sich - wie beim SOEP - um eine Längsschnittbefragung mit allerdings nur 6 Wellen. Die Erhebung soll Informationen über dynamische Prozesse der Armutsentstehung und -überwindung liefern, die in dieser Form bisher nicht zur Verfügung stehen, und damit die Grundlage für gezielte präventive und reaktive Maßnahmen zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut und Sozialhilfeabhängigkeit schaffen.

Program for International Student Assessment (PISA)

PISA steht für „Programme for International Student Assessment“ - ein Programm zur zyklischen Erfassung basaler Kompetenzen der nachwachsenden Generation, das von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) durchgeführt und von allen Mitgliedstaaten gemeinschaftlich getragen und verantwortet wird. PISA ist Teil des Indikatorenprogramms der OECD, dessen Ziel es ist, den OECD-Mitgliedstaaten vergleichende Daten über die Ressourcenausstattung, individuelle Nutzung sowie Funktions- und Leistungsfähigkeit ihrer Bildungssysteme zur Verfügung zu stellen (OECD, 1999). Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich an diesem Programm gemäß einer Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder.

Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)

Das SOEP ist eine Panel-Befragung, die seit 1984 vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) durchgeführt wird. Es beinhaltet Personen-, Haushalts- und Familiendaten, wobei Schwerpunkte der Erhebung auf den Bereichen Bevölkerung und Demografie, Ausbildung und Qualifikation sowie Arbeitsmärkte und berufliche Dynamik liegen. Für Analysen zur Vermögensverteilung eignet sich insbesondere die in der Welle 2002 erhobene persönliche Vermögensbilanz, in der Angaben zur Höhe des Geld-, Immobilien-, Betriebs- und Sachvermögens (in Form von Gold, Schmuck, Münzen und wertvollen Sammlungen) der privaten Haushalte verfügbar sind.

Vermögensverteilung

Das gesamte Nettovermögen der privaten Haushalte (Geld-, Immobilien-, Betriebs- und Gebrauchsvermögen, inkl. der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) belief sich Ende 2002 auf rund 7,8 Billionen Euro. Detaillierte Verteilungsdaten liegen im Rahmen der EVS durch eine unterschiedliche Abgrenzung und eine erhebungsbedingte Untererfassung des Geldvermögens aber nur für rund 5 Billionen Euro des Vermögens der privaten Haushalte vor. Dies erlaubt zwar keine umfassenden Aussagen über die Vermögensverteilung im weitesten Sinne, ist aber sachgerecht und zweckmäßig für Aussagen zum angesparten und geerbten Geld- und Sachvermögen, das für individuelle Vorsorge und Absicherung zur Verfügung steht.

Zeitbudgeterhebung

Die „Zeitbudgeterhebung 2001/2002“ wurde vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Länder bei rund 12.000 Personen ab 12 Jahren in 5.400 Haushalten durchgeführt. Die Befragung ist die wichtigste Erhebung zur Zeitverwendung in Deutschland.

ANHANG III

Abkürzungsverzeichnis

AFBG	Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz
AföRG	Ausbildungsförderungsreformgesetz
ALLBUS	Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften
ALG	Arbeitslosengeld
ANBA	Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit
APOLL	Alfa-Portal Literacy Learning
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
ASID	Alterssicherung in Deutschland
AVID	Altersvorsorge in Deutschland
BA	Bundesagentur für Arbeit
BAG-W	Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BErzGG	Bundeserziehungsgeldgesetz
BGBI	Bundesgesetzblatt
BLK	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMGS	Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung
BMVBW	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BZgA	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
CVTS	Continuing Vocational Training Survey
DGleiG	Gleichstellungsdurchsetzungsgesetz
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DJI	Deutsches Jugendinstitut
DSW	Deutsches Studentenwerk
ECHP	European Community Household Panel
ESt	Einkommensteuer
EStG	Einkommensteuergesetz
EU	Europäische Union
EUROSTAT	Statistisches Amt der EU
EVS	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
FhG	Fraunhofer-Gesellschaft
GG	Grundgesetz
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
HbL	Hilfe in besonderen Lebenslagen
HLU	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt

HRG	Hochschulrahmengesetz
HSI	Hochschul-Informationssystem
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
IGLU	Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung
INFAS	Institut für angewandte Sozialwissenschaft
ISG	Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik
InsO	Insolvenzordnung
KMK	Kultusministerkonferenz
MZ	Mikrozensus
NIEP	Niedrigeinkommenspanel
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PIRLS	Progress in International Reading Literacy Study
PISA	Program for International Student Assessment
RKI	Robert Koch-Institut
SchwB G	Schwerbehindertengesetz
SGB III	Sozialgesetzbuch III (Arbeitsförderung)
SGB V	Sozialgesetzbuch V (Gesetzliche Krankenversicherung)
SGB VIII	Sozialgesetzbuch VIII (Kinder- und Jugendhilfe)
SGB IX	Sozialgesetzbuch IX (Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen)
SGB XI	Sozialgesetzbuch XI (Soziale Pflegeversicherung)
SINUS	Steigerung der Effizienz des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts
SOEP	Sozio-oekonomisches Panel
StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
VO	Verordnung
ZKA	Zentraler Kreditausschuss

ANHANG IV

Literaturverzeichnis

- Alt, J.: Leben in der Schattenwelt - Problemkomplex illegale Migration. Neue Erkenntnisse zur Lebenssituation illegaler Migranten in München, Leipzig und anderen Städten, Karlsruhe 2003.
- Andreß, H.-J./Krüger, A./ Sedlacek, B. K.: Armut und Lebensstand. Zur Entwicklung des notwendigen Lebensstandards der Bevölkerung 1996 bis 2003, Bonn 2004 (unveröffentlicht).
- Arbeitsgruppe Internationale Vergleichsstudie: Vertiefender Vergleich der Schulsysteme ausgewählter PISA-Staaten. Schriftenreihe Bildungsreform des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Bd. 2, Bonn 2003.
- Arbeitsstab des Forum Bildung in der BLK: Empfehlungen des Forum Bildung, Bonn 2001.
- Bach, S./Bartholmai, B.: Produktivvermögen privater Haushalte, Bonn 2001.
- Backert, W./Lechner, G.: ... und befreie uns von unseren Gläubigern, Baden-Baden 2000.
- Baethge, M./Buss, K.-P./Laufer, C. (Hg.): Expertisen zu den konzeptionellen Grundlagen für einen nationalen Bildungsbericht - Berufliche Bildung und Weiterbildung/Lebenslanges Lernen. Schriftenreihe Bildungsreform des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Bd. 8, Bonn 2004.
- BAG-Wohnungslosenhilfe: Frauen in Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot - Darstellung der Lebenslagen und Anforderungen an eine bedarfsgerechte Hilfe. Positionspapier der BAG-Wohnungslosenhilfe, in: Wohnungslos. Aktuelles aus Theorie und Praxis zur Armut und Wohnungslosigkeit, Heft 1, 2003.
- BAG-Wohnungslosenhilfe: Zahl der Wohnungslosen in Deutschland, Mai 2003, in: www.bagw.de.
- BAG-Wohnungslosenhilfe (Hg.): Wo und Wie - Verzeichnis der sozialen Dienste und Einrichtungen für wohnungslose Personen in der Bundesrepublik Deutschland - 2003/2004, Bielefeld 2003.
- Bellmann, L.: Der Stand der Aus- und Weiterbildungsstatistik in Deutschland, 2003, in: M. Baethge/K.-P. Buss/C. Laufer (Hg.): Expertisen zu den konzeptionellen Grundlagen für einen nationalen Bildungsbericht - Berufliche Bildung und Weiterbildung/Lebenslanges Lernen. Schriftenreihe Bildungsreform des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Bd. 8, Bonn 2004.
- Beywl, W./Speer, S./Kehr, J.: Wirkungsorientierte Evaluation im Rahmen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung, Bonn 2004.
- Boos-Nünning, U./Karakasoglu, Y.: Viele Welten leben. Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen mit griechischem, italienischem, jugoslawischem und türkischem Migrationshintergrund sowie Aussiedlerhintergrund, Bonn 2004 (unveröffentlicht).

- Braun, J./Klages, H. (Hg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland - Freiwilligensurvey 1999, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 194.2.
- Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarktstatistiken (Ild.).
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: Raumordnungsbericht 2000, Bonn 2000.
- Bundesarbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe e.V. (Hg.): Wegweiser für Inhaftierte, Haftentlassene und deren Angehörige, Bonn 2003.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Perspektiven der Armuts- und Reichtumsberichterstattung, Tagungsdokumentation, Bonn 2002.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.): Berufsbildungsbericht, Bonn 2003.
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend: Wenn aus Liebe rote Zahlen werden. Über die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung, Berlin 2003.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Bericht über die Auswirkungen der §§ 15 und 16 des Bundeserziehungsgeldgesetzes, Berlin 2004.
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung: Lebenslagen, Indikatoren, Evaluation - Weiterentwicklung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung, Tagungsdokumentation, Bonn 2003.
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung: Reichtum und Eliten - Haushaltsproduktion und Armutsprävention, Tagungsdokumentation, Bonn 2004.
- Bundesministerium für Umwelt/Umweltbundesamt: Umweltbewusstsein in Deutschland 2002, Berlin 2002.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hg.): Schuler-Wallner, G./ Greiff, R./ Mühlich-Klinger, I.: Dauerhafte Wohnungsversorgung von Obdachlosen, Darmstadt 1997.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen: Wohngeld- und Mietenbericht 2002, Berlin 2002.
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hg.): Schwule Männer und AIDS: Risikomanagement in Zeiten der sozialen Normalisierung einer Infektionskrankheit, Bd. 48, Köln 2004.
- Bürklin, W./Rebenstorf, H. et al.: Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen 1997.
- Cornel, H.: Probanden der Bewährungshilfe für Jugendliche und Heranwachsende in Berlin - ihre Lebenslage und Erwartungen an das Hilfesystem, Berlin 2000.

Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft: Konzertierte Aktion zur Armutsprävention. Das erste Armutspräventionsprogramm der Bundesregierung. Evaluation von hauswirtschaftlichen Praxis- und Bildungsprojekten. Konzepte und Modelle zur Armutsprävention. Materialien, Bd. 5, Aachen, Bonn 2004.

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS): Jahrbuch Sucht 2004, Geesthacht 2003.

Deutscher Bundestag: Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag von Amsterdam vom 2. Oktober 1997. Drucksache 13/9339 vom 3. Dezember 1997, Berlin 1997.

Deutscher Bundestag: Lebenslagen in Deutschland - Erster Armuts- und Reichtumsbericht. Drucksache 14/5990 vom 8. Mai 2001, Berlin 2001.

Deutscher Bundestag: Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung - Drucksache 14/5990 - Lebenslagen in Deutschland - Erster Armuts- und Reichtumsbericht. Drucksache 14/6628 vom 5. Juli 2001, Berlin 2001.

Deutscher Bundestag: Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Drucksache 14/8900 vom 3. Juni 2002, Berlin 2002.

Deutscher Bundestag: Bericht der Bundesregierung nach § 160 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) über die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen. Drucksache 15/1295 vom 22. September 2003, Berlin 2003.

Deutscher Bundestag: Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung der Empfehlungen des Zentralen Kreditausschusses zum Girokonto für jedermann. Drucksache 15/2500 vom 11. Februar 2004, Berlin 2004.

Deutscher Bundestag: Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2003-2005 - Aktualisierung 2004. Drucksache 15/3270 vom 27. Mai 2004, Berlin 2004.

Deutscher Bundestag: Wohngeld- und Mietenbericht 1999. Drucksache 14/3070 vom 31. März 2000, Ziffer 50, Berlin 2000.

Deutsches Jugendinstitut (Hg.): Familiensurvey, Bd. 10, Opladen 2000.

Deutsches Studentenwerk (DSW): Hochschulinformationssystem (HIS), 17. Sozialerhebung, Bonn 2003

EMNID-Institut: Bundesweite Befragung zur Erhebung der Lebenslage der Klientinnen und Klienten der Bewährungshilfe, Bielefeld 1999.

Engels, D./Martin, M.: Typische Lebenslagen und typischer Unterstützungsbedarf von Klientinnen und Klienten der Bewährungshilfe. Sekundäranalyse von Befragungsdaten der Ar-

beitsgemeinschaft Deutscher Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer e. V., Köln 2002 (unveröffentlicht).

Engels, D./Sellin, C.: Begleitende Untersuchung zur Umsetzung der Verordnung zur Durchführung des § 72 BSHG, Köln 2004 (unveröffentlicht).

Engels, D.: Armut, Soziale Ausgrenzung und Teilhabe an Politik und Gesellschaft, Bonn 2004.

Engstler, H./Menning, S.: Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik, Berlin 2003.

Europäische Kommission: Gemeinsamer Bericht über die Soziale Eingliederung als Fazit der Auswertung der Nationalen Aktionspläne für soziale Eingliederung (2003-2005), Brüssel 2003.

Fraunhofer Institut für Angewandte Informationstechnik (Hg.): Quinke, H.: Einkommenssituation von Familien, St. Augustin 2004 (unveröffentlicht).

Gabriel, O. et al.: Bürgerengagement in Form von ehrenamtlicher Tätigkeit und sozialen Hilfsleistungen, in: Statistisches Bundesamt (Hg.): Alltag in Deutschland - Analysen zur Zeitverwendung, Forum der Bundesstatistik, Bd. 43, Bonn 2004.

Gensicke, Th.: Freiwilliges Engagement in den neuen und alten Ländern, in: J. Braun/H. Klages (Hg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland - Freiwilligensurvey 1999, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 194.2.

Gesundheitssurvey 2003, Berlin 2003.

Groß, D. et al.: Wirkungsorientierte Evaluation des Armutspräventionsprogramms des Bundesministerium für Familien, Frauen, Senioren und Jugend, Frankfurt a. M. 2004.

Grunenberg, H./Kuckartz, U.: Umweltbewusstsein in Deutschland 2002. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, Berlin 2002.

Haisken-De New, J.: Lebensstandarddefizite bei Erwerbstätigenhaushalten, Bonn 2004 (unveröffentlicht).

Hamburger, F. et al.: Wirksamkeit von Schuldnerberatung, Gummersbach 2004.

Hansbauer, P.: Kinder und Jugendliche auf der Straße, Münster 1998.

Hauser, R./Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 - 1998, Bonn 2001.

Hauser, R. / Becker, I. (Hg.): Reporting on Income Distribution and Poverty. Perspectives from a German and a European Point of View, Berlin, Heidelberg, New York 2003.

Hauser, R./Becker, I.: Nicht-Inanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen (Dunkelzifferstudie), Bonn 2004 (unveröffentlicht).

Hauser, R./Becker, I.: Verteilung der Einkommen 1999 - 2003, Bonn 2004 (unveröffentlicht).

- Hauser, R./Wagner, G.G.: Die personelle Einkommensverteilung, in: K.-F. Zimmermann (Hg): Neue Entwicklungen in der Volkswirtschaftslehre, Heidelberg 2001, S. 369-435.
- Henkel, D.: Konsum von Alkohol, Tabak und psychoaktiven Medikamenten bei Arbeitslosen und Einkommensarmen. Eine Auswertung des Nationalen Gesundheitssurveys 1991/1992 der Bundesrepublik Deutschland, in: Abhängigkeiten, Heft 1, 2000, S. 26-43.
- Hock, B./Holz, G./Simmedinger, R./Wüstendörfer, W.: Gute Kindheit - Schlechte Kindheit?, Frankfurt a. M. 2000.
- Holz, G./Skoluda, S.: Armut im frühen Grundschulalter, Frankfurt a. M. 2003.
- Infratest Sozialforschung, Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt, Internationales Institut für empirische Sozialökonomie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit: Geringfügige Beschäftigung und Nebenerwerbstätigkeiten in Deutschland 2001/2002, BMWA-Dokumentation Nr. 530, Berlin 2004.
- Institut für Jugendforschung: Die Finanzkraft der 13- bis 24-Jährigen in der Bundesrepublik Deutschland, München 2003.
- Integrationsbeauftragte der Bundesregierung: Bericht der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Berlin und Bonn 2002.
- Jaquemoth, B.: Verschuldung von Kindern und Jugendlichen, Nürnberg 2004.
- Kettschau, I.: Lebensgestaltung auf Haushaltsebene. Verknüpfung zwischen Armutsforschung und Zeitbudget, Berlin 2004 (unveröffentlicht).
- Kieselbach, Th.: Individuelle und gesellschaftliche Bewältigung von Arbeitslosigkeit, in: Landesstelle gegen die Suchtgefahren Baden-Württemberg (Hg.): Sucht und Arbeitslosigkeit, Stuttgart 1999.
- Kohli, M./Schupp, J.: Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Erbschaften und Vermögensverteilung, Bonn 2004 (unveröffentlicht).
- Kohte, W.: Ziel und Wirkung der in der letzten Legislaturperiode beschlossenen gesetzlichen Änderungen der InsO und ZPO auf überschuldete und von Überschuldung bedrohte Haushalte, Halle/Saale 2004.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hg.): Schlussbericht des zweiten europäischen Programms zur Bekämpfung der Armut 1985-1989, Brüssel 1991.
- Korczak, D.: Definitionen der Verschuldung und Überschuldung im europäischen Raum, Berlin 2003.
- Korczak, D.: Überschuldungsexpertise für den 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2003.

- Korczak, D.: Überschuldungssituation in Deutschland im Jahr 2002. Aktualisierung der Daten zur Überschuldung, Berlin 2004.
- Krug, W./Ernst, N.: Zusatzleistungen für Sozialhilfeempfänger, Bonn 2004 (unveröffentlicht).
- Lampert, Th./Ziese, Th.: Armut, soziale Ungleichheit und Gesundheit, Bonn 2004 (unveröffentlicht).
- Landesstelle gegen die Suchtgefahren Baden-Württemberg (Hg.): Sucht und Arbeitslosigkeit, Stuttgart 1999.
- Leibfried, S./Buhr, P.: Verlaufs- und Ausstiegsanalyse Sozialhilfe, Bonn 2005 (unveröffentlicht).
- Leibfried, S./Leisering, L. et al.: Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat, Frankfurt a. M. 1995.
- Machatzke, J.: Die Potsdamer Elitestudie - Positionsauswahl und Ausschöpfung, in: W. Bürklin/H. Rebenstorf et al. (Hg.): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen 1997, S. 35-68.
- MARPLAN: Ausländer in Deutschland. Soziale Situation, Offenbach (unveröffentlichte Daten; zitiert im „Bericht über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland“ der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, Drucksache 14/9883 vom 21. August 2002).
- Mathäi, I.: Ältere alleinstehende Migrantinnen, Bonn 2004.
- Meier, U./Preuß, H./Sunnus, E. M.: Steckbriefe von Armut. Haushalte in prekären Lebenslagen, Wiesbaden 2003.
- Merz, J./Hirschel, D./Zwick, M.: Struktur und Verteilung hoher Einkommen. Mikroanalysen auf der Basis der Einkommensteuerstatistik, Bonn 2004 (unveröffentlicht).
- Mielck, A./Heinrich, J.: Soziale Ungleichheit und die Verteilung umweltbezogener Expositionen (Environmental Justice), in: Gesundheitswesen, 64. Jg., 2002, S. 405-416.
- Münnich, M./Illgen, M.: Zur materiellen Ausstattung der Haushalte von Niedrigeinkommensbezieher, Bonn 2001.
- Münnich, M./Krebs, T.: Ausgaben für Kinder in Deutschland, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 12, 2002, S. 1080-1100.
- Neumann, U./Mingot, K./Ludwig, M.: Menschen in extremer Armut, Bonn 2004 (unveröffentlicht).
- OECD: The Role of the Tax/Benefit System in reducing inequality. Country analysis, Paris 2003.
- OECD: The Role of the Tax/Benefit System in reducing inequality: An empirical analysis based on the “taxing wages” methodology, Paris 2003.

- Ott, N./Strohmeier, H.-P.: Alleinerziehende im Sozialhilfebezug. Risiken und Chancen im Leben zwischen Familie und Erwerbstätigkeit, Bonn 2004 (unveröffentlicht).
- Piorkowsky, M.-B.: Haushaltsaktivitäten und Wohlfahrtserträge in Familienhaushalten mit Niedrigeinkommen, Berlin 2004.
- Piorkowsky, M.-B.: Private Haushaltsproduktion, Haushaltsführungskompetenzen und Armutsprävention, in: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hg.): Reichtum und Eliten - Haushaltsproduktion und Armutsprävention, Tagungsdokumentation, Bonn 2004, S. 120-150.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Erneuerung - Gerechtigkeit - Nachhaltigkeit. Für ein wirtschaftlich starkes, soziales und ökologisches Deutschland, Berlin 2002.
- Preuße, H./Meier, U./Sunnus, E. M.: Die Vielfalt von Alltagsproblemen in prekären Lebenslagen - Möglichkeiten ihrer Bewältigung und Prävention. Leitfaden für die Bildungs-, Beratungs- und Betreuungsarbeit, Wiesbaden 2003.
- Rat der Europäischen Union: Ziele bei der Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung. Ratsdokument 14110/00 vom 30. November 2000, Brüssel.
- Rattinger, H./Faas, Th.: Politische Konsequenzen von Arbeitslosigkeit: Eine Analyse der Bundestagswahlen 1980 bis 2002, in: M. Wüst (Hg.): Politbarometer, Opladen 2003, S. 205-238.
- Rattinger, H./Maier, J.: Economic Conditions and Voting Behavior in German Federal Elections 1994-2002, in: German Politics, 13. Jg., 2004, S. 201-217.
- Reifner, U.: Überschuldungsprävention durch sozial verantwortliche Finanzdienstleister und durch Stärkung der finanziellen Bildung der Bürgerinnen und Bürger, Hamburg 2004.
- Schlink, J.: Leben in Insolvenz, Berlin 2002.
- Schmidt, C. et al.: Perspektive der Arbeitsmarktpolitik. Internationaler Vergleich und Empfehlungen, Heidelberg 2001.
- Schmidt-Denter, U.: Kölner Langzeitstudie zu Trennung und Scheidung. Die Veränderung familiärer Beziehungen nach einer Trennung/Scheidung, Kurzfassung, Köln 2002.
- SCHUFA Holding AG: Presseveröffentlichungen, Wiesbaden 2002.
- Schulze, E./Steffens, T.: Privilegierte Lebenslagen - Gesellschaftliche Eliten - Gemeinwohlorientiertes Engagement, Bonn 2004 (unveröffentlicht).
- Schupp, J./Wagner, G.-G.: Repräsentative Analyse der Lebenslagen einkommensstarker Haushalte, Bonn 2003.

- Schupp, J./Wagner, G.-G.: Repräsentative Analyse der Lebenslagen einkommensstarker Haushalte. Erbschaft, soziale Herkunft, spezielle Lebenslagenindikatoren, Bonn 2004 (unveröffentlicht).
- Schüssler, R.: Die Verteilung des Humankapitals auf private Haushalte und Personen, Bonn 2001.
- Schwarze, J./Mühling, T.: Auswertung des Niedrigeinkommens-Panels (NIEP) im Hinblick auf eine mehrdimensionale Analyse von Armut. Bonn 2004 (unveröffentlicht).
- Semrau, P./ Müllenmeister-Faust, U.: The Poverty and Wealth Report and the National Action Plan (NAP'incl.): Mutual Co-ordination and Prospects, in: R. Hauser/I. Becker (Hg.): Reporting on Income Distribution and Poverty. Perspectives from a German and a European Point of View. Berlin, Heidelberg, New York 2003, S. 329-337.
- Semrau, P./Müllenmeister-Faust, U.: Armuts- und Reichtumsberichterstattung in Deutschland, in: Statistisches Bundesamt (Hg.): Sozialer Wandel. Daten, Analysen, Gesamtrechnungen, Forum der Bundesstatistik, Bd. 41, Wiesbaden 2003, S. 55-72.
- Sen, A.: Economics and the Family. Asian Development Review, Manila 1983.
- Sen, A.: Inequality re-examined, Oxford 1992.
- Sen, A.: Commodities and Capabilities, Oxford 1999.
- Sen, A.: Development as Freedom, Oxford 1999.
- Social Protection Committee, Indicator Sub-Group (2001): Report from the Chairman to the SPC, Brüssel 2001.
- Solga, H.: Ohne Abschluss in die Bildungsgesellschaft, Leverkusen-Opladen 2004.
- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (EUROSTAT): The methodology of calculation of the Laeken indicators of monetary poverty, Brüssel 2002.
- Statistisches Bundesamt: Asylbewerberleistungsstatistik, Wiesbaden/Bonn (Ifd.).
- Statistisches Bundesamt: Bevölkerungsstatistik, Wiesbaden/Bonn (Ifd.).
- Statistisches Bundesamt: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, Wiesbaden/Bonn (Ifd.).
- Statistisches Bundesamt: Statistik der Kinder- und Jugendhilfe, Wiesbaden/Bonn (Ifd.).
- Statistisches Bundesamt: Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1992, 1995 und 1998, 10%-Stichprobe, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt: Mikrozensus, Wiesbaden/Bonn (Ifd.).
- Statistisches Bundesamt: Sozialhilfestatistik, Wiesbaden/Bonn (Ifd.).
- Statistisches Bundesamt: Repräsentative Wahlstatistik, Wiesbaden 1990 und 2002.
- Statistisches Bundesamt: Wohngeldstatistik, Wiesbaden/Bonn (Ifd.).

- Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2002.
- Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2050 - 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2003.
- Statistisches Bundesamt (Hg.): Sozialer Wandel. Daten, Analysen, Gesamtrechnungen, Forum der Bundesstatistik, Bd. 41, Wiesbaden 2003.
- Statistisches Bundesamt (Hg.): Zeitbudgetstudie 2001/2002, Wiesbaden 2003.
- Statistisches Bundesamt (Hg.): Alltag in Deutschland - Analysen zur Zeitverwendung, Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“ Bd. 43, Bonn 2004.
- Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2004.
- Statistisches Bundesamt: Leben und Arbeiten in Deutschland - Mikrozensus 2003, Wiesbaden 2004.
- Steinwede, J. /Kaltenborn, B. et al.: Begleitende Untersuchung zur Einführung und Umsetzung des Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG), erscheint voraussichtlich 2005.
- van Ackeren, I./Hovestadt, G.: Indikatorisierung der Empfehlungen des Forum Bildung - Ein exemplarischer Versuch unter Berücksichtigung der bildungsbezogenen Indikatorenforschung und -entwicklung. Schriftenreihe Bildungsreform des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Bd. 4, Bonn 2003.
- Voges et al.: Methoden und Grundlagen des Lebenslagenansatzes, Bonn 2004.
- Volkert, J. et al.: Operationalisierung der Armut- und Reichtumsmessung, Bonn 2004.
- Volkert, J.: Reichtumsberichterstattung - konzeptionelle und methodische Überlegungen aus der Perspektive von Amartya Sens Konzept der Verwirklichungschancen („Capabilities“), in: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hg.): Reichtum und Eliten - Haushaltsproduktion und Armutsprävention, Tagungsdokumentation, Bonn 2004, S. 12-32.
- Volkhardt, S.: Lebenslagen von Migrantenfamilien in Deutschland, Berlin 2004.
- Wagner, G. G. et al.: „Bürgerarbeit“: Kein sinnvoller Weg zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit, in: DIW-Wochenbericht 04/1998.
- Wagner, S.: Jugendliche ohne Berufsausbildung. Eine Längsschnittstudie zum Einfluss von Schule, Herkunft und Geschlecht auf ihre Bildungschancen, Aachen 2004 (unveröffentlicht).

- Walper, S.: Auswirkungen von Armut auf die betroffenen Kinder und Jugendlichen, München 2004.
- Wehrspaun, M./Penn-Bressel, G.: Ökologische Gerechtigkeit im Bereich Wohnen, Umweltbundesamt, Berlin 2004.
- Weißhuhn, G.: Bildung und Lebenslagen in Deutschland, Bonn 2004.
- Welsch, K. /Sonntag, D.: Deutsche Suchthilfestatistik 2002, in: Sonderheft der Zeitschrift SUCHT, 49. Jg., Dezember 2003.
- Westerheide, P.: Die Entwicklung und Verteilung des Vermögens privater Haushalte unter besonderer Berücksichtigung des Produktivvermögens, Bonn 2004.
- Wüst, M.: Politbarometer, Opladen 2003.
- Zeeb, H. et al.: Gesundheitliche Lage und Gesundheitsversorgung von erwachsenen Migranten, in: Gesundheitswesen, 66. Jg., 2004, S. 76-84.
- Zimmermann, G. E.: Aussagekraft der Daten des SOEP sowie der EVS 2003 zur Verschuldung von Privathaushalten, Karlsruhe 2004.
- Zimmermann, K.-F. (Hg.): Neue Entwicklungen in der Volkswirtschaftslehre, Heidelberg 2001
- Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen und Zentrum für Empirische Sozialforschung: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), Mannheim, Köln (Ifd.).

ANHANG V

Verzeichnis der Tabellen

Tabellen zu Teil A, Kapitel I
Einkommen, Vermögen und Überschuldung

- I.1 Entwicklung und Verteilung der Einkommen nach verschiedenen Ebenen und Gebiet 1998 und 2003
- I.2 Armutsrisikoquoten und Armutsrisikolücke
- I.3 Gruppenspezifische Armutsrisikoquoten in % in Deutschland nach Geschlecht, Alter, Erwerbsstatus und nach Haushaltstypen
- I.4 Reduzierung der Armutsrisikoquote in % durch die Kindergelderhöhungen seit 1998
- I.5 Bezieher höherer Einkommen nach alternativen Abgrenzungen
- I.6 Mittelwert und Median des Gesamtvermögens (in 1.000 Euro je Haushalt)
- I.7 Anteil der Haushalte mit einzelnen Arten des Geldvermögens an allen Haushalten
- I.8 Mittelwerte und Anteile von Zehnteln der Haushalte am gesamten Nettovermögen
- I.9 Gini-Koeffizienten der Verteilung des Nettogesamtvermögens
- I.10 Durchschnittliches Nettovermögen nach sozialen Gruppen

Tabelle zu Teil A, Kapitel II
Sozialhilfe in Deutschland

- II.1 Sozialhilfebezug und höchster Schulabschluss 2002

Tabellen zu Teil A, Kapitel III
Lebenslagen von Familien und Kindern

- III.1 Familien mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt nach Familientyp 1998 und 2003
- III.2 Haushaltsnettoeinkommen von (Ehe-)Paaren und allein Erziehenden mit Kindern unter 18 Jahren - Durchschnittsbeträge in Euro monatlich

Tabelle zu Teil A, Kapitel IV
Bildung - Schlüssel zur Teilhabe

- IV.1 Anteil der ausländischen Schulabgänger an allen Abgängern nach Art des Abschlusses in %

Tabellen zu Teil A, Kapitel V

Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt

- V.1 Erwerbstätige in Mio.
- V.2 Erwerbstätigenquoten in %
- V.3 Struktur der Minijobber im Juni 2002
- V.4 Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland
- V.5 Zahl der Langzeitarbeitslosen Ende September 2003
- V.6 Dauer der Arbeitslosigkeit bei Beendigung der Arbeitslosigkeit im Juni 2003 in Monaten
- V.7 Entwicklung der Arbeitslosigkeit der Jüngeren unter 25 Jahren

Tabellen zu Teil A, Kapitel VI

Versorgung mit Wohnraum

- VI.1 Mietbelastung nach Haushaltsgröße
- VI.2 Mietbelastung von Familien und Senioren
- VI.3 Durchschnittliche Wohnflächen einkommensschwacher Hauptmieterhaushalte 2002
(Angaben in qm)
- VI.4 Ausstattung einkommensschwacher Mieter 2002
- VI.5 Mietbelastungsquoten einkommensschwacher Mieter mit Tabellenwohngeldbezug
2001

Tabelle zu Teil A, Kapitel VII

Gesundheitliche Situation und Pflegebedürftigkeit

- VII.1 Empfänger von Hilfe zur Pflege am Jahresende

Tabellen zu Teil A, Kapitel VIII

Lebenslagen behinderter Menschen

- VIII.1 Tageseinrichtungen für Kinder am 31.12.2002 nach Art der Einrichtung und Art der verfügbaren Plätze
- VIII.2 Erwerbsquoten behinderter und nicht behinderter Menschen nach Alter in %
- VIII.3 Arbeitslosigkeit behinderter Menschen in % (jeweils Ende September)
- VIII.4 Vermittlung schwerbehinderter Menschen in Betriebe und Verwaltungen
- VIII.5 Entwicklung der Arbeitsentgelte in Werkstätten in Euro

Tabellen zu Teil A, Kapitel IX

Soziale und wirtschaftliche Situation von Migrantinnen und Migranten

- IX.1 Arbeitslosigkeit von Aussiedlerinnen und Aussiedlern 1998 bis 2003
- IX.2 Entwicklung der Ausländerarbeitslosigkeit - Deutschland -
- IX.3 Armutsrisikoquoten bei der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund 1998-2003 in %

Tabelle zu Teil A, Kapitel X

Menschen in extremer Armut und begrenzt selbsthilfefähige Personen

- X.1 Gefangene und Verwahrte nach Art des Vollzugs

Tabellen zu Teil A, Kapitel XI

Politische und gesellschaftliche Partizipation

- XI.1 Mitgliedschaft in politischen Organisationen (Jahr 2000)
- XI.2 Beteiligung an politischen Aktionen (Jahr 2000)
- XI.3 Beteiligung an den Bundestagswahlen 2002 und 1990
- XI.4 Bürgerschaftliches Engagement und Einkommen (Jahr 2002)

Tabelle zu Teil B, Kapitel I

Auskömmliches Einkommen, Vermögensaufbau auf breiterer Basis, Prävention vor Überschuldung

- B.1 Schritte der Steuerreform und ihre Wirkung

ANHANG VI

Verzeichnis der Schaubilder

Schaubilder zu Teil A, Kapitel I

Einkommen, Vermögen und Überschuldung

- I.1 Mobilitätsprofile in und aus dem Risiko der relativen Einkommensarmut 1998-2003
- I.2 Ost/West-Relation der durchschnittlichen Gesamtvermögensbestände
- I.3 Anteil der Haushalte mit Immobilien
- I.4 Entwicklung der Überschuldung privater Haushalte
- I.5 Auslöser von Überschuldung bei Klientinnen und Klienten der Schuldnerberatungsstellen, 2002
- I.6 Nutzen der Schuldnerberatung am Beispiel der Erwerbssituation Überschuldeter

Schaubilder zu Teil A, Kapitel II

Sozialhilfe in Deutschland

- II.1 Entwicklung der Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zum Jahresende (1963-2002) Deutschland
- II.2 Bezieherquoten laufender Hilfe zum Lebensunterhalt am Jahresende 2002
- II.3 Haushaltsquoten laufender Hilfe zum Lebensunterhalt am Jahresende 2002
Anteil der Bezieherhaushalte an den jeweiligen Privathaushalten in %
- II.4 Entwicklung der Zahl der Empfänger/-innen von Hilfe in besonderen Lebenslagen während des Jahres (1963-2002) - Deutschland

Schaubilder zu Teil A, Kapitel III

Lebenslagen von Familien und Kindern

- III.1 Einkommenschichtung 2003 - Paare mit zwei Kindern
- III.2 Armutsrisikoquoten 1998 und 2003 nach Familientyp
- III.3 Armutsrisikoquoten 2003 vor und nach Familienlastenausgleich und Sozialtransfers
- III.4 Sozialhilfequoten von Familien 1998 - 2002

Schaubilder zu Teil A, Kapitel IV

Bildung - Schlüssel zur Teilhabe

- IV.1 Auszubildende in der betrieblichen Berufsausbildung (duales System) nach schulischer Vorbildung Deutschland - 1998 und 2002 in %
- IV.2 Bildungsbeteiligungsquoten

- IV.3 Kinder aus sozialer Herkunftsgruppe „hoch“; Kinder aus sozialer Herkunftsgruppe „niedrig“
- IV.4 Teilnahmequoten an beruflicher Weiterbildung nach Erwerbsstatus 1979 - 2000 in %

Schaubild zu Teil A, Kapitel IX

Soziale und wirtschaftliche Situation von Migrantinnen und Migranten

- IX.1 Struktur der Haushalte von Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am 31.12.2002

Schaubild zu Teil A, Kapitel X

Menschen in extremer Armut und begrenzt selbsthilfefähige Personen

- X.1 Geschätzte Zahl der Wohnungslosen (ohne Aussiedler)

Schaubilder zu Teil A, Kapitel XI

Politische und gesellschaftliche Partizipation

- XI.1 Einkommenslage und politische Partizipation (Jahr 2000)
- XI.2 Parteimitgliedschaft nach Einkommenschichtung

ANHANG VII

Beraterkreis

Beraterkreis für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung

Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e. V.
Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe
Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände
Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e. V.
Bundesarbeitsgemeinschaft evangelische Jugendsozialarbeit
Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe
Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte (BAGH)
Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V.
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.
Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e. V.
Deutsche Bundesbank
Deutscher Behindertenrat (DBR)
Deutscher Bundesjugendring
Deutscher Caritasverband e. V.
Deutscher Frauenrat
Deutscher Gewerkschaftsbund (Abteilung Sozialpolitik)
Deutscher Landkreistag
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Deutscher Städte- und Gemeindebund
Deutscher Städtetag
Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge
Deutsches Rotes Kreuz
Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V.
Evangelische Kirche in Deutschland
Katholische Kirche (Deutsche Bischofskonferenz)
Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt
Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen
Nationale Armutskonferenz
Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
Sozialverband Deutschland e. V.
Sozialverband VdK Deutschland e. V.
ver.di (Ressort Sozialpolitik)
Verband alleinerziehender Mütter und Väter
Verband Deutscher Rentenversicherungsträger

als ständige Gäste:

Bundeskanzleramt
Bundesministerium der Finanzen
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Bundestagsfraktion B '90/Die Grünen
SPD-Bundestagsfraktion
Statistisches Bundesamt

ANHANG VIII

Liste der Expertisen

1. Armut und Lebensstandard
(Prof. Dr. Hans-Jürgen Andreß)
2. Verteilung des Produktivvermögens auf private Haushalte und Personen
(Dr. Bernd Bartholmai, Stefan Bach; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)
3. Wirkungsorientierte Evaluation im Rahmen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung
(Dr. Wolfgang Beywl, Sandra Speer, Jochen Kehr; UNIVATION)
4. Armut, soziale Ausgrenzung und Teilhabe zu Politik und Gesellschaft
(Dr. Dietrich Engels, Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e.V.)
5. Lebensstandarddefizite bei Erwerbstätigenhaushalten
(Dr. Dr. John Haisken-De New; Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung)
6. Verteilung der Einkommen 1999-2003
(Prof. Dr. em. Richard Hauser, Dr. Irene Becker, Dr. Klaus Kortmann; TNS Infratest Sozialforschung, Dr. Peter Krause; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)
7. Nicht-Inanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen (Dunkelzifferstudie)
(Prof. Dr. em. Richard Hauser, Dr. Irene Becker)
8. Lebensgestaltung auf Haushaltsebene - Verknüpfung zwischen Armutsforschung und Zeitbudget
(Prof. Irmhild Kettschau)
9. Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Erbschaften und Vermögensverteilung
(Prof. Dr. Martin Kohli)
10. Ziel und Wirkung der in der letzten Legislaturperiode beschlossenen gesetzlichen Änderungen der InsO und ZPO auf überschuldete und von Überschuldung bedrohte Haushalte
(Prof. Dr. Wolfhard Kohte)
11. Überschuldungssituation in Deutschland im Jahr 2002
(Dr. Dieter Korczak; Institut für Grundlagen- und Programmforschung)

12. Zusatzleistungen für Sozialhilfeempfänger
(Prof. Dr. Walter Krug, Nicole Ernst, Universität Trier)
13. Armut, soziale Ungleichheit und Gesundheit
(Thomas Lampert; Robert-Koch-Institut)
14. Verlaufs- und Ausstiegsanalyse zur Sozialhilfe
(Prof. Dr. Stephan Leibfried, Dr. Petra Buhr)
15. Struktur und Verteilung hoher Einkommen
(Prof. Dr. Joachim Merz, D. Hirschel, M. Zwick)
16. Menschen in extremer Armut
(Dr. Udo Neumann; Institut für Sozialberichterstattung und Lebenslagenforschung)
17. Haushaltsaktivitäten und Wohlfahrtserträge in Familienhaushalten mit
Niedrigeinkommen
(Prof. Michael-Burkhard Piorkowsky)
18. Einkommenssituation von Familien
(Dr. Hermann Quinke; Fraunhofer Institut für Angewandte Informationstechnik)
19. Privilegierte Lebenslagen und soziale Hierarchie
(Dr. Eva Schulze; Berliner Institut für Sozialforschung)
20. Auswertung des NIEP im Hinblick auf mehrdimensionale Aspekte von Armut
(Prof. Dr. Johannes Schwarze)
21. Sozialhilfeabhängigkeit von allein Erziehenden
(Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier und Prof. Dr. Notburga Ott)
22. Methoden und Grundlagen des Lebenslagenansatzes
(Prof. Dr. Wolfgang Voges)
23. Operationalisierung der Armuts- und Reichtumsmessung
(Prof. Jürgen Volkert, Günther Klee, Rolf Kleimann, Dr. Ulrich Scheurle,
Prof. Friedrich Schneider; Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung)

24. Repräsentative Lebenslagen einkommensstarker Haushalte
(Prof. Dr. Gert G. Wagner, Dr. Jürgen Schupp; Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung)

25. Repräsentative Analyse der Lebenslagen einkommensstarker Haushalte
(Prof. Dr. Gert G. Wagner, Dr. Jürgen Schupp; Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung)

26. Bildung und Lebenslagen in Deutschland
(Prof. Gernot D. Weißhuhn)

27. Entwicklung der Vermögensverteilung
(Dr. Peter Westerheide; Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung)

ANHANG IX

Beschlüsse des Deutschen Bundestags zur Berichterstattung

Antrag

der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nationale Armuts- und Reichtumsberichterstattung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die neue Bundesregierung wird regelmäßig einen Armuts- und Reichtumsbericht erstatten. Diese Berichterstattung und die Diskussion im Deutschen Bundestag ist die Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung von Armut. Sie ist wiederum ein Schwerpunkt der Politik der neuen Bundesregierung.

Eine nationale Armuts- und Reichtumsberichterstattung ist seit langem überfällig. Die Armutsberichterstattung ist in der Bundesrepublik Deutschland verglichen mit anderen europäischen Staaten rückständig. Eine offizielle Reichtumsberichterstattung findet bislang überhaupt noch nicht statt.

"Nicht nur Armut, sondern auch Reichtum muss ein Thema der politischen Debatte sein", schreiben die beiden großen christlichen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland in ihrem gemeinsamen Wort "Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit". Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilen diese Ansicht.

Mit ihrer Unterschrift unter das Abschlussdokument des Weltsozialgipfels von Kopenhagen 1995 hat sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, einen nationalen Armutsbericht zu erstellen. Die alte Bundesregierung ist dieser Verpflichtung nicht nachgekommen. Sie hat die Existenz von Armut in der Bundesrepublik Deutschland geleugnet und demzufolge keinen Sinn in einem nationalen Armutsbericht gesehen. Dieser Einschätzung steht die enorme öffentliche Aufmerksamkeit entgegen, die den Armutsberichten von vielen Kommunen, verschiedenen Ländern sowie von Wohlfahrtsverbänden und dem Deutschen Gewerkschaftsbund zuteil geworden ist. Diese Berichte liefern wertvolle Hinweise auf die Brisanz der Armut in einem so reichen Land wie der Bundesrepublik Deutschland, ohne dass sie jedoch die Lücke eines nationalen Armutsberichtes schließen könnten.

Während es über Armut bereits eine Vielzahl von Informationen gibt, die auf nationaler Ebene zusammengetragen werden müssen, ist über den Reichtum unserer Gesellschaft bislang wenig bekannt. "Reichtum ist ein scheues Wild" - damit wird gemeinhin der Umstand umschrieben, dass Reichtum und vor allem seine Ursachen unbekannte Größen sind. So beklagen die beiden Kirchen in ihrem Sozialwort zu Recht: "Verlässliche Daten über die Vermögensverteilung und -entwicklung in Deutschland liegen in ausreichendem Umfang nicht vor." Sie sollen durch einen regierungsoffiziellen Bericht an den Deutschen Bundestag regelmäßig geliefert werden. Die Kenntnis der

Ausmaße von Armut und Reichtum in unserer Gesellschaft sind die entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung der Politik der Bundesregierung.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Jahr 2001 einen nationalen Armuts- und Reichtumsbericht vorzulegen. Die Bundesregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass ein solcher Bericht nicht zu einem Zahlengrab wird. Daher soll sie folgende Anforderungen beachten:

- Die Analyse von Armut und Reichtum muss in die Analyse der gesamten Verteilung von Einkommen und Lebenslagen eingebettet sein. Armuts- und Reichtumsberichterstattung benötigen eine qualifizierte Datengrundlage.
- Die Berichterstattung muss der Komplexität und Vielschichtigkeit von Armut und Reichtum Rechnung tragen. Sie muss über individuelle und kollektive Lebenslagen Aufschluss geben. In dem Bericht sollte auch der Frage nachgegangen werden, in welcher Form und in welchem Umfang Arme selbstbestimmt und eigenverantwortlich handeln können. Der Bericht sollte besondere Problemgruppen gesondert berücksichtigen.
- Die Berichterstattung muss die Ursachen von Armut und Reichtum darlegen.
- Der empirische Teil des Berichts soll unter verbindlicher Beteiligung von Armuts- und Reichtumsforschern unter Federführung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung erstellt werden. Er kann auf die Erfahrungen aufbauen, welche bei der Berichterstattung in den Kommunen und Ländern gewonnen wurden. Darüber hinaus sollte ein internationaler Vergleich ermöglicht werden. Die Erstellung des Berichts soll von einem Beratungsprozess begleitet werden, an dem alle Organisationen und Verbände beteiligt werden, die sich mit dem Thema befassen. Der Bericht soll grundlegende gesellschaftliche Perspektiven und politische Instrumentarien zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut entwickeln. Die regelmäßige Berichterstattung hat die Aufgabe, die Wirkungsweise und Effizienz dieser Instrumente darzulegen.

Begründung

In ihrem gemeinsamen Sozialwort haben die beiden großen christlichen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland 1997 zu Recht festgehalten: "Armut wird heute immer noch stark tabuisiert. Der Streit über den Armutsbegriff ähnelt dem Streit, wie er Anfang der 70er Jahre über die Umwelt geführt wurde, als Probleme mit dem Hinweis geleugnet wurden, sie ließen sich nicht wissenschaftlich verlässlich nachweisen. Es gilt jedoch, die tatsächlich bestehende Armut zur Kenntnis zu nehmen. Hinter den unterschiedlichen Definitionen von Armut verbergen sich beunruhigende Fakten."

Anders als ihre Vorgängerin weigert sich die neue Bundesregierung nicht, sich dem Problem Armut zu stellen und Reichtum in diesem Zusammenhang anzusprechen. Die Auseinandersetzung mit Armut und Reichtum in der Bundesrepublik Deutschland darf dabei kein Streit um Begriffe oder Definitionen bleiben.

Armut und Reichtum in der Bundesrepublik Deutschland werden durch wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Prozesse verursacht, die die abgewählte Bundesregierung eingeleitet hat. Die Verbesserung der Lebenssituation der Armen und Ausgegrenzten ist eine Herausforderung an die ganze Gesellschaft. Einer gerechteren Verteilung von Wohlstand und Arbeit kommt

entscheidende Bedeutung für die Entwicklung unseres Landes zu. Armuts- und Reichtumsberichterstattung sind eine Voraussetzung für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes und damit für die Beseitigung der Armut.

Bonn, den 4. Mai 1999

Dr. Peter Struck und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 14/999 -

Nationale Armuts- und Reichtumsberichterstattung

b) zu dem Antrag der Fraktion der PDS

- Drucksache 14/1069 -

Regelmäßige Vorlage eines Berichts über die Entwicklung von Armut und Reichtum in der Bundesrepublik Deutschland

c) zu dem Antrag der Abgeordneten Birgit Schnieber-Jastram, Wolfgang Meckelburg, Hans-Peter Repnik, Peter Weiß (Emmendingen) und der Fraktion der CDU/CSU

- Drucksache 14/1213 -

Bekämpfung der „verdeckten Armut“ in Deutschland

A. Problem

- a) Nach Auffassung der einbringenden Fraktionen ist eine nationale Armuts- und Reichtumsberichterstattung seit langem überfällig. Die Armutsberichterstattung sei in der Bundesrepublik Deutschland verglichen mit anderen europäischen Staaten rückständig. Eine offizielle Reichtumsberichterstattung finde bislang überhaupt noch nicht statt. Die Bundesregierung soll daher aufgefordert werden, regelmäßig einen Armuts- und Reichtumsbericht zu erstatten. Diese Berichterstattung und die Diskussion im Deutschen Bundestag sei die Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung von Armut.
- b) Mit ihrer Unterschrift unter das Abschlussdokument des Weltsozialgipfels von Kopenhagen habe sich die alte Bundesregierung verpflichtet, einen nationalen Armutsbericht zu erstellen. Dieser Verpflichtung sei sie bis zum

Ende ihrer Amtszeit nicht nachgekommen. Die Bundesregierung soll daher aufgefordert werden, den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, das sie verpflichtet, den Deutschen Bundestag in regelmäßigen Abständen über die Entwicklung von Armut und Reichtum in der Bundesrepublik Deutschland zu unterrichten.

- c) Die Bundesregierung müsse sich nach Ansicht der einbringenden Fraktion mit der „verdeckten Armut“, d. h. jenen Menschen, die trotz Rechtsanspruchs auf Sozialhilfe nicht ihre berechtigten Ansprüche einfordern, verstärkt auseinandersetzen. Die Bundesregierung soll daher aufgefordert werden, sobald als möglich einen Bericht vorzulegen, in dem sie statistisches Material über „verdeckte Armut“ zusammenstellt und Strategien zu ihrer Bekämpfung entwickelt. Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung soll verstärkt Mittel für Forschungsaufträge zur Analyse und Bekämpfung der „verdeckten Armut“ bereitstellen.

B. Lösung

Annahme des Antrags auf Drucksache 14/999 und Ablehnung der Anträge auf den Drucksachen 14/1069 sowie 14/1213.

Mehrheit im Ausschuss

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/999 und Annahme der anderen Anträge.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 14/999 anzunehmen,
- b) den Antrag auf Drucksache 14/1069 abzulehnen,
- c) den Antrag auf Drucksache 14/1213 abzulehnen.

Berlin, den 24. Januar 2000

Der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung

Doris Barnett

Vorsitzende

Peter Weiss (Emmendingen)

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Peter Weiss (Emmendingen)

I. Überweisung, Voten der mitberatenden Ausschüsse und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

1. Allgemeines

Die **Anträge auf den Drucksachen 14/999, 14/1069 und 14/1213** sind in der 58. Sitzung des **Deutschen Bundestages** am 30. September 1999 an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur Mitberatung überwiesen worden.

Der **Antrag auf Drucksache 14/999** ist zusätzlich dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder und dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur Mitberatung überwiesen worden.

Der **Antrag auf Drucksache 14/1069** ist zusätzlich dem Finanzausschuss und dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder zur Mitberatung überwiesen worden.

Der **Antrag auf Drucksache 14/1213** ist zusätzlich dem Innenausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und dem Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen worden.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

a) Antrag auf Drucksache 14/999

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 1. Dezember 1999 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 19. Januar 2000 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 15. Dezember 1999 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Stimme des Mitglieds der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 27. Oktober 1999 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktionen der F.D.P. und PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

b) Antrag auf Drucksache 14/1069

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 1. Dezember 1999 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die

Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 19. Januar 2000 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 15. Dezember 1999 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung des Mitglieds der Fraktion der F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 27. Oktober 1999 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktionen der F.D.P. und PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

c) Antrag auf Drucksache 14/1213

Der **Innenausschuss** hat den Antrag in seiner Sitzung am 19. Januar 2000 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 19. Januar 2000 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 19. Januar 2000 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag in seiner 41. Sitzung am 19. Januar 2000 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 27. Oktober 1999 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktionen der F.D.P. und PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

3. Beratungen und Abstimmungsergebnisse im federführenden Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung

Der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung hat alle Anträge in seiner 36. Sitzung am 19. Januar 2000 beraten und abgeschlossen.

a) Antrag auf Drucksache 14/999

Im Ergebnis der Beratungen wurde der Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. angenommen.

b) Antrag auf Drucksache 14/1069

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder aller übrigen Fraktionen abgelehnt.

c) Antrag auf Drucksache 14/1213

Der Antrag wurde mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

a) Antrag auf Drucksache 14/999

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, im Jahr 2001 einen nationalen Armuts- und Reichtumsbericht vorzulegen. Ein solcher Bericht soll aber nicht zu einem Zahlengrab werden. Daher soll u. a. die Analyse von Armut und Reichtum in die Analyse der gesamten Verteilung von Einkommen und Lebenslagen eingebettet sein. Armuts- und Reichtumsberichterstattung benötigten eine qualifizierte Datengrundlage. Die Berichterstattung müsse der Komplexität und Vielschichtigkeit von Armut und Reichtum Rechnung tragen. Sie müsse über individuelle und kollektive Lebenslagen und über die Ursachen von Reichtum und Armut Aufschluss geben. In ihrem gemeinsamen Sozialwort hätten die beiden großen christlichen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland 1997 zu Recht festgehalten: „Armut wird heute immer noch stark tabuisiert.“

b) Antrag auf Drucksache 14/1069

Die alte Bundesregierung habe trotz ihrer Unterschrift unter das Abschlussdokument des Weltsozialgipfels von Kopenhagen 1995 bis zum Ende ihrer Amtszeit keinen nationalen Armutsbericht erstellt. Unter Bezugnahme auf das gemeinsame Sozialwort der beiden großen christlichen Kirchen 1997 und auf die hohe Arbeitslosigkeit als wichtigste Ursache für die Zunahme der Armut soll die Bundesregierung einen Gesetzentwurf mit der Verpflichtung vorlegen, dem Parlament in regelmäßigen Abständen über die Entwicklung von Armut und Reichtum zu berichten. In die Erarbeitung des Berichts sollten alle mit dem Thema befassten Organisationen, Verbände und Institutionen einbezogen werden.

c) Antrag auf Drucksache 14/1213

Eine generelle Armuts- und Reichtumsberichterstattung, wie sie von den Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gefordert werde, sei aufgrund der bereits vorliegenden vielfältigen statistischen und analytischen Untersuchungen zur Situation einkommensschwacher Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland nicht von vorrangiger Bedeutung. Vielmehr solle die Bundesregierung einen Bericht über die „verdeckte Armut“ vorlegen, der den Umfang dieses Problems umreißen und detaillierte Aussagen zur soziologischen Struktur der Betroffenen enthalten soll. Dabei sollen u. a. spezielle Strategien aufgezeigt werden, um die wirklich von Verarmung bedrohten Bevölkerungsteile zu informieren und über ihre Rechte aufzuklären. Wegen der Einzelheiten wird auf die entsprechenden Drucksachen verwiesen.

III. Ausschussberatungen

Einig war sich der Ausschuss darüber, dass zur gezielten Bekämpfung der Armut eine gesicherte Datengrundlage erforderlich ist. Kontrovers wurde diskutiert, welcher der drei vorliegenden Anträge diesem Ziel am besten dienen könne.

Die Mitglieder der Fraktion der SPD vertraten die Ansicht, nur eine umfassende Datenerhebung über die Armut und den Reichtum in Deutschland könne Grundlage für entsprechende Konsequenzen sein, die die Bundesregierung zu ziehen habe. Es gehe darum, im Ergebnis mehr Gerechtigkeit zu schaffen. Die verengte Betrachtung im Antrag der Fraktion der CDU/CSU reiche dafür nicht aus.

Die Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU wiesen daraufhin, dass es in der Bundesrepublik Deutschland bereits ein ausgeprägtes System der Lebenslagenforschung gäbe. Die Berichte sollten sich auf das fokussieren, wo politischer Handlungsbedarf bestehe. Hinsichtlich der „verdeckten Armut“ gebe es nur wenige Daten. Um Ansprüche auf Sozialhilfe auch erfüllen zu können, seien hier Untersuchungen notwendig.

Die Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sahen in dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU keinen geeigneten Ansatz zur Armutsbekämpfung, da die Sozialhilfe nicht zur Abdeckung des soziokulturellen Mindestniveaus ausreiche.

Die Mitglieder der Fraktion der F.D.P. betonten, die Sozialhilfe orientiere sich am soziokulturellen Existenzminimum. Es bestehe zwar Handlungsbedarf im Bereich der „verdeckten Armut“, aus grundsätzlichen Erwägungen werde man sich jedoch bei dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU enthalten.

Die Mitglieder der Fraktion der PDS erklärten, der vorliegende Antrag der Koalitionsfraktionen unterscheide sich kaum von dem der PDS. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU greife demgegenüber zu kurz, da er sich nur mit der „verdeckten Armut“ beschäftige. Die Sozialhilfe allein könne keine Lösungsstrategie zur Armutsbekämpfung sein.

Berlin, den 24. Januar 2000

Peter Weiss (Emmendingen)

Berichterstatter

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuss)

1. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

– Drucksache 14/5990 –

Lebenslagen in Deutschland – Erster Armuts- und Reichtumsbericht

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Pia Maier, Dr. Klaus Grehn, Monika Balt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS

– Drucksache 14/6171 –

Konsequenzen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht ziehen

3. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

– Drucksache 14/6134 –

Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2001 bis 2003

A. Problem

Soziale Ausgrenzung ist auch in einem wohlhabenden Land wie Deutschland anzutreffen. Eine genaue Analyse der sozialen Wirklichkeit in Deutschland ist notwendig, um Armut zielgenauer entgegenwirken und gesellschaftspolitische Reformmaßnahmen zur Stärkung sozialer Gerechtigkeit und gleicher Chancen für die Menschen ergreifen zu können. Der Deutsche Bundestag hat daher in seiner 84. Plenarsitzung am 27. Januar 2000 mit der Verabschiedung des Entschließungsantrags „Nationale Armuts- und Reichtumsberichterstattung“ (Drucksache 14/999) die Bundesregierung damit beauftragt, dem Deutschen Bundestag regelmäßig einen Armuts- und Reichtumsbericht zu erstatten und im Jahr 2001 den ersten nationalen Armuts- und Reichtumsbericht vorzulegen. Der Europäische Rat hat auf seiner Sitzung vom 7. bis 9. Dezember 2000 in Nizza die vom Rat festgelegten Ziele für die Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung gebilligt und die Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Prioritäten im Rahmen dieser Ziele festzulegen und bis Juni 2001 einen nationalen Aktionsplan für einen Zeitraum von

zwei Jahren vorzulegen und Indikatoren und Modalitäten für das weitere Vorgehen festzulegen, die eine Bewertung der Fortschritte ermöglichen.

B. Lösung

Kenntnisnahme der Unterrichtungen der Bundesregierung auf Drucksachen 14/5990 und 14/6134 und Annahme der im Ausschuss gestellten Entschlie- ßung sowie Ablehnung des Antrages auf Drucksache 14/6171.

Einstimmige Kenntnisnahme der Unterrichtungen der Bundesregierung auf Drucksachen 14/5990 und 14/6134 sowie Annahme der im Aus- schuss von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestell- ten Entschlie ßung mit den Stimmen der Mitglieder der antragstellenden Fraktionen und der PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktio- nen der CDU/CSU und F.D.P.

Ablehnung des Antrages der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/6171 mit den Stimmen der Mitglieder des Ausschusses gegen die Stimmen der Mitglieder der antragstellenden Fraktion.

C. Alternativen

Ablehnung der Entschlie ßung und Annahme des Antrages auf Drucksache 14/6171 oder Verfolgung von anderen Konzepten.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. in Kenntnis der Unterrichtungen der Bundesregierung auf Drucksachen 14/5990 und 14/6134 folgende Entschließung anzunehmen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 84. Plenarsitzung am 27. Januar 2000 den Entschließungsantrag „Nationale Armuts- und Reichtumsberichterstattung“ (Drucksache 14/999) beschlossen. Hauptgegenstand des Beschlusses ist, dass die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag regelmäßig einen Armuts- und Reichtumsbericht erstattet. Die Berichterstattung und die Diskussion im Deutschen Bundestag sind die Voraussetzungen für die wirksame Bekämpfung von Armut in Deutschland. Eine nationale Armuts- und Reichtumsberichterstattung war seit langem überfällig. Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung daher aufgefordert, im Jahr 2001 einen nationalen Armuts- und Reichtumsbericht vorzulegen.

Mit dem nun vorliegenden Bericht kommt die Bundesregierung der Verpflichtung nach, die sich aus der Unterschrift unter das Abschlussdokument des Weltsozialgipfels von Kopenhagen im Jahr 1995 ergibt. Die vorherige Bundesregierung hatte diese Unterschrift geleistet, jedoch ohne der daraus resultierenden Verpflichtung nachzukommen. Die beiden großen Kirchen hatten in ihrem gemeinsamen Sozialwort aus dem Jahr 1997 „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ ebenfalls einen Armuts- und Reichtumsbericht eingefordert. Der Verdienst der Gewerkschaften und der Wohlfahrtsverbände bestand in diesem Zusammenhang darin, mehrfach eigene Armutsberichte ohne Unterstützung durch die Bundesregierung herausgegeben zu haben. Auch die Wohlfahrtsverbände haben jahrelang eine nationale Armuts- und Reichtumsberichterstattung eingefordert. Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben dieses berechnete Anliegen immer unterstützt. Realisiert werden konnte es jedoch erst nach dem Regierungswechsel 1998, mit dem die frühere CDU/CSU-F.D.P.-Bundesregierung abgelöst wurde.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Vorlage des ersten Armuts- und Reichtumsberichts „Lebenslagen in Deutschland“. In kurzer Zeit ist es der Bundesregierung gelungen, einen breiten Überblick über die soziale Lage der Bevölkerung in Deutschland zu erarbeiten. Die Definition des Armutsbegriffs trägt den verschiedenen Lebenslagen in Armut Rechnung. Der Bericht zeigt, dass in Deutschland bis 1998 in fast allen Lebensbereichen die soziale Ausgrenzung zugenommen und die Verteilungsgerechtigkeit abgenommen hat. Festgestellt wird, dass die Gründe für die überwiegende Zahl der Lebenslagen in Armut Arbeitslosigkeit und Niedrigeinkommen sind. Weiter kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass der oftmals geforderte Niedriglohnsektor bereits existiert und in Deutschland bis 1998 ein Bereich von Armut in Arbeit („working poor“) entstanden ist. Die Überschuldung von sieben Prozent der Haushalte im Jahr 1999, der Bezug von Sozialhilfe durch 2,88 Millionen Menschen (Stand: 1998), das bis 1998 zunehmende Armutsrisiko von Familien und der Anstieg der Arbeitslosenquote der Ungelernten auf 24 Prozent im

Jahr 1998 sind überwiegend auf Arbeitslosigkeit und Niedrigeinkommen zurückzuführen. In der Analyse der Armut in Deutschland hat sich die rot-bündnisgrüne Bundesregierung große Verdienste erworben.

Nach dem Regierungsantritt Ende 1998 hat die neue Bundesregierung den wachstums- und beschäftigungshemmenden Reformstau durch eine Politik für mehr soziale Gerechtigkeit und Fortschritt aufgelöst. Dazu gehören neben der Steuerreform zum Beispiel der mit dem Zukunftsprogramm 2000 eingeleiteten Konsolidierungskurs. Hinzu kommt eine stetige aktive Arbeitsmarktpolitik, mit der Beschäftigung gefördert und ein wichtiger Beitrag zur Qualifizierung geleistet wird. Auch wurde die Förderung von Familien verstärkt. Hier sind neben der Steuerpolitik die Erhöhung des Kindergeldes, die Verbesserungen beim Erziehungsgeld, die Förderung von Teilzeitarbeit und die Reform der Ausbildungsförderung beispielhaft zu nennen. Weiter wurde mit der Rentenreform eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eingeführt, um so Armut wirkungsvoll bekämpfen zu können.

Am 16. Mai 2001 hat das Bundeskabinett den ersten Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung verabschiedet. Dieser Plan zeigt auf, welche Maßnahmen in Deutschland in den nächsten zwei Jahren ergriffen werden, um die gemeinsamen Ziele der Europäischen Union zur Förderung der sozialen Eingliederung zu erreichen. Er orientiert sich dabei an den Ergebnissen des Armuts- und Reichtumsberichtes und folgt dem Leitbild des aktivierenden und gleichzeitig versorgenden Sozialstaates.

Die Analysen im Bericht haben gezeigt, dass es eine Reihe von Datenlücken und -problemen gibt. Daten, die aus unterschiedlichen Statistiken gewonnen werden, sind bisher gar nicht oder nur unzureichend miteinander verbunden. Weiter werden im unteren Einkommensbereich Personen ohne festen Wohnsitz nicht erfasst, wohingegen im oberen Einkommensbereich die Auskunftsbereitschaft der betreffenden Personen eingeschränkt ist. Entsprechend lückenhaft ist die Datenlage. Unbefriedigend ist auch der Forschungsstand zum Ausmaß der Nichtanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen. Dies gilt ebenso für die Frage der Fluktuation in und aus der Sozialhilfe und die ökonomische und soziale Situation allein Erziehender. Ausreichend verlässliche Daten zum Bereich Reichtum in Deutschland sind nicht verfügbar. Aufgrund des unzureichenden Forschungsstandes fehlen „bislang klare Definitionen und Abgrenzungen“ (Drucksache 14/5990) des Reichtumsbegriffes.

Die „Aufgabe, materielle Armut und Unterversorgung sowie Strukturen der Reichtumsverteilung zu analysieren und Hinweise für die Entwicklung geeigneter politischer Instrumente zur Vermeidung und Beseitigung von Armut, zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit sowie zur Verminderung von Polarisierungen zwischen Arm und Reich zu geben“ (Drucksache 14/5990), bleibt weiterhin bestehen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die bereits vom Deutschen Bundestag beschlossene regelmäßige Armuts- und Reichtumsberichterstattung jeweils in der Mitte der Legislaturperiode dem Deutschen Bundestag vorzulegen.
- den Bericht in einem Umfang vorzulegen, der es möglichst vielen Menschen in unserer Republik ermöglicht, wissenschaftlich fundierte Analysen zur sozialen Lage nachzuvollziehen, wobei sich die Bundesregierung am Umfang des bereits vorgelegten Berichts orientieren kann.
- in einem eigenen Kapitel die Situation der Menschen in besonderen Lebenslagen zusammenhängend darzustellen.
- das bewährte Verfahren zur Erstellung des Berichts als transparenten Prozess in der Verantwortung der Bundesregierung unter Federführung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung und unter Beteiligung von Wissenschaftlern sowie gesellschaftlichen Gruppen beizubehalten und zu verstetigen. Die Arbeit der beteiligten Ministerien, Wissenschaftler und gesellschaftlichen Gruppen ist miteinander zu vernetzen. Die dem Bericht zu Grunde liegenden Gutachten sind zeitgleich mit diesem zu veröffentlichen.
- die öffentliche Datenlage zur sozialen Lage in unserer Republik, besonders zu Wohnungslosigkeit, zu Formen extremer Armut, zu verdeckter Armut, zum Niedriglohnsektor, zur „Vererbbarkeit“ von Lebenslagen, zur Fluktuation in und aus der Sozialhilfe, zu hohen Einkommen sowie zur Entwicklung des Privat- und des Produktivvermögens zu verbessern.
- den wissenschaftlichen Forschungsstand gerade in Bezug auf die vorgenannten Defizite zu verbessern und alle wissenschaftlichen Erkenntnisse zu berücksichtigen.
- den zweiten Bericht als Instrument zur Überprüfung von Politik gegen Armut und sozialer Ausgrenzung einerseits und Förderung von Teilhabegerechtigkeit andererseits in Deutschland zu nutzen, indem die Wirksamkeit von Maßnahmen überprüft und neue Maßnahmen angeregt werden.
- das Ziel der Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung in einer für alle politischen Maßnahmen gültigen Art und Weise zu verankern („mainstreaming“), wie der Rat der Europäischen Union dies festgelegt hat (Ratsdok. 14110/00), indem ein interministerieller Arbeitszusammenhang unter Federführung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung fortgeführt wird, der bereits im Zuge des ersten Armuts- und Reichtumsberichts existierte;

2. den Antrag – Drucksache 14/6171 – abzulehnen.

Berlin, den 4. Juli 2001

Der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung

Doris Barnett

Vorsitzende

Pia Maier

Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Pia Maier

I. Beratungsverlauf

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 173. Sitzung am 31. Mai 2001 die Unterrichtung der Bundesregierung auf Drucksache 14/5990 und den Antrag auf Drucksache 14/6171 in 1. Lesung beraten und dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung sowie dem Innenausschuss, dem Finanzausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Gesundheit, dem Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder, dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und dem Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen. Die Unterrichtung der Bundesregierung auf Drucksache 14/6134 hat der Deutsche Bundestag auf seiner 179. Sitzung am 28. Juni 2001 in 1. Lesung beraten und dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuss für Gesundheit, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder zur Mitberatung überwiesen.

Der **Innenausschuss** hat in seiner 63. Sitzung am 27. Juni 2001 den Bericht zur Kenntnis genommen. Auf der gleichen Sitzung wurde der von der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/6171 eingebrachte Antrag gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion von den Mitgliedern des Ausschusses abgelehnt.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 101. Sitzung am 27. Juni 2001 den Bericht zur Kenntnis genommen. Auf der gleichen Sitzung wurde der von der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/6171 eingebrachte Antrag bei Abwesenheit der Mitglieder der antragstellenden Fraktion von den Mitgliedern des Ausschusses abgelehnt.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 58. Sitzung am 27. Juni 2001 den Bericht zur Kenntnis genommen. Auf der gleichen Sitzung wurde der von der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/6171 eingebrachte Antrag gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion von den Mitgliedern des Ausschusses abgelehnt.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat in seiner 62. Sitzung am 27. Juni 2001 den Bericht zur Kenntnis genommen. Mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. wurde der von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachte, auch vom federführenden Ausschuss beschlossene Entschließungsantrag angenommen. Auf der gleichen Sitzung wurde der von der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/6171 eingebrachte Antrag gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion von den Mitgliedern des Ausschusses abgelehnt. In seiner 63. Sitzung am 4. Juli 2001 hat

der Ausschuss den Bericht der Bundesregierung auf Drucksache 14/6134 zur Kenntnis genommen.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat in seiner 64. Sitzung am 27. Juni 2001 den Bericht zur Kenntnis genommen. Auf der gleichen Sitzung wurde der von der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/6171 eingebrachte Antrag gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion von den Mitgliedern des Ausschusses abgelehnt.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 49. Sitzung am 27. Juni 2001 den Bericht zur Kenntnis genommen. Auf der gleichen Sitzung wurde der von der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/6171 eingebrachte Antrag gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion von den Mitgliedern des Ausschusses abgelehnt.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat in seiner 64. Sitzung am 27. Juni 2001 den Bericht zur Kenntnis genommen. Auf der gleichen Sitzung wurde der von der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/6171 eingebrachte Antrag bei Abwesenheit der Mitglieder der antragstellenden Fraktion einstimmig von den Mitgliedern des Ausschusses abgelehnt.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 100. Sitzung am 27. Juni 2001 den Bericht zur Kenntnis genommen. Mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS eine vom federführenden Ausschuss in die eigene Beschlussfassung aufgenommene Entschließung angenommen. Auf der gleichen Sitzung wurde der von der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/6171 eingebrachte Antrag mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der antragstellenden Fraktion bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. abgelehnt. In seiner 102. Sitzung am 4. Juli 2001 hat der Ausschuss den Bericht der Bundesregierung auf Drucksache 14/6134 zur Kenntnis genommen.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 68. Sitzung am 20. Juni 2001 den Bericht zur Kenntnis genommen. Auf der gleichen Sitzung wurde der von der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/6171 eingebrachte Antrag gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion von den Mitgliedern des Ausschusses abgelehnt.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 72. Sitzung am 4. Juli 2001 die Berichte auf Drucksachen 14/5990 und 14/6134 zur Kenntnis genommen. Mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der PDS der von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachte, auch vom federführenden Ausschuss beschlossene Entschließungsantrag angenommen. Auf der gleichen Sitzung wurde der von der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/6171 eingebrachte Antrag

gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion von den Mitgliedern des Ausschusses abgelehnt.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat in seiner 65. Sitzung am 4. Juli 2001 den Bericht der Bundesregierung auf Drucksache 14/6134 zur Kenntnis genommen.

Der federführende **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat auf seiner 95. und 96. Sitzung am 27. Juni und 4. Juli 2001 die Unterrichtungen der Bundesregierung auf Drucksachen 14/5990 und 14/6134 (nur 4. Juli) und den Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/6171 beraten und als Ergebnis mit den Stimmen aller Fraktionen beschlossen, die Kenntnisnahme der Unterrichtungen der Bundesregierung zu empfehlen. Des Weiteren hat der Ausschuss auf der gleichen Sitzung mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS beschlossen, die Annahme der schon wiedergegebenen Entschließung zu empfehlen. Er empfiehlt ferner mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS die Ablehnung des Antrages auf Drucksache 14/6171.

Abgelehnte Änderungsanträge

Die Fraktion der CDU/CSU legte auf Ausschussdrucksache 14/1657 den folgenden Änderungsantrag vor, der mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, F.D.P. und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der antragstellenden Fraktion abgelehnt wurde:

I. Der Ausschuss stellt fest:

- 1. Der Bericht der Bundesregierung stellt gleich zu Beginn fest, was Helmut Kohl und die CDU/CSU in 16 Jahren Regierungszeit erreicht haben: Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen ist von 1973 bis 1998 von rund 23 700 DM auf rund 61.800 DM jährlich gewachsen. Dies ist zu einem großen Teil das Verdienst der früheren Regierung und ihrer auf Ausgleich bedachten Sozialpolitik.*
- 2. Breite Schichten der Bevölkerung haben am wachsenden Wohlstand in Deutschland partizipiert. Dies gilt besonders auch für Immobilienbesitz. 1962 besaßen nur 31 Prozent der Arbeitnehmerhaushalte Immobilien, im Jahr 1998 waren es laut Bericht bereits 51 Prozent (im früheren Bundesgebiet)*
- 3. Dieser positive Trend hat sich seit dem Regierungswechsel zu Rot-Grün umgedreht. Die nationale Armutskonferenz beispielsweise hat auf ihrer Tagung im Juni festgestellt, dass „die Situation benachteiligter Kinder ... sich unter der rot-grünen Regierung eher verschlechtert“ hat.*
- 4. Auch im internationalen Vergleich ist Deutschland seit dem Regierungswechsel im Hinblick auf die Einkommensentwicklung deutlich abgefallen. Nach OECD-Angaben übertraf das US-Pro-Kopf-Einkommen das deutsche im Jahr 1997 um 32 Prozent, im Jahr 1999 aber schon um 42 Prozent. Die Australier waren 1997 noch um 8 Prozent ärmer als die Deutschen, im Jahr 1999 aber schon um 7 Prozent reicher. Außerdem hinkt Deutschland in der Entwicklung der Kaufkraft der Arbeitnehmer weit hinterher. Nirgendwo außerhalb der EU sind die Belastungen der Arbeitnehmer durch Steuern und Abgaben so hoch wie in Deutschland.*
- 5. Die Politik von Rot-Grün bedeutet reale Kaufkraftverluste in Deutschland. Mit 3,5 Prozent hat die Inflation im Mai 2001 den höchsten Stand seit Ende 1993 erreicht. Ein Großteil des Preisanstiegs geht auf die Ökosteuer und den schwachen Euro zurück. Die ohnehin geringen steuerlichen Entlastungen werden durch die Preissteigerungen fast vollständig aufgezehrt. Eine Senkung der Rentenversicherungsbeiträge fällt quasi aus. Eine Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge hat Minister Riester ebenfalls auf die lange Bank geschoben. Dafür steigen die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung.*
- 6. Der Bericht zeichnet an manchen Stellen wesentlich ein schiefes Bild. So wird zwar das für das Alter angesparte Vermögen eines Selbstständigen als Vermögen bewertet und in den Bericht einbezogen, nicht aber die ebenfalls als Vermögen anzusehenden, eigentums geschützten Anwartschaften der Arbeitnehmer in den sozialen Sicherungssystemen, namentlich der gesetzlichen Rentenversicherung sowie die Ansprüche in der betrieblichen Alterssicherung und der Beamtenversorgung.*
- 7. Es gab in Deutschland im Jahr 1998 rund 13 Millionen Haushalte mit Kindern, in denen insgesamt 46 Millionen Menschen lebten. Die meisten Familien leben in sicheren materiellen Verhältnissen. Arbeitslosigkeit, Probleme des Konsums und Marktverhaltens sowie besondere Lebensereignisse wie Scheidung oder Gewalt in der Familie bzw. Partnerschaft können aber dazu führen, dass die Familien in Not geraten. Besonders tragisch ist es für Kinder, wenn sie aufgrund solcher Umstände sozialhilfeabhängig werden. Damit werden letzten Endes Kinder, insbesondere für alleinerziehende Mütter, zum Armutsrisiko. Die von der Bundesregierung vorgenommenen Verbesserungen für Familien werden aufgezehrt durch die Belastungen mit der Ökosteuer oder durch die Streichung des steuerlichen Haushaltsfreibetrages, der vor allem für Alleinerziehende wichtig war.*
- 8. Je niedriger der berufliche Ausbildungsabschluss, desto höher die Gefahr der Arbeitslosigkeit. Fehlende schulische und berufliche Qualifikationen insbesondere junger Menschen tragen zu einem erhöhten Armutsrisiko bei. Insofern ist es positiv, dass sich der Anteil der Arbeiterkinder beim Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung zwischen 1987 und 1996 (CDU/CSU-regiert) um ca. 50 Prozent erhöht hat. Auch der Anteil von Kindern ausländischer Herkunft an den höheren Bildungsabschlüssen hat sich zwar verbessert, verdeckt aber nicht, dass diese in der Regel nur niedrigere Abschlüsse erreichen. Die Bundesregierung hat auch hier kein schlüssiges*

Konzept, wie sie dieser Fehlentwicklung bei jungen Menschen vorbeugen will.

II. Der Ausschuss fordert die Bundesregierung auf:

1. Das Zehn-Punkte-Programm zur Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft, das die CDU/CSU Bundestagsfraktion eingebracht hat (Drucksache 14/6436), umzusetzen, denn eine gesunde Wirtschaft schafft Arbeitsplätze und Arbeit ist der beste Schutz gegen Armut,
2. ein Familiengeld einzuführen, wie es die CDU/CSU Bundestagsfraktion fordert, um so die Kinder aus der Sozialhilfe herauszuholen und gleichzeitig den Eltern die Möglichkeit zu geben, sich ebenfalls aus dem Sozialhilfebezug zu lösen,
3. ein Leistungsgesetz für Behinderte vorzulegen, wie dies die CDU/CSU Bundestagsfraktion im Rahmen der Beratungen zum SGB IX gefordert hat (Drucksache 14/5804), um so die Behinderten aus der Sozialhilfe herauszuholen,
4. brachliegende Beschäftigungspotentiale, vor allem im privaten und haushaltsbezogenen Dienstleistungsbereich, zu erschließen und den Niedriglohnsektor durch Zuschüsse zu den Sozialversicherungsbeiträgen attraktiv zu machen, wie dies die CDU/CSU Bundestagsfraktion im Rahmen ihrer Überlegungen zur Reform von Arbeitslosen- und Sozialhilfe beschlossen hat,
5. einen Gesetzentwurf zur besseren Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand vorzulegen entsprechend dem von der CDU/CSU Bundestagsfraktion gefassten Beschluss, um so die Vermögensbildung in breiten Bevölkerungsschichten weiter zu fördern,
6. zur Förderung des Wohneigentums die bestehenden Bausparleistungen auszuweiten, wie dies die CDU/CSU Bundestagsfraktion im Rahmen der Beratungen zur Rentenreform gefordert hat, also: Anhebung des Prämiensatzes auf 20 % (derzeit: 10 %), Einführung einer Kinderkomponente in Höhe von je 5 % für die ersten beiden Kinder, Verdoppelung der Förderhöchstbeträge (derzeit: 1 000 DM/2 000 DM bei Alleinstehenden/Verheirateten), Prüfung einer Abschaffung der Einkommensgrenzen (derzeit: 50 000 DM/100 000 DM zu versteuerndes Einkommen bei Alleinstehenden/Verheirateten),
7. den Bericht im nächsten Jahr objektiver zu gestalten und beispielsweise das Vermögen der Arbeitnehmer, das in den sozialen Sicherungssystemen gebunden ist, mit einzubeziehen,
8. im nächsten Bericht genauer zu untersuchen, welche Zusammenhänge zwischen Zuwanderung und Armut bestehen, insbesondere welche Gruppen der Zuwanderer besonders stark oder lang von Sozialhilfeabhängigkeit betroffen sind,
9. im nächsten Bericht den Aspekt der verdeckten Armut näher zu untersuchen und hierzu Daten

vorzulegen,

10. einen Vorschlag zur zukünftigen Regelung der Regelsatz-Anpassung vorzulegen, da die Übergangsregelung in § 22 Absatz 6 BSHG zum 30. Juni 2002 ausläuft.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

1. Unterrichtung der Bundesregierung auf Drucksache 14/5990

In der Unterrichtung der Bundesregierung wird festgestellt, dass sich zwischen 1973 und 1998 die Ungleichverteilung der Nettoeinkommen der privaten Haushalte verstärkt hat, wobei dies insbesondere den unteren Rand der Verteilung betraf. Verantwortlich dafür seien im Wesentlichen der Anstieg der Arbeitslosigkeit und die steigende Zahl der Haushalte mit Niedrigeinkommen. Für die neuen Länder wird von 1993 auf 1998 eine Angleichung der Einkommensverteilung an die Verhältnisse im früheren Bundesgebiet festgestellt. Die Ungleichheit der Einkommensverteilung war dort 1998 aber noch weniger ausgeprägt als im früheren Bundesgebiet. Die Ungleichheit der Vermögen hat zwar im langfristigen Trend dank staatlicher Förderung abgenommen, war aber 1998 nach wie vor beträchtlich. So waren 1998 im früheren Bundesgebiet rd. 42 % des Privatvermögens im Besitz der vermögendsten 10 % der Haushalte, während den unteren 50 % der Haushalte nur 4,5 % des Vermögens gehörte. In den neuen Ländern war die Ungleichheit der Vermögensverteilung 1998 noch etwas größer. In der Unterrichtung wird dargelegt, dass das Phänomen sozialer Ausgrenzung auch in einem wohlhabenden Land wie Deutschland anzutreffen sei. Die Hauptursachen für erhöhte Armutsrisiken lägen in der Erwerbssituation und damit häufig verbundenem Niedrigeinkommen, in fehlender oder unzureichender Bildung und Ausbildung sowie in der Familiensituation. Daraus resultierten Risikogruppen, die – auch als Folge von Problemansammlungen – in erster Linie von sozialer Ausgrenzung bedroht seien. Hierzu zählten vor allem Arbeitslose, Geringqualifizierte, Alleinerziehende und Paare mit drei oder mehr Kindern sowie Zuwanderer. Die Regierung unternehme seit 1998 erhebliche Anstrengungen, Armutsrisiken zu minimieren und soziale Ausgrenzungen zu verhindern. Sie habe Reformen auf den Weg gebracht, die das wirtschaftliche Wachstum stärkten sowie die Einkommenslagen und die Vermögensbildung nachhaltig verbesserten. Beispiele seien die beschlossenen Steuerreform und die kürzlich verabschiedete Rentenreform.

2. Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/6171

In dem Antrag wird eine unzureichende Zeichnung der Verteilung von Armut und Reichtum in der Bundesrepublik Deutschland kritisiert. Die Bundesregierung bemühe sich nicht, neue Datenquellen zu erschließen, die das Bild vom Reichtum präzisieren würden. Ausgeblendet sei auch die ungleiche Entwicklung der Primärverteilung, sodass die Ursachen einer asymmetrischen Verteilung von Einkommen und Vermögen nicht aufgedeckt würden. Positiv bewertet wird dagegen die Zusammenfassung des vorhande-

nen Datenmaterials zu Lebenslagen in Armut. Als Konsequenzen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht wird in dem Antrag eine Begrenzung des Reichtums gefordert. Vorzusehen seien die Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie eine Besteuerung von vererbten Grundstücken und Immobilien. Als Maßnahmen werden der Verzicht auf weitere Senkungen des Spitzensteuersatzes sowie eine wirkungsvollere Bekämpfung der Armut genannt. Eine Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird abgelehnt, der Lohnbezug der Arbeitslosenhilfe müsse erhalten bleiben. Der Ausbau von Niedriglohnsegmenten sei zu stoppen. Um das „Armutsrisiko Kind“ zu verhindern, müsse das Kindergeld erhöht werden.

3. Unterrichtung der Bundesregierung auf Drucksache 14/6134

Der Europäische Rat hat auf seiner Sitzung vom 7. bis 9. Dezember 2000 in Nizza die vom Rat festgelegten Ziele für die Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung gebilligt und die Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Prioritäten im Rahmen dieser Ziele festzulegen und bis Juni 2001 einen nationalen Aktionsplan für einen Zeitraum von zwei Jahren vorzulegen und Indikatoren und Modalitäten für das weitere Vorgehen festzulegen, die eine Bewertung der Fortschritte ermöglichen. Schwerpunkte des Aktionsplans sind die Komplexe der Integration in den Arbeitsmarkt und Qualifizierung, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Hilfen für besonders gefährdete Personengruppen und die Verbesserung der Effektivität und Zielgenauigkeit der Hilfe.

III. Ausschussberatungen

Die Mitglieder der **Fraktion der SPD** begrüßten die Vorlage des ersten Armuts- und Reichtumsberichts „Lebenslagen in Deutschland“ und betonten, dass der Bericht zum ersten Mal eine amtliche Analyse der Armut und des Reichtums in der Bundesrepublik Deutschland liefere. Sie sei der Beginn einer kontinuierlichen nationalen Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Damit hätten die Regierungsfractionen nicht nur ein Analyse-, sondern auch ein Kontrollinstrument für die Wirksamkeit ihrer Politik in den Händen. In kurzer Zeit sei es der Bundesregierung gelungen, einen breiten Überblick über die soziale Lage der Bevölkerung in Deutschland zu erarbeiten. Aussagekräftiges Datenmaterial hätte jedoch leider nur für die Zeit bis 1998 zur Verfügung gestanden. Der Bericht zeige, dass in Deutschland bis 1998 in fast allen Lebensbereichen die soziale Ausgrenzung zugenommen und die Verteilungsgerechtigkeit abgenommen habe. Ein wesentlicher Faktor für das Entstehen von Armut seien Arbeitslosigkeit und geringe Erwerbseinkommen. Die Überschuldung von sieben Prozent der Haushalte, der Bezug von Sozialhilfe durch 2,88 Millionen Menschen (Stand: 1998), das bis 1998 zunehmende Armutsrisiko von Familien und der äußerst starke Anstieg der Arbeitslosenquote für Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung seien Entwicklungen, die nicht hingenommen werden können. Für die dargestellten Zustände seien die CDU/CSU und die F.D.P. verantwortlich. Nach dem Regierungsantritt Ende 1998 habe sich die neue Bundesregierung daran gemacht, den nach ihrer Überzeugung

bestehenden wachstums- und beschäftigungshemmenden Reformstau durch eine Politik für mehr soziale Gerechtigkeit und Fortschritt endlich aufzulösen. An der Erstellung des Berichtes hätten namhafte Wissenschaftler, Institutionen und gesellschaftliche Organisationen, wie Wohlfahrtsverbände, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, mitgewirkt.

Für die Mitglieder der **Fraktion der CDU/CSU** enthält der Bericht im Wesentlichen nur eine Zusammenstellung schon bekannter Daten. Neue Aussagen seien nicht zu entnehmen. Die in dem Bericht und in dem von den Koalitionsfraktionen vorgelegten Entschließungsantrag enthaltenen Bewertungen der Politik der Regierung Schröder seien von Wunschdenken geprägt. Der Verzicht etwa auf die Anpassung der Bedarfssätze in der Sozialhilfe und die Steuererhöhungen bei der Mineralölsteuer hätten vielmehr die Einkommenslage gerade sozial Schwacher verschlechtert. Auch die Kirchen und Wohlfahrtsverbände hätten in ihrer letzten Armutskonferenz deutliche Kritik an der Bundesregierung geübt. Völlig falsch seien die Aussagen über die Politik der Regierung Kohl. In den 16 Jahren der Regierungszeit der CDU/CSU sei eine effektive Sozialpolitik betrieben worden. Das Durchschnittseinkommen habe sich z. B. in dem Berichtszeitraum fast verdreifacht, der soziale Standard in der Bundesrepublik Deutschland sei ausgebaut und die Einkommens- und Vermögenslage der Menschen verbessert worden. Mit der Pflegeversicherung sei eine zentrale Lücke im Sozialsystem geschlossen worden. Zu fragen sei außerdem, ob die Definition von Armut, wie sie der Bericht wähle und die sich am relativen Einkommensdurchschnitt orientiere, angemessen sei. Er führe zu dem widersinnigen Ergebnis, dass selbst in Wohlstandsgesellschaften mit hohen und breit verteilten Einkommens- und Vermögenslagen per Definition Armut postuliert werde – sicherlich oftmals auch gegen die Selbsteinschätzung der davon Betroffenen.

Die Mitglieder der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärten, dass sich die Schere zwischen Armen und Reichen in den letzten Jahrzehnten weiter geöffnet hätte. Vor allem Kinder würden zu einem Armutsrisiko. Der Lebensstandard von Familien mit Kindern läge um 30 % niedriger als bei kinderlosen Paaren. Die Armut habe viele Ursachen. Ein Grund sei die mangelhafte Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung. Viele Familien seien aber auch dann arm, wenn ein Elternteil Vollzeit arbeite. Der Bericht zeige aber auch, dass sich seit Antritt der rot-grünen Koalition die Situation etwas entspannt habe, der Trend zur Verarmung von Kindern und Familien durch die Steuer- und Sozialpolitik umgekehrt werde. Eine überzeugende Politik zur Bekämpfung von Armut müsse an mehreren Stellen gleichzeitig ansetzen. Dazu gehöre insbesondere die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bei der Kinderbetreuung sei Deutschland im Vergleich etwa mit Frankreich ein Entwicklungsland. Ähnlich wie in den Niederlanden bedürfe es auch in der Ausbildung und in gehobenen Funktionen einer Kultur der Teilzeitarbeit. Zur konkreten Armutsbekämpfung solle das Kindergeld schrittweise weiter erhöht und eine bedarfsorientierte Kindergrundsicherung eingeführt werden.

Die Mitglieder der **Fraktion der F.D.P.** unterstrichen, dass das deutsche Sozialsystem ineffektiv und drin-

gend reformbedürftig sei. Die Kluft zwischen der größer werdenden Zahl von Bedürftigen und der verhältnismäßig kleinen Zahl reicher Menschen werde größer. Offensichtlich sei damit, dass die Segnungen des Sozialsystems nicht dort ankämen, wo sie am dringendsten benötigt würden – bei den wirklich Bedürftigen. Nicht jeder Sozialhilfeempfänger sei automatisch arm und bedürftig. Auch werde deutlich, dass es nicht genügend Anreize gäbe, die Betroffenen aus ihrer Lage herauszuholen. Wer einmal in der Sozialhilfe falle stecke, finde im derzeitigen System nur wenig Möglichkeiten, z. B. eine Arbeitsstelle zu finden. Die sozialen Transferleistungen müssten zielgenauer und zielgerichteter erfolgen. Auf breiter Ebene müsse endlich eine Reform des Sozialsystems angegangen werden. Dabei müsse klar sein, dass eine weitere Umverteilung von Vermögen nicht helfe. Dies würde nur wieder die Bezieher mittlerer Einkommen und den unternehmerischen Mittelstand treffen. Auf dessen Bereitschaft, Arbeitsplätze zu schaffen, sei die Bundesrepublik Deutschland aber angewiesen.

Die Mitglieder der **Fraktion der PDS** hoben hervor, dass die Bundesregierung aus dem Armuts- und Reichtumsbericht Konsequenzen ziehe müsse. Gefordert seien nicht nur kosmetische Veränderungen, wie sie die Bundesregierung verfolge, sondern grundsätzliche Korrekturen in der Familien-, Frauen- und Sozialpolitik. Notwendig seien eine soziale Grundversicherung vor allem für Kinder sowie ein gesetzlicher Mindestlohn, der eine Abwärtsspirale bei den Löhnen stoppe. Auch wenn die Bekämpfung der Armut in der Gesellschaft Priorität haben müsse, werde allein dadurch der Trend der wachsenden Polarisierung der materiellen Lebenslage nicht gebrochen. Notwendig sei auch eine Politik, die zu einer Begrenzung von Reichtum führe. Stattdessen betreibe die Bundesregierung eine massive Steuersenkungspolitik, die dazu führe, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffne. Milliarden schwere Steuermindereinnahmen bei Bund, Ländern und Kommunen würden zukünftig immer weniger Mittel für die Finanzierung sozialer Leistungen und der öffentlichen Daseinsvorsorge bereitstellen. Umgekehrt führe die massive Senkung des Spitzensteuersatzes zu einer überproportionalen Entlastung von Spitzeneinkommen.

IV. Begründung der angenommenen Entschließung

Das Erscheinen des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung wurde allgemein von den Gewerkschaften, den Wohlfahrtsverbänden und den Kirchen begrüßt. Wie sie hat auch der Deutsche Bundestag festgestellt, dass diese „Berichterstattung und die Diskussion im Deutschen Bundestag ... die Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung von Armut“ (Drucksache 14/999) ist. Der Armuts- und Reichtumsbericht „Lebenslagen in Deutschland“ bildet ebenso die Grundlage für die Umsetzung der Beschlüsse des Rates der Europäischen Union zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung (Ratsdok. 14110/00), dem ein entsprechender Beschluss zur Vorlage eines Nationalen Aktionsplanes zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung der Staats- und Regierungschefs in Nizza nachfolgte. Hinter den unterschiedlichen Definitionen von Armut verbergen sich beunruhigende Fakten. Anders als ihre Vorgängerin weigert sich die jetzige Bundesregierung nicht, sich dem Problem Armut zu stellen und Reichtum in diesem Zusammenhang anzusprechen. Die Auseinandersetzung mit Armut und Reichtum in der Bundesrepublik Deutschland darf kein Streit um Begriffe oder Definitionen bleiben. Armut und Reichtum werden durch wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Prozesse beeinflusst. Die abgewählte Bundesregierung hat hier zu einer dramatischen Verschärfung der Situation beigetragen. Die Verbesserung der Lebenssituation der Armen und Ausgegrenzten ist eine Herausforderung an die ganze Gesellschaft. Einer gerechteren Verteilung von Wohlstand und Arbeit kommt entscheidende Bedeutung für die Entwicklung unseres Landes zu. Eine leistungsfähige Armuts- und Reichtumsberichterstattung ist hierfür Voraussetzung. Mit dem zweiten Bericht soll die Wirksamkeit von Politik gegen Armut in Deutschland überprüfbar werden. Er soll als Kontrollinstrument der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages wertvolle Hinweise geben, welche politischen Maßnahmen zum Abbau von Armut in welchem Umfang beigetragen haben.

Berlin, den 4. Juli 2001

Pia Maier
Berichterstatteerin

ANHANG X

Ergebnisse im Überblick

Ergebnisse im Überblick ¹⁾:

Deutschland insgesamt

Indikator	Erhebungsjahr	
	1998	2003
I. Einkommen, Vermögen und Überschuldung		
Einkommen		
Durchschnittliches Bruttoeinkommen je Haushalt in Euro/Monat ²⁾	3.202	3.454
Durchschnittliches Nettoeinkommen je Haushalt in Euro/Monat ²⁾	2.567	2.771
Durchschnittliches Bruttoeinkommen aus un- selbstständiger Arbeit in Euro/Jahr ³⁾	25.955	27.493
Verfügbares Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Euro/Monat (neue OECD-Skala) ³⁾		
Durchschnitt	1.541	1.740
Median	1.375	1.564
<u>Armutsrisikoquote 60% des Medians</u> ³⁾		
Insgesamt	12,1%	13,5%
weiblich	13,3%	14,4%
männlich	10,7%	12,6%
Nach Alter		
bis 15 Jahre	13,8%	15,0%
16 bis 24 Jahre	14,9%	19,1%
25 bis 49 Jahre	11,5%	13,5%
50 bis 64 Jahre	9,7%	11,5%
65 und mehr Jahre	13,3%	11,4%
<u>Armutsrisikoquoten nach Haushaltstyp (Auswahl)</u> ³⁾		
Allein Lebende		
Insgesamt	22,4%	22,8%
weiblich	23,5%	23,0%
männlich	20,3%	22,5%
Paare ohne Kinder	11,6%	13,1%
Paare mit zwei Kindern	9,3%	8,6%
Paare mit drei und mehr Kindern	13,2%	13,9%
Allein Erziehende	35,4%	35,4%
<u>Dauerhafte Armut (Median)</u> ⁴⁾		
aktuell und in mind. 2 von 3 Vorjahren unter 60%		
Insgesamt	6,8%	9,3%
weiblich	8,0%	10,9%
männlich	5,4%	7,5%
Fiktive Quote vor öffentlichen Transfers ³⁾	38,5%	41,3%

<u>Armutsrisikoquoten nach Erwerbsstatus</u> ³⁾			
Selbstständige			
Insgesamt	11,0%		9,6% ₅₎
weiblich	- ₅₎		- ₅₎
männlich	9,5%		9,0%
Arbeitnehmer			
Insgesamt	6,8%		7,9%
weiblich	11,9%		12,5%
männlich	5,3%		6,3%
Arbeitslose			
Insgesamt	45,9%		56,3%
weiblich	52,3%		63,0%
männlich	43,0%		52,4%
Rentner/Pensionäre			
Insgesamt	12,9%		12,4%
weiblich	20,6%		19,4%
männlich	9,8%		9,2%
sonstige Nichterwerbstätige			
Insgesamt	51,0%		64,6%
weiblich	50,2%		60,5%
männlich	52,5%		71,1%
Relation von oberem und unterem Quintil ³⁾	3,6%		3,7%
<u>Streuung der Armutsquoten</u> ³⁾			
40% des Medians	1,9%		1,9%
70% des Medians	20,0%		21,3%
Armutsrisikogrenze in Euro (60% des Median) ³⁾	825		938
<u>Armutsrisikoquoten vor öffentlichen Transfers</u> ³⁾⁶⁾			
mit Renten / Pensionen	21,5%		23,5%
ohne Renten / Pensionen	38,5 %		41,3%
Gini-Koeffizient ³⁾	0,255		0,257
Vermögen ⁷⁾			
Gesamtvermögen (in Mrd. Euro)	4.182		4.958
Durchschnittliches Haushaltsvermögen (Mittelwert) nominal (in 1000 Euro)	114		133
Durchschnittliches Haushaltsvermögen (Median) nominal (in 1000 Euro)	39		50
Gini-Koeffizient des Vermögens	0,665		0,675
Anteil der untersten 50 %	3,9%		3,8%
Anteil der obersten 10 %	44,4%		46,8%
Verschuldung			
Zahl der verschuldeten Haushalte in Deutschland in Mio. ⁸⁾	<u>1999:</u> 2,77	<u>2002:</u>	3,13

II. Sozialhilfe in Deutschland			
Angewiesenheit auf Sozialhilfe ⁹⁾			
<u>Anteil der Empfänger im Alter von ... bis unter Jahren an der Bevölkerung im gleichen Alter</u>			
bis unter 18			
Insgesamt	6,8%		7,2%
weiblich	6,8%		7,2%
männlich	6,8%		7,2%
18 bis unter 65			
Insgesamt	3,1%		3,1%
weiblich	3,7%		3,7%
männlich	2,5%		2,5%
65 und älter ¹⁰⁾			
Insgesamt	1,3%		0,7%
weiblich	1,5%		0,7%
männlich	1,0%		0,6%
Insgesamt			
weiblich	3,5%		3,4%
männlich	3,8%		3,7%
	3,2%		3,1%
III. Lebenslagen von Familien und Kindern			
<u>Haushaltsnettoeinkommen differenziert nach Haushaltstyp (in Euro/Monat) ¹¹⁾</u>			
(Ehe-)Paare ohne Kinder	2.856		3.120
(Ehe-)Paare mit einem Kind	2.985		3.259
(Ehe-)Paare mit zwei Kindern	3.391		4.031
(Ehe-)Paare mit drei und mehr Kindern	3.850		4.379
Allein Erziehende	1.622		1.782
Entlastung von Familien (in Mio. Euro) ^{12) 13)}		40.190	60.000
<u>Angewiesenheit auf Sozialhilfe nach Haushaltstyp ⁹⁾</u>			
Allein Lebende			
Insgesamt	4,9%		4,1%
weiblich	4,4%		3,5%
männlich	5,6%		5,0%
Ehepaare ohne Kinder unter 18 Jahren			
	0,9%		0,8%
Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren			
	2,3%		2,3%
Allein Erziehende mit Kindern unter 18 Jahren			
Insgesamt	25,4%		23,7%
weiblich	28,1%		26,3%
männlich	5,7%		6,1%
Haushalte Insgesamt	4,0%		3,7%
<u>Kinderbetreuung ¹⁴⁾</u>			
Versorgungsquoten für			
Kinder unter 3 Jahren (ohne Tagespflege)	7,0%	<u>2002:</u>	8,5%
Kindergartenkinder (3 bis 6 ½ Jahre)	89,5%	<u>2002:</u>	89,8%
Schulkinder (6 ½ bis unter 10 Jahren) (ohne Ganztagsbetreuung im schulischen Rahmen).	14,2%	<u>2002:</u>	14,3%

IV. Bildung - Schlüssel zur Teilhabe		
<u>Personen mit niedrigem Bildungsstand Altersgruppe 25 - 64 Jahre</u> ¹⁵⁾		
Insgesamt	<u>1999:</u> 18,8%	<u>2002:</u> 17,1%
weiblich	<u>1999:</u> 23,9%	<u>2002:</u> 21,3%
männlich	<u>1999:</u> 13,9%	<u>2002:</u> 12,9%
V. Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt		
<u>Erwerbstätigenquote</u> ¹⁶⁾		
Insgesamt	63,8%	64,9%
weiblich	55,5%	58,8%
männlich	71,8%	70,9%
Erwerbstätigenquote von Personen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren ¹⁶⁾	37,8%	39,4%
<u>Arbeitslosenquote</u> ¹⁷⁾		
Insgesamt	12,3%	11,6%
weiblich	12,8%	10,8%
männlich	11,9%	12,4%
Arbeitslosenquote jüngerer Erwerbspersonen (15 bis 24 Jahre) ¹⁷⁾	11,8%	9,9%
<u>Langzeitarbeitslosenanteil (BA)</u> ¹⁸⁾		
Insgesamt	37,4%	34,8%
weiblich	40,0%	37,2%
männlich	35,0%	32,8%
Zahl der Personen in Arbeitslosenhaushalten ¹⁹⁾	2.626.854	<u>2002:</u> 2.107.251
VI. Versorgung mit Wohnraum		
Durchschnittliche Wohnfläche in qm pro Person ²⁰⁾	39,3	<u>2002:</u> 41,6
<u>Durchschnittliche Mietbelastung bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen</u> ²¹⁾		
Alle Haushalte	23,5%	<u>2002:</u> 22,7%
Einkommensschwache Haushalte vor Wohngeld		
Früheres Bundesgebiet	39,6%	<u>2001:</u> 41,0%
Neue Länder	35,9%	<u>2001:</u> 38,9%
nach Wohngeld		
Früheres Bundesgebiet	30,6%	<u>2001:</u> 28,6%
Neue Länder	23,0%	<u>2001:</u> 25,9%
VII. Gesundheitliche Situation und Pflegebedürftigkeit		
<u>Lebenserwartung bei der Geburt (in Jahren)</u> ²²⁾		
Frauen	80,3	81,3
Männer	74,0	75,6

<u>Subjektiver Gesundheitszustand „schlecht“</u> ²³⁾			
Anteil oberes Quintil	8,9%	<u>2002:</u>	7,5%
Anteil unteres Quintil	15,4%	<u>2002:</u>	15,4%
<u>Pflegebedürftige in Mio.</u> ²⁴⁾			
Insgesamt	1,738		1,895
weiblich	1,188		1,281
männlich	0,550		0,614
Ausgaben insgesamt (in Mrd. Euro)	15,877		17,557
Empfänger von Hilfe zur Pflege ²⁵⁾	222.231		242.066
VIII. Lebenslagen behinderter Menschen			
<u>Anzahl behinderter Menschen in Mio.</u> ¹⁶⁾			
Insgesamt	<u>1999:</u> 6,6		6,7
weiblich	<u>1999:</u> 3,1		3,2
männlich	<u>1999:</u> 3,5		3,5
Arbeitslosenquote behinderter Menschen ¹⁷⁾	17,5%		17,0%
<u>Armutsrisikoquoten behinderter und nicht behinderter Menschen - 60% des Medians</u> ²³⁾			
nicht behindert	11,4%	<u>2002:</u>	12,7%
behindert			
Insgesamt	9,6%	<u>2002:</u>	12,5%
weiblich	10,2%	<u>2002:</u>	12,2%
männlich	9,2%	<u>2002:</u>	12,7%
<u>Eingliederungshilfe für behinderte Menschen</u> ²⁵⁾			
Reine Ausgaben in Mrd. Euro	7,2		9,6
IX. Soziale und wirtschaftliche Situation von Migrantinnen und Migranten			
Arbeitslosenquote von Migrantinnen und Migranten ^{17) 26)}	20,3%		20,4%
<u>Armutsrisikoquoten von Deutschen und Migranten (60% des Medians)</u> ²⁷⁾			
Bevölkerung ohne Migranten			
Insgesamt	11,5%		13,6%
weiblich	13,7%		15,6%
männlich	9,1%		11,3%
Migranten			
Insgesamt	19,6%		24,0%
weiblich	21,5%		25,3%
männlich	17,6%		22,7%

<u>Angewiesenheit auf Sozialhilfe von Deutschen und Migranten</u> ⁹⁾			
Anteil der Empfänger an der Bevölkerung			
Insgesamt	3,5%		3,4%
weiblich	3,8%		- ²⁸⁾
männlich	3,2%		- ²⁸⁾
Deutsche			
Insgesamt	3,0%		2,9%
weiblich	3,3%		- ²⁸⁾
männlich	2,6%		- ²⁸⁾
Migranten			
Insgesamt	9,1%		8,4%
weiblich	10,2%		- ²⁸⁾
männlich	8,2%		- ²⁸⁾
X. Menschen in extremer Armut und begrenzt selbsthilfefähige Personen			
Wohnungslose ²⁹⁾	530.000	<u>2002:</u>	330.000
Straßenkinder ³⁰⁾	5.000-7.000		
Straffällige ³¹⁾	75.824	<u>2002:</u>	70.977
AIDS-Kranke ³²⁾	37.000		43.000
XI. Politische und gesellschaftliche Partizipation			
<u>Beteiligung an BT-Wahlen in %</u> ³³⁾			
Insgesamt	82,2%	<u>2002:</u>	79,6%
im Alter von ...			
unter 25 Jahren	-	<u>2002:</u>	69,0%
25-39 Jahre	-	<u>2002:</u>	76,8%
40-59 Jahre	-	<u>2002:</u>	82,0%
ab 60 Jahren	-	<u>2002:</u>	82,4%
<u>Mitglied einer Partei oder Gewerkschaft</u> ³⁴⁾			
Insgesamt			
Frauen	8,7%	<u>2002:</u>	13,7%
Männer	20,5%	<u>2002:</u>	23,3%
unter Armutsrisikogrenze	8,3%	<u>2002:</u>	12,1%
über Armutsrisikogrenze	15,3%	<u>2002:</u>	21,1%
<u>Regelmäßiges bürgerschaftliches Engagement (mind. monatlich)</u> ³⁴⁾			
Insgesamt	14,0%	<u>2002:</u>	33,0%
Frauen	12,3%	<u>2002:</u>	30,4%
Männer	16,7%	<u>2002:</u>	35,7%
unter Armutsrisikogrenze	10,7%	<u>2002:</u>	24,8%
über Armutsrisikogrenze	14,2%	<u>2002:</u>	34,2%

- 1) Die Analyse relativer Armut orientiert sich an folgenden Kriterien: 60%-Schwelle des am Median bemessenen durchschnittlichen Haushaltseinkommens; äquivalenzgewichtet nach der neuen OECD-Skala; berechnet auf der Personenebene.
- 2) Quelle: Statistisches Bundesamt, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS).
- 3) Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, jew. Halbjahresergebnisse, Berechnungen von Hauser, R./Becker, I. 2004. Berechnungen einschließlich dem Mietwert des selbstgenutzten Wohneigentums.
- 4) Quelle: Soziökonomisches Panel, Berechnungen des DIW, Gutachten von Hauser, R./Becker, I., 2004.
- 5) Es liegen keine Zahlen vor.
- 6) Alle öffentlichen Transfers einschließlich gesetzlicher Renten und Pensionen.
- 7) Die Angaben basieren auf den EVS 1998 und 2003, Auswertung ZEW.
- 8) Quelle: Klientenstatistik der Schuldnerberatungsstellen, Berechnungen von D. Korczak 2004.
- 9) Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen; Quelle: Statistisches Bundesamt, 1998 und 2003.
- 10) In 2003 Inkrafttreten des Grundsicherungsgesetzes für Personen ab 65 Jahren sowie für dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen ab 18 Jahren.
- 11) Quelle: Auswertung der EVS durch das Fraunhofer Institut.
- 12) Entlastungen von Familien durch Kindergeld, steuerpolitische Maßnahmen, Erziehungsgeld, Ausbildungsförderung.
- 13) Quelle: Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend.
- 14) Statistik der Einrichtungen und tätigen Personen in der Kinder- und Jugendhilfe, Statistisches Bundesamt 2003, sowie Berechnungen der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, Dortmund. Durch Änderung des Berechnungsmodus in Berlin wurden die Versorgungszahlen für 1998 geändert.
- 15) Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft (EUROSTAT), Arbeitskräfteerhebung 1999-2002.
- 16) Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.
- 17) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosenquote insgesamt, für Frauen und Männer, für Migrantinnen und Migranten sowie für jüngere Erwerbspersonen bezogen auf die abhängig beschäftigten zivilen Erwerbspersonen; Arbeitslosenquoten für schwerbehinderte Menschen berechnet aus der Zahl der schwerbehinderten Arbeitslosen im Oktober des jeweiligen Jahres bezogen auf die Zahl der schwerbehinderten Erwerbspersonen im Oktober des Vorjahres.
- 18) Gesamte langzeitarbeitslose Population (≥ 12 Monate; BA-Definition.) als Anteil an den Arbeitslosen insgesamt. Da die Daten im Rahmen der Arbeitskräfteerhebung auf Selbsteinschätzungen beruhen, wurden für diesen Indikator Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zugrunde gelegt.
- 19) Personen im Alter zwischen 0 und 65 (0 und 60) Jahren, die in Haushalten leben, in denen kein Mitglied der den Kriterien entsprechenden Haushalte erwerbstätig ist. Den Kriterien entsprechende Haushalte sind alle Haushalte mit Ausnahme derjenigen, in denen alle Haushaltsmitglieder einer der nachfolgenden Kategorien zuzurechnen sind:
 - unter 18 und nicht erwerbstätig
 - 18-24, in Ausbildung und nicht erwerbstätig
 - 65+ (60+) und nicht erwerbstätig.
- 20) Quelle: Eigene Berechnungen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen aus der Wohnungsstichprobe 1993 sowie der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 1998, Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes aus der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 2003.
- 21) Quelle: Statistisches Bundesamt, Zusatzerhebung zum Mikrozensus.
- 22) Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsstatistik.
- 23) Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) - Sozio-oekonomisches Panel (SOEP); Berechnungen des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG).
- 24) Quelle: Statistisches Bundesamt, Pflegeversicherungsstatistik.
- 25) Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik der Hilfe in besonderen Lebenslagen.
- 26) Angaben für früheres Bundesgebiet, da der überwiegende Anteil der Migrantinnen und Migranten im früheren Bundesgebiet lebt.
- 27) Quelle: SOEP 1998-2003; 1998: Ohne E-Stichprobe, 2003: ohne G-Stichprobe.
- 28) Die Daten für 2003 liegen noch nicht vollständig vor.
- 29) Quelle: Schätzung Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe.
- 30) Quelle: Hansbauer, P., 1998.
- 31) Quelle: Statistisches Bundesamt. Strafvollzugsstatistik.
- 32) Quelle: Erhebung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und des Robert Koch-Instituts.
- 33) Quelle: Statistisches Bundesamt, Für das Wahljahr 1998 liegen keine altersbezogenen Beteiligungsquoten vor, da die repräsentative Wahlstatistik ausgesetzt wurde.
- 34) Ergebnisse der zweijährlich durchgeführten Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS).

ANHANG XI

Anhangtabellen und methodische Erläuterungen

Inhaltsverzeichnis der Anhangtabellen

I. Einkommen, Vermögen und Überschuldung 93

Anhangtabelle I.1	Einkommensindikatoren unterteilt in alte und neue Länder sowie Deutschland insgesamt	95
-------------------	--	----

II. Sozialhilfe in Deutschland 97

Anhangtabelle II.1	Regelsätze für die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz	99
Anhangtabelle II.2	Durchschnittlicher Bedarf im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt	100
Anhangtabelle II.3	Entwicklung des Nominal- und Realwerts der Eckregelsätze	101
Anhangtabelle II.4	Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zum Jahresende (1963-2003)	102
Anhangtabelle II.5	Haushalte von Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende	104
Anhangtabelle II. 6	Kinder in Familien mit Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende 2003 - Deutschland	105
Anhangtabelle II.7	Arbeitslosenanteile an den Erwerbspersonen insgesamt und bei den Beziehern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, Deutschland 1995 - 2003	106
Anhangtabelle II.8	Empfänger/-innen von Hilfe in besonderen Lebenslagen im Laufe des Jahres (1963 - 2003)	107
Anhangtabelle II.9	Empfänger von Hilfe zur Pflege am Jahresende	109
Anhangtabelle II.10	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen außerhalb von und in Einrichtungen	110
Anhangtabelle II.11	Langfristige Entwicklung der Sozialhilfeausgaben	111

III. Lebenslagen von Familien und Kindern 113

Anhangtabelle III.1	(Ehe-) Paare und allein Erziehende mit Kindern unter 18 Jahren nach Höhe des Haushaltsnettoeinkommens	115
Anhangtabelle III.2	Bedarfsgemeinschaften der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen mit wichtigen anrechenbaren Einkommensanteilen	115

VI. Versorgung mit Wohnraum 117

Anhangtabelle VI.1	Gebäudestruktur des Wohnungsbestandes	119
Anhangtabelle VI.2	Eigentümerquote nach Haushaltsgröße	120
Anhangtabelle VI.3	Wohnflächenversorgung nach Haushaltsgröße	121

Anhangtabelle VI.4	Wohnungsversorgung von Familien und Senioren	122
Anhangtabelle VI.5	Mietenstruktur 2002	123
Anhangtabelle VI.6	Miethöhe nach Baualter 2002	123
Anhangtabelle VI.7	Eigentümerquote in % von Haushalten mit höheren Einkommen 2002	124
Anhangtabelle VI.8	Wohnflächenversorgung von Haushalten mit höheren Einkommen 2002	125
Anhangtabelle VI.9	Eckdaten zur Wohnungsversorgung einkommensschwacher Mieterhaushalte	126
Anhangtabelle VI.10	Mietbelastung von Haushalten mit höheren Einkommen 2002	127
Anhangtabelle VI.11	Wohnungsversorgung einkommensschwacher Haushalte mit und ohne Kinder 2002	128
Anhangtabelle VI.12	Durchschnittliche Wohnfläche einkommensschwacher Hauptmieterhaushalte 1998 und 2002	129
Anhangtabelle VI.13	Ausstattung einkommensschwacher Mieter mit Sammelheizung und Bad 1998 und 2002	130

VII. Gesundheitliche Situation und Pflegebedürftigkeit..... 131

Anhangtabelle VII.1	Entwicklung der Zahl der Vollarbeiter, der meldepflichtigen Arbeitsunfälle, der tödlichen Arbeitsunfälle und der Häufigkeiten von Arbeitsunfällen und tödlichen Arbeitsunfällen	133
Anhangtabelle VII.2	Entwicklung der Zahl der Vollarbeiter, der Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit, der anerkannten Berufskrankheiten und der neuen Rentenfälle	133
Anhangtabelle VII.3	Übersicht über die Zuzahlungen in der GKV	134

VIII. Lebenslagen behinderter Menschen..... 135

Anhangtabelle VIII.1	Schwerbehinderte Menschen nach dem Alter, dem Geschlecht und der Art der Behinderung (Dezember 2003)	137
Anhangtabelle VIII.2	Schwerbehinderte Menschen am 31.12.2003 nach Ursache der schwersten Behinderung, Grad der Behinderung und Geschlecht	138
Anhangtabelle VIII.3	Behinderte und nichtbehinderte Menschen in Privathaushalten - nach Alter und Haushaltsgröße -	139

IX. Soziale und wirtschaftliche Situation von Migrantinnen und Migranten 141

Anhangtabelle IX.1	Bevölkerung insgesamt und ausländische Bevölkerung	143
Anhangtabelle IX.2	Aussiedlerstatistik seit 1980	145
Anhangtabelle IX.3	Alters- und Geschlechtsstruktur der Aussiedler 1999-2003	146
Anhangtabelle IX.4	Berufsstruktur der Aussiedler	147
Anhangtabelle IX.5	Ausländer/innen nach Staatsangehörigkeit 1991-2002	148

Anhangtabelle IX.6	Ausländer nach Bundesländern zum 31.12.2002	150
Anhangtabelle IX.7	Ausländische Bevölkerung zum 31.12.2002 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltsdauer in Deutschland	151
Anhangtabelle IX.8	Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, jeweils am Jahresende in Deutschland 1980-2003	153
Anhangtabelle IX.9	Empfänger/-innen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Deutschland 1994-2003 nach Geschlecht	154
Anhangtabelle IX.10	Bruttoausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Deutschland 1994-2002	155
Anhangtabelle IX.11	Heimatüberweisungen ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	156
X. Menschen in extremer Armut und begrenzt selbsthilfefähige Personen		157
Anhangtabelle X.1	Geschätzte Zahl der Wohnungslosen	159
Teil B: Maßnahmen der Bundesregierung.....		161
Anhangtabelle B I.1:	Beitrag der Steuerpflichtigen zum Steueraufkommen 2004	163

I. Einkommen, Vermögen und Überschuldung

Anhangtabelle I.1:

Einkommensindikatoren unterteilt in alte und neue Länder sowie Deutschland insgesamt

	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder	Deutschland
Indikator	1998	1998	1998	2003	2003	2003
Durchschnittliches Bruttoeinkommen je Haushalt in Euro/Monat	3.357	2.502	3.202	3.619	2.734	3.454
Durchschnittliches laufend verfügbares Einkommen je Haushalt in Euro/Monat	2.686	2.023	2.567	2.895	2.233	2.771
Durchschnittliches Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit in Euro/Jahr	27.191	20.556	25.955	28.747	21.950	27.493
Verfügbares Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Euro/Monat (neue OECD-Skala)						
Durchschnitt	1.607	1.254	1.541	1.803	1.462	1.740
Median	1.445	1.182	1.375	1.624	1.335	1.564
Armutsrisikoquote 60% des Medians (neue OECD-Skala)	11,0%	17,1%	12,1%	12,2%	19,3%	13,5%
<i>Nach Geschlecht:</i>						
Männer	10,0%	14,1%	10,7%	11,6%	17,1%	12,6%
Frauen	11,8%	19,6%	13,3%	12,8%	21,1%	14,4%
<i>Nach Alter:</i>						
bis 15 Jahre	12,5%	20,7%	13,8%	13,8%	22,5%	15,0%
16 bis 24 Jahre	13,0%	20,8%	14,9%	18,1%	22,4%	19,1%
25 bis 49 Jahre	10,5%	15,9%	11,5%	12,2%	19,1%	13,5%
50 bis 64 Jahre	8,5%	14,6%	9,7%	9,5%	19,3%	11,5%
65 und mehr Jahre	12,6%	16,9%	13,3%	10,5%	15,0%	11,4%
Armutsrisikoquote 40% des Medians (neue OECD-Skala)	1,9%	1,9%	1,9%	1,9%	(2,0%)	1,9%
Fiktive Quote vor öffentlichen Transfers	34,9%	54,1%	38,5%	38,2%	55,1%	41,3%

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

II. Sozialhilfe in Deutschland

Anhangtabelle II.1:

**Regelsätze für die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz
in Euro/Monat
(Stand 1.7.2004) ¹⁾**

	Eckregel- satz für den Haushalts- vorstand bzw. allein Lebenden	Haushaltsangehörige				
		bis unter 7 Jahren bei		von 7 bis 13 Jahren	von 14 bis 17 Jahren	ab 18 Jah- ren
		(Ehe)- Paaren	Allein Erzie- henden			
		50%	55%	65%	90%	80%
Bundesländer		des Eckregelsatzes				
Baden Württemberg	297	149	163	193	267	238
Bayern (Landesregel- satz) ²⁾	287	144	158	187	258	230
Berlin	296	148	163	192	266	237
Brandenburg	283	142	156	184	255	226
Bremen	296	148	163	192	266	237
Hamburg	296	148	163	192	266	237
Hessen	297	149	163	193	267	238
Mecklenburg- Vorpommern	282	141	155	183	254	226
Niedersachsen	296	148	163	192	266	237
Nordrhein-Westfalen	296	148	163	192	266	237
Rheinland-Pfalz	296	148	163	192	266	237
Saarland	296	148	163	192	266	237
Sachsen	282	141	155	183	254	226
Sachsen-Anhalt	285	143	157	185	257	228
Schleswig-Holstein	296	148	163	192	266	237
Thüringen	282	141	155	183	254	226
rechnerischer Durchschnitt						
Deutschland	291	146	160	189	262	233
Früheres Bundesgebiet	295	148	162	192	266	236
Neue Länder u. Berlin- Ost	285	143	157	185	257	228

1) Nach Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch wird der aktuelle Rentenwert zum 01.07.2004 nicht verändert. Daher gelten die zum 01.07.2003 festgelegten Regelsätze auch über den 30.06.2004 hinaus.

2) In Bayern handelt es sich um den Mindestregelsatz.

Quelle: Grundinformationen und Daten zur Sozialhilfe (BMGS)

Anhangtabelle II.2:

**Durchschnittlicher Bedarf im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt
in Euro/Monat
(Stand 1.7.2004)**

Typ der Bedarfsgemeinschaft	Regelsätze	Mehrbedarf	Kaltmiete	Heizkosten	einmalige Leistungen ¹⁾	Summe
Früheres Bundesgebiet						
Allein Lebende/r	295	-	274	45	47	661
Ehepaar ohne Kind	531	-	354	61	87	1.033
Ehepaar mit						
einem Kind	722	-	418	68	125	1.333
zwei Kindern	913	-	473	68	163	1.617
drei Kindern	1.104	-	530	82	201	1.917
Allein Erziehende/r mit einem Kind unter 7 Jahren	457	118	354	61	79	1.069
zwei Kindern zw. 7 u. 13 J.	679	118	418	68	123	1.406
Neue Länder und Berlin-Ost						
Allein Lebende/r	285	-	208	42	46	581
Ehepaar ohne Kind	513	-	286	54	85	938
Ehepaar mit						
einem Kind	697	-	332	63	122	1.214
zwei Kindern	881	-	373	72	159	1.485
drei Kindern	1.065	-	416	74	196	1.751
Allein Erziehende/r mit einem Kind unter 7 Jahren	442	114	286	54	77	973
zwei Kindern zw. 7 u. 13 J.	655	114	332	63	120	1.284

- = Nichts vorhanden.

1) Für einmalige Leistungen, die je nach individuellem Bedarf gewährt werden, sind Durchschnittswerte nicht ohne weiteres ermittelbar. In einer Erhebung des Stat. Bundesamtes im Jahr 1991 wurden durchschnittliche einmalige Leistungen ermittelt, die beim Haushaltsvorstand 16%, bei weiteren erwachsenen Haushaltsmitgliedern 17% und bei Kindern 20% des jeweiligen Regelsatzes betragen.

Quelle: Grundinformationen und Daten zur Sozialhilfe (BMGS)

Anhangtabelle II.3:

Entwicklung des Nominal- und Realwerts der Eckregelsätze

Jahr	Eckregelsatz der Hilfe zum Lebensunterhalt		Preisindex ¹⁾ für die Lebenshaltung ohne Wohnungsmieten (2000 = 100)	Realwert des Regelsatzes	
	Jahresdurchschnitt in Euro	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		in Preisen von 1991 in Euro	Index 1991 = 100
Früheres Bundesgebiet					
1991	235	5,5%	85,6	235	100,0
1992	251	6,7%	88,8	242	102,9
1993	261	4,1%	91,5	244	103,8
1994	265	1,6%	93,7	242	103,0
1995	267	0,6%	94,7	241	102,5
1996	270	1,1%	95,7	241	102,6
1997	273	1,1%	97,3	240	102,1
1998	276	0,9%	98,1	240	102,2
1999 ¹⁾	278	0,7%	98,5	241	102,5
2000	280	0,9%	100,0	240	101,9
2001	284	1,4%	102,1	238	101,1
2002	289	1,8%	103,8	238	101,3
2003 ²⁾	294	1,7%	104,3	241	102,5
2004 ³⁾	295	0,3%	106,2	238	101,1
Neue Länder und Berlin-Ost					
1991	216	5,8%	82,5	216	100,0
1992	239	10,5%	86,8	227	105,0
1993	253	5,9%	90,9	230	106,2
1994	256	1,3%	93,3	227	104,8
1995	258	0,5%	94,7	224	103,8
1996	261	1,2%	95,7	225	103,9
1997	264	1,2%	97,6	223	103,1
1998	266	0,8%	98,6	222	102,8
1999 ¹⁾	268	0,8%	98,7	224	103,5
2000	270	1,0%	100,0	223	103,2
2001	274	1,3%	102,7	220	101,8
2002	279	1,8%	104,1	221	102,3
2003 ²⁾	284	1,8%	104,3	225	103,8
2004 ³⁾	285	0,4%	106,2	221	102,4

- 1) Bis 1998: Preisindex für die Lebenshaltung eines 2-Personen-Haushalts von Renten- und Sozialhilfeempfängern, ab 1999: Preisindex für die Lebenshaltung aller Haushalte.
- 2) Ab 2003: Index für Deutschland insgesamt.
- 3) Jahresdurchschnitt 2004 geschätzt anhand des Indexes zur Jahresmitte.

Quelle: Grundinformationen und Daten zur Sozialhilfe (BMGS)

Anhangtabelle II.4:

Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zum Jahresende (1963-2003)

Jahr	Lfd. Hilfe zum Lebens- unterhalt	Davon		Lfd. Hilfe zum Lebens- unterhalt	Davon	
		in Einrichtun- gen	außerhalb von Einrich- tungen		in Einrichtun- gen	außerhalb von Einrich- tungen
Anzahl in 1.000			Veränderung zum Vorjahr in %			
Früheres Bundesgebiet						
1963	-	-	584	-	-	x
1964	-	-	560	-	-	- 4
1965	-	-	522	-	-	- 7
1966	-	-	540	-	-	+ 3
1967	-	-	544	-	-	+ 1
1968	-	-	521	-	-	- 4
1969	-	-	510	-	-	- 2
1970	-	-	528	-	-	+ 4
1971	-	-	582	-	-	+ 10
1972	-	-	625	-	-	+ 7
1973	-	-	676	-	-	+ 8
1974	-	-	768	-	-	+ 14
1975	-	-	852	-	-	+ 11
1976	-	-	905	-	-	+ 6
1977	-	-	948	-	-	+ 5
1978	-	-	908	-	-	- 4
1979	-	-	852	-	-	- 6
1980	-	-	851	-	-	0
1981 ¹⁾	-	-	847	-	-	- 1
1982	-	-	1.025	-	-	+ 21
1983 ¹⁾	-	-	1.141	-	-	+ 11
1984	-	-	1.217	-	-	+ 7
1985 ¹⁾	-	-	1.398	-	-	+ 15
1986	-	-	1.468	-	-	+ 5
1987	-	-	1.552	-	-	+ 6
1988	1.671	51	1.619	x	x	+ 4
1989	1.795	57	1.737	+ 7	+ 12	+ 7
1990	1.832	60	1.772	+ 2	+ 4	+ 2
1991	1.875	57	1.819	+ 2	- 5	+ 3
1992	2.108	58	2.050	+ 12	+ 3	+ 13
1993	2.208	46	2.162	+ 5	- 21	+ 6
1994 ²⁾	2.052	35	2.017	- 7	- 25	- 7
1995 ³⁾	2.270	29	2.241	+ 11	- 17	+ 11
1996	2.403	21	2.382	+ 6	- 27	+ 6
1997	2.530	19	2.511	+ 5	- 11	+ 5
1998	2.485	18	2.467	- 2	- 3	- 4
1999	2.393	13	2.380	- 4	- 27	- 2
2000	2.268	12	2.256	- 5	- 11	- 5

- Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite -

Jahr	Lfd. Hilfe zum Lebens- unterhalt	Davon		Lfd. Hilfe zum Lebens- unterhalt	Davon	
		in Einrichtun- gen	außerhalb von Einrich- tungen		in Einrichtun- gen	außerhalb von Einrich- tungen
Anzahl in 1.000			Veränderung zum Vorjahr in %			
Neue Länder und Berlin-Ost						
1991	254	37	217	x	x	x
1992	330	41	289	+ 30	+ 12	+ 33
1993	321	33	288	- 3	- 20	- 1
1994 ²⁾	257	16	241	- 20	- 51	- 16
1995 ³⁾	286	11	275	+ 11	- 32	+ 14
1996	314	8	306	+ 10	- 30	+ 11
1997	389	7	382	+ 24	- 9	+ 25
1998	418	6	412	+ 7	- 15	+ 8
1999	419	6	413	+ 0	+ 3	+ 0
2000	426	5	421	+ 2	- 24	+ 2
Deutschland						
1991	2.129	93	2.036	x	x	x
1992	2.438	99	2.339	+ 14	+ 6	+ 15
1993	2.529	79	2.450	+ 4	- 20	+ 5
1994 ²⁾	2.308	51	2.258	- 9	- 36	- 8
1995 ³⁾	2.555	40	2.516	+ 11	- 21	+ 11
1996	2.717	29	2.689	+ 6	- 28	+ 7
1997	2.919	26	2.893	+ 7	- 11	+ 8
1998	2.903	24	2.879	- 1	- 6	0
1999	2.812	19	2.792	- 3	- 19	- 3
2000	2.694	16	2.677	- 4	- 15	- 4
2001 ⁴⁾	2.715	17	2.699	+ 1	+ 1	+ 1
2002	2.776	19	2.757	+ 2	+ 13	+ 2
2003	2.828	17	2.811	+ 2	- 11	+ 2

- Angaben nicht vorhanden.

X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll.

1) Die Hilfeempfänger wurden aufgrund einer 20% Stichprobe ermittelt.

2) Aufgrund des Asylbewerberleistungsgesetzes sind die Sozialhilfeempfängerzahlen gesunken. Die Neustrukturierung der Sozialhilfestatistik hat darüber hinaus zu einer Untererfassung geführt, die korrigiert wurde.

3) Hilfe zum Lebensunterhalt: Die Daten weisen eine geringfügige Untererfassung auf.

4) Aufgrund der Gebietsreform in Berlin werden ab 2001 nur noch Daten für Deutschland insgesamt ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik

Anhangtabelle II.5:

**Haushalte von Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt
außerhalb von Einrichtungen am Jahresende
Sozialhilfequoten
Deutschland**

Haushaltstyp	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	Anteil an allen entsprechenden Privathaushalten in %							
Haushalte insgesamt	3,8	4,0	4,0	3,9	3,8	3,8	3,8	3,7
darunter:								
Ehepaare ohne Kinder unter 18 Jahren	0,8	0,9	0,9	0,9	0,8	0,9	0,9	0,8
Ehepaare mit Kind(ern) unter 18 Jahren	2,3	2,4	2,3	2,1	1,9	1,9	2,0	2,3
davon mit ... Kind(ern)								
1	1,8	1,9	1,8	1,6	1,5	1,6	1,7	2,0
2	2,0	2,1	1,9	1,7	1,5	1,5	1,6	1,8
3 und mehr	4,8	5,1	4,9	4,6	4,2	4,2	4,2	4,7
Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder unter 18 Jahren	1,1	1,2	1,2	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren	4,5	4,9	5,4	5,0	4,7	4,8	4,7	5,0
davon mit ... Kind(ern)								
1	3,7	4,2	4,5	3,8	3,5	3,7	3,7	4,0
2	5,0	5,1	6,0	6,0	5,9	5,7	5,4	5,5
3 und mehr	10,3	10,1	12,9	12,0	13,3	13,5	12,1	12,5
Allein Stehende insgesamt	4,4	4,9	4,9	4,8	4,6	4,5	4,5	4,1
davon								
Männer	5,1	5,6	5,6	5,4	5,2	5,1	5,2	5,0
Frauen	4,0	4,4	4,4	4,3	4,1	4,0	4,0	3,5
Allein Erziehende insgesamt mit Kind(ern) unter 18 Jahren	24,0	25,0	25,4	24,6	24,0	23,5	23,5	23,7
davon mit ... Kind(ern)								
1	20,4	21,2	21,3	20,6	20,1	19,6	19,5	19,6
2	28,2	29,4	30,3	28,7	28,0	27,6	27,9	28,3
3 und mehr	43,2	43,3	43,9	45,1	42,7	42,7	44,8	46,5
Allein erziehende Männer mit Kind(ern) unter 18 Jahren	5,7	6,0	6,2	6,3	6,0	5,5	5,8	6,1
davon mit ... Kind(ern)								
1	4,5	4,9	5,1	5,2	5,1	4,6	4,9	5,2
2	7,8	7,6	7,8	7,5	6,8	7,2	7,5	8,5
3 und mehr	13,3	14,7	15,7	16,5	15,6	10,9	11,6	10,6
Allein erziehende Frauen mit (Kind)ern unter 18 Jahren	26,7	27,8	28,1	27,1	26,4	26,2	26,1	26,3
davon mit ... Kind(ern)								
1	23,0	23,9	23,9	22,9	22,3	22,2	21,9	22,0
2	30,5	32,2	32,9	31,2	30,7	30,0	30,2	30,5
3 und mehr	46,4	45,9	46,3	47,4	44,8	46,3	48,4	51,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik

Anhangtabelle II. 6:

Kinder in Familien mit Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende 2003 - Deutschland

Typ der Bedarfsgemeinschaft	Kinder unter 18 Jahren		davon			
	Anzahl	Anteil	deutsche Kinder		ausländische Kinder	
			Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
(Ehe-) Paare mit Kindern	380.476	35,3%	259.325	30,0%	121.151	57,1%
<i>darunter:</i>						
mit 1 Kind	70.924	7,5%	56.860	6,6%	23.679	11,2%
mit 2 Kindern	107.798	11,3%	79.692	9,2%	41.710	19,7%
mit 3 oder mehr Kindern	165.112	16,6%	122.773	14,2%	55.762	26,3%
Allein Erziehende	595.423	55,3%	521.996	60,3%	73.427	34,6%
<i>darunter:</i>						
mit 1 Kind	202.631	18,8%	174.842	20,2%	27.789	13,1%
mit 2 Kindern	222.960	20,7%	187.040	21,6%	35.920	16,9%
mit 3 oder mehr Kindern	169.832	15,8%	160.114	18,5%	9.718	4,6%
Sonstige Haushalte	101.420	9,4%	83.782	9,7%	17.638	8,3%
Insgesamt	1.077.319	100%	865.103	100%	212.216	100%

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik 2003 und eigene Berechnungen

Anhangtabelle II.7:

Arbeitslosenanteile an den Erwerbspersonen insgesamt und bei den Beziehern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, Deutschland 1995 - 2003

Jahr	Arbeitslose			arbeitslos gemeldete Sozialhilfeempfänger				
	Anzahl	Anteil an allen abhängigen zivilen Erwerbspersonen	Veränderung ggü. Vorjahr	Männer	Frauen	zusammen	Anteil	Veränderung ggü. Vorjahr
1995	3.611.921	10,4%	-2,1%	274.127	192.585	466.712	30,9%	x
1996	3.965.064	11,5%	+10,6%	338.459	240.071	578.530	35,2%	+13,9%
1997	4.384.456	12,7%	+9,6%	401.792	300.686	702.478	39,4%	+12,1%
1998	4.279.287	12,3%	-2,6%	399.776	309.550	709.326	40,2%	+1,9%
1999	4.099.209	11,7%	-5,4%	385.111	305.154	690.265	40,6%	+1,1%
2000	3.888.652	10,7%	-8,6%	355.355	288.882	644.237	39,8%	-2,0%
2001	3.851.636	10,3%	-2,1%	375.382	307.106	682.488	41,8%	+5,1%
2002	4.060.317	10,8%	+4,3%	401.436	330.642	732.078	43,5%	+4,1%
2003	4.376.767	10,5%	+7,1%	452.605	383.797	836.402	47,0%	+7,9%

x Tabellenfach gesperrt, weil Angabe nicht sinnvoll.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik bzw. Statistisches Jahrbuch 2003 und eigene Berechnungen

Anhangtabelle II.8:

**Empfänger/-innen von Hilfe in besonderen Lebenslagen
im Laufe des Jahres (1963 - 2003)**

Jahr	Hilfe in besonderen Lebenslagen insgesamt ¹⁾	darunter			Hilfe in besonderen Lebenslagen insgesamt ¹⁾	darunter		
		Hilfe zur Pflege	Eingliederungshilfe für Behinderte	Krankenhilfe, sonstige Hilfen ²⁾		Hilfe zur Pflege	Eingliederungshilfe für Behinderte	Krankenhilfe, sonstige Hilfen ²⁾
Anzahl in 1.000					Veränderung zum Vorjahr in %			
Früheres Bundesgebiet								
1963	814	165	58	293	x	x	x	x
1964	832	195	75	288	+ 2,3	+ 18,2	+ 29,8	- 1,5
1965	862	209	84	304	+ 3,6	+ 7,1	+ 12,5	+ 5,6
1966	895	218	98	320	+ 3,7	+ 4,3	+ 16,2	+ 5,2
1967	925	226	101	343	+ 3,4	+ 3,4	+ 2,7	+ 7,3
1968	942	233	105	357	+ 1,7	+ 3,1	+ 4,6	+ 3,9
1969	946	239	109	347	+ 0,4	+ 2,8	+ 3,6	- 2,7
1970	965	260	120	349	+ 2,1	+ 8,6	+ 9,9	+ 0,5
1971	979	289	120	360	+ 1,5	+ 11,2	- 0,2	+ 3,1
1972	1.025	315	129	384	+ 4,7	+ 9,1	+ 7,8	+ 6,8
1973	1.064	335	135	400	+ 3,8	+ 6,1	+ 4,5	+ 4,0
1974	1.126	366	138	425	+ 5,8	+ 9,3	+ 2,7	+ 6,4
1975	1.147	402	128	433	+ 1,9	+ 9,9	- 7,9	+ 1,8
1976	1.123	413	140	414	- 2,1	+ 2,7	+ 9,4	- 4,3
1977	1.098	425	154	390	- 2,2	+ 2,9	+ 10,7	- 5,9
1978	1.079	429	169	371	- 1,8	+ 0,9	+ 9,7	- 4,9
1979	1.080	442	180	364	+ 0,2	+ 3,1	+ 6,1	- 1,6
1980	1.125	463	194	377	+ 4,1	+ 4,7	+ 8,1	+ 3,3
1981 ³⁾	1.080	451	191	353	- 4,0	- 2,6	- 1,6	- 6,3
1982	1.061	469	196	328	- 1,7	+ 4,0	+ 2,4	- 6,9
1983 ³⁾	1.016	461	194	297	- 4,2	- 1,7	- 1,2	- 9,6
1984	1.047	459	209	305	+ 3,0	- 0,4	+ 8,0	+ 2,9
1985 ³⁾	1.108	467	224	343	+ 5,8	+ 1,8	+ 7,3	+ 12,4
1986	1.196	491	235	393	+ 8,0	+ 5,1	+ 4,9	+ 14,5
1987	1.256	507	246	432	+ 5,1	+ 3,3	+ 4,7	+ 9,8
1988	1.348	525	263	491	+ 7,3	+ 3,6	+ 6,7	+ 13,7
1989	1.404	535	277	526	+ 4,1	+ 1,8	+ 5,5	+ 7,2
1990	1.510	546	290	618	+ 7,6	+ 2,0	+ 4,5	+ 17,5
1991	1.544	543	302	651	+ 2,2	- 0,5	+ 4,4	+ 5,3
1992	1.630	528	312	737	+ 5,5	- 2,8	+ 3,3	+ 13,3
1993	1.661	518	323	772	+ 1,9	- 1,8	+ 3,3	+ 4,7
1994 ⁴⁾	1.083	436	297	306	- 34,8	- 15,8	- 7,8	- 60,4
1995 ⁵⁾	1.256	456	334	426	+ 16,0	+ 4,6	+ 12,2	+ 39,3
1996	1.211	339	343	474	- 3,6	- 25,8	+ 2,8	+ 11,3
1997	1.233	277	371	539	+ 1,9	- 18,3	+ 8,3	+ 13,7
1998	1.200	248	405	507	- 2,8	- 10,4	+ 9,1	- 6,0
1999	1.219	267	407	497	+ 1,6	+ 7,7	+ 0,5	- 1,9
2000	1.267	289	423	524	+ 3,8	+ 8,1	+ 3,9	+ 5,3

- Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite -

Jahr	Hilfe in besonderen Lebenslagen insgesamt ¹⁾	darunter			Hilfe in besonderen Lebenslagen insgesamt ¹⁾	darunter		
		Hilfe zur Pflege	Eingliederungshilfe für Behinderte	Krankenhilfe, sonstige Hilfen ²⁾		Hilfe zur Pflege	Eingliederungshilfe für Behinderte	Krankenhilfe, sonstige Hilfen ²⁾
Anzahl in 1.000					Veränderung zum Vorjahr in %			
Neue Länder und Berlin-Ost								
1991	167	112	22	12	x	x	x	x
1992	240	147	33	39	+ 43,4	+ 31,1	+ 52,4	+211,1
1993	255	142	54	55	+ 6,1	- 3,4	+ 63,7	+ 40,9
1994 ⁴⁾	223	127	63	40	- 12,3	- 10,5	+ 16,3	- 26,1
1995 ⁵⁾	229	117	71	46	+ 2,4	- 7,8	+ 13,2	+ 15,2
1996	198	88	77	34	- 13,2	- 25,1	+ 7,6	- 26,6
1997	178	52	81	43	- 10,3	- 41,2	+ 6,2	+ 25,9
1998	179	41	90	47	+ 0,5	- 19,9	+ 9,1	+ 9,7
1999	182	43	95	50	+ 2,3	+ 3,0	+ 6,4	+ 6,7
2000	193	36	102	57	+ 5,6	- 16,7	+ 6,9	+ 13,4
Deutschland								
1991	1.711	655	324	663	x	x	x	x
1992	1.870	675	346	776	+ 9,3	+ 3,0	+ 6,6	+ 17,0
1993	1.915	660	377	827	+ 2,4	- 2,1	+ 9,1	+ 6,5
1994 ⁴⁾	1.306	563	360	346	- 31,8	- 14,7	- 4,4	- 58,1
1995 ⁵⁾	1.485	574	405	473	+ 13,7	+ 1,8	+ 12,4	+ 36,5
1996	1.409	426	420	508	- 5,1	- 25,7	+ 3,6	+ 7,5
1997	1.411	328	453	582	+ 0,2	- 23,0	+ 7,9	+ 14,5
1998	1.378	289	495	554	- 2,3	- 11,9	+ 9,3	- 4,8
1999	1.402	309	503	548	+ 1,7	+ 7,1	+ 1,6	- 1,1
2000	1.459	324	525	581	+ 4,0	+ 4,7	+ 4,4	+ 6,0
2001 ⁶⁾	1.498	332	555	576	+ 2,7	+ 2,3	+ 5,7	- 0,8
2002	1.559	313	578	625	+ 4,1	- 5,5	+ 4,2	+ 8,6
2003	1.611	323	593	650	+ 3,3	+ 3,2	+ 2,6	+ 4,0

X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll.

- 1) Mehrfachzählungen sind nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund von Meldungen erkennbar waren.
- 2) Sonstige Hilfen: Hilfe bei Sterilisation, Hilfe zur Familienplanung; vor 1996 auch: Hilfe bei Schwangerschaft.
- 3) Die Hilfeempfänger wurden aufgrund einer 20% Stichprobe ermittelt.
- 4) Aufgrund des Asylbewerberleistungsgesetzes sind die Sozialhilfeempfängerzahlen gesunken. Die Neustrukturierung der Sozialhilfestatistik hat darüber hinaus zu einer Untererfassung geführt, die für die HbL-Empfänger nicht korrigiert werden konnte.
- 5) Hilfe in besonderen Lebenslagen: Es liegen keine Daten für Bremen vor.
- 6) Aufgrund der Gebietsreform in Berlin werden ab 2001 nur noch Daten für Deutschland insgesamt ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik

Anhangtabelle II.9:

Empfänger von Hilfe zur Pflege am Jahresende

Jahr	Insgesamt ¹⁾	Außerhalb von Einrichtungen	In Einrichtungen
Früheres Bundesgebiet			
1994	352.798	156.554	200.067
1995	295.193	73.666	221.934
1996	235.807	56.970	178.984
1997	211.463	54.950	156.636
1998	190.003	53.424	136.759
1999	216.328	47.528	168.938
2000	232.937	50.711	182.342
Neue Länder und Berlin-Ost			
1994	100.815	32.700	68.315
1995	77.635	11.426	66.265
1996	49.533	9.417	40.152
1997	39.448	9.446	30.036
1998	32.228	8.778	23.579
1999	31.005	9.088	21.930
2000	28.467	8.086	20.392
Deutschland			
1994	453.613	189.254	268.382
1995	372.828	85.092	288.199
1996	285.340	66.387	219.136
1997	250.911	64.396	186.672
1998	222.231	62.202	160.238
1999	247.333	56.616	190.868
2000	261.404	58.797	202.734
2001 ²⁾	255.883	60.514	195.531
2002	246.212	59.801	186.591
2003	242.066	55.405	186.867

1) Mehrfachzählungen wurden soweit erkennbar ausgeschlossen.

2) Aufgrund der Gebietsreform in Berlin werden ab 2001 nur noch Daten für Deutschland insgesamt ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik

Anhangtabelle II.10:

**Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
außerhalb von und in Einrichtungen
Deutschland**

Jahr	Empfänger während des Jahres		Reine Ausgaben in Euro	
	insgesamt	Veränderung ggü. dem Vorjahr in %	insgesamt	Veränderung ggü. dem Vorjahr in %
1994	360.448		5.792.665.211	
1995	405.146	12,40	6.170.674.409	6,53
1996	419.777	3,61	6.426.499.441	4,15
1997	452.948	7,90	6.883.114.877	7,11
1998	494.925	9,27	7.207.950.854	4,72
1999	502.796	1,59	7.753.960.415	7,58
2000	525.061	4,43	8.321.601.509	7,32
2001	554.803	5,66	8.772.438.117	5,42
2002	578.320	4,24	9.070.902.876	3,40
2003	593.125	2,56	9.599.780.269	5,83
<i>nachrichtlich</i>				
Steigerung von 1994 auf 2003 in %:		64,6	65,7	

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik sowie eigene Berechnungen

Anhangtabelle II.11:

**Langfristige Entwicklung der Sozialhilfeausgaben
(Zeitreihe 1991- 2002)**

Jahr <hr/> Land	Ausgaben der Sozialhilfe (netto)						
	Insgesamt		davon				
			Hilfe zum Lebensunterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen	darunter		
	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	Hilfe zur Pflege			Hilfe bei Krankheit ¹⁾		
Mill. Euro	Euro je Einwohner ²⁾	Mill. Euro					
Deutschland							
1991	15.500	194	-	-	-	-	-
1992	17.914	222	-	-	-	-	-
1993	20.546	253	-	-	-	-	-
1994 ³⁾	20.704	254	7.158	13.546	5.793	6.599	984
1995	21.788	267	8.021	13.766	6.171	6.264	1.032
1996	20.952	256	8.379	12.573	6.426	4.823	1.053
1997	19.775	241	9.003	10.772	6.883	2.509	1.106
1998	20.286	247	9.297	10.989	7.208	2.284	1.198
1999	20.405	249	8.859	11.547	7.754	2.320	1.188
2000	20.863	254	8.721	12.142	8.322	2.308	1.215
2001	21.213	258	8.524	12.688	8.772	2.349	1.259
2002	21.914	266	8.761	13.153	9.071	2.421	1.345
Veränderung zum Vorjahr in %							
1992	15,6	14,7	-	-	-	-	-
1993	14,7	13,9	-	-	-	-	-
1994 ³⁾	0,8	0,5	x	x	x	x	x
1995	5,2	4,9	12,1	1,6	6,5	-5,1	4,9
1996	-3,8	-4,1	4,5	-8,7	4,1	-23	2,0
1997	-5,6	-5,8	7,5	-14,3	7,1	-48	5,0
1998	2,6	2,6	3,3	2,0	4,7	-8,9	8,4
1999	0,6	0,5	-4,7	5,1	7,6	1,6	-0,9
2000	2,2	2,1	-1,6	5,2	7,3	-0,5	2,2
2001	1,7	1,5	-2,3	4,5	5,4	1,8	3,7
2002	3,3	3,1	2,8	3,7	3,4	3,1	6,8
2002 nach Ländern							
Baden-Württemberg	1.836	173	696	1.140	711	270	121
Bayern	2.528	205	730	1.799	1.314	313	145
Berlin	1.775	523	886	888	476	213	176
Brandenburg	488	189	175	312	261	25	22
Bremen	397	601	204	193	115	36	34
Hamburg	912	528	392	520	276	122	.99
Hessen	1.881	309	801	1.080	709	216	127
Mecklenburg-Vorpommern	377	215	163	214	172	18	18
Niedersachsen	2.349	295	924	1.426	1.075	183	127
Nordrhein-Westfalen	5.597	310	2.283	3.314	2.244	689	293
Rheinland-Pfalz	946	234	295	651	480	118	46
Saarland	308	289	149	159	115	24	14
Sachsen	644	147	312	331	265	33	27
Sachsen-Anhalt	546	213	232	313	255	28	29
Schleswig-Holstein	945	336	387	559	386	113	53
Thüringen	384	160	130	254	216	20	14
<u>nachrichtlich:</u>							
Westdeutschland ohne Berlin	17.701	271	6.862	10.839	7.425	2.084	1.060
Ostdeutschland ohne Berlin	2.439	178	1.013	1.426	1.170	125	109

- Für die Jahre vor 1994 wurden hierzu keine Nettoausgaben ausgewiesen.

x Tabellenfach gesperrt, weil Angabe nicht sinnvoll.

1) Inkl. Hilfe bei Sterilisation und Hilfe zur Familienplanung, bis 1996 auch Schwangerschaftshilfe.

2) Bevölkerungsstand: jeweiliger Jahresdurchschnitt; für 2002 vorläufiges Ergebnis.

3) Am 1. November 1993 ist das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in Kraft getreten.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik

III. Lebenslagen von Familien und Kindern

Anhangtabelle III.1:

(Ehe-) Paare und allein Erziehende mit Kindern unter 18 Jahren nach Höhe des Haushaltsnettoeinkommens

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen	Haushalte insgesamt	Familien:			
		Paare mit einem Kind	Paare mit zwei Kindern	Paare mit drei und mehr Kindern	allein Erziehende
unter 900 €	8,2%	0,2%	0,1%	0,0%	3,7%
900-1.300 €	12,7%	4,2%	0,5%	0,0%	29,1%
1.300-1.500 €	6,8%	4,0%	1,6%	0,2%	14,7%
1.500-2.000 €	15,1%	12,6%	4,4%	4,4%	24,9%
2.000-2.600 €	15,0%	19,3%	12,3%	12,8%	15,1%
2.600-3.200 €	11,5%	18,2%	19,3%	11,7%	6,5%
3.200-4.500 €	15,8%	23,7%	31,9%	33,4%	4,2%
über 4.500 €	14,9%	17,8%	30,1%	37,5%	1,8%
zusammen	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: Fraunhofer Institut, EVS 1. Halbjahr 2003

Anhangtabelle III.2:

Bedarfsgemeinschaften der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen mit wichtigen anrechenbaren Einkommensanteilen am Jahresende 2002 - Deutschland

Typ der Bedarfsgemeinschaft	Erwerbseinkommen	Lohnersatz-einkommen	Wohn-geld
Ehepaare mit Kindern	31,4%	29,6%	77,9%
<i>darunter:</i>			
mit 1 Kind	29,3%	24,8%	76,5%
mit 2 Kindern	32,6%	29,2%	78,2%
mit 3 oder mehr Kindern	33,0%	36,7%	79,5%
Allein Erziehende	20,5%	9,1%	85,2%
<i>darunter:</i>			
mit 1 Kind	20,0%	9,8%	84,9%
mit 2 Kindern	22,8%	9,1%	85,6%
mit 3 oder mehr Kindern	17,4%	6,2%	85,3%
Bedarfsgemeinschaften insgesamt	16,1%	14,2%	78,1%

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik 2002

VI. Versorgung mit Wohnraum

Anhangtabelle VI.1:

Gebäudestruktur des Wohnungsbestandes

	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder		Deutschland	
	1998	2002	1998	2002	1998	2002
Wohneinheiten in Wohngebäuden in Tausend	29.257	30.622	7.290	7.638	36.548	38.260
davon nach Zahl der Wohneinheiten im Gebäude und nach Baualter	in %					
1 und 2 Wohneinheiten	47,9	48,1	34,2	35,2	45,2	45,5
bis 1918	6,9	6,7	12,6	11,7	8,0	7,7
1919 bis 1948	5,9	5,8	9,8	8,9	6,7	6,4
1949 bis 1978	24,1	22,7	4,9	5,1	20,3	19,2
1979 bis 1990	7,5	7,5	3,1	3,1	6,6	6,6
1991 bis 1998	3,6	¹⁾	3,8	¹⁾	3,6	¹⁾
1991 bis 2000	x	4,9	x	6,0	x	5,2
2001 und später	x	0,5	x	0,4	x	0,5
3 und mehr Wohneinheiten	52,1	51,9	65,8	64,8	54,8	54,5
bis 1918	6,4	6,1	13,7	12,1	7,9	7,3
1919 bis 1948	6,0	5,6	9,7	9,9	6,8	6,5
1949 bis 1978	29,6	29,2	22,8	21,9	28,2	27,7
1979 bis 1990	5,6	5,9	14,4	13,5	7,4	7,4
1991 bis 1998	4,4	¹⁾	5,2	¹⁾	4,5	¹⁾
1991 bis 2000	x	4,8	x	6,9	x	5,2
2001 und später	x	0,3	x	0,3	x	0,3

x Tabellenfach gesperrt, da Angaben nicht sinnvoll.

¹⁾ Die Angaben werden nicht gesondert ausgewiesen, da sie im Zeitintervall 1991 - 2000 enthalten sind.

Quelle: Eigene Berechnungen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen aus der Wohnungsstichprobe 1993 sowie der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 1998; Eigene Berechnungen des BBR zur Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes aus der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 2002

Anhangtabelle VI.2:

Eigentümerquote¹⁾ nach Haushaltsgröße

	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder			Deutschland		
	1993	1998	2002	1993	1998	2002	1993	1998	2002
Haushalte insgesamt	41,8	43,6	45,1	26,1	31,6	34,7	38,8	41,4	43,2
Zahl der Personen									
1 Person	23,4	27,2	28,8	13,2	14,8	16,5	21,6	25,1	26,6
2 Personen	44,7	50,1	51,9	28,5	32,6	36,6	41,6	46,8	49,0
3 Personen	51,2	51,6	52,5	29,6	41,1	48,6	46,5	49,3	51,7
4 Personen	58,0	57,6	60,7	34,9	49,6	60,0	52,9	56,0	60,6
5 u.m. Personen	61,0	58,4	60,4	44,7	55,4	61,3	58,6	58,0	60,5

1) Eigentümerhaushalte in % der Wohnungsinhaberhaushalten (Eigentümer- und Hauptmieterhaushalte); bezieht man auch die Untermieter ein, ergeben sich 1998 für Haushalte insgesamt Eigentümerquoten von 42,6% / 31,0% / 40,5% (alte/neue Länder/Deutschland) und 2002 für Haushalte insgesamt Eigentümerquoten von 44,1% / 33,8% / 42,2% (alte/neue Länder/Deutschland).

Quelle: Eigene Berechnungen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen aus der Wohnungsstichprobe 1993 sowie der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 1998; Eigene Berechnungen des BBR zur Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes aus der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 2002

Anhangtabelle VI.3:

Wohnflächenversorgung nach Haushaltsgröße

	Wohnfläche je Haushalt in qm								
	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder			Deutschland		
	1993	1998	2002	1993	1998	2002	1993	1998	2002
Eigentümer-Haushalte	113,1	115,4	118,0	97,6	100,3	104,1	111,1	113,2	116,0
Zahl der Personen									
1 Person	87,4	91,4	93,8	78,9	80,0	84,3	86,5	90,2	92,8
2 Personen	105,5	111,2	115,2	89,3	92,7	97,3	103,5	108,7	112,7
3 Personen	119,2	124,7	128,1	102,3	106,2	110,9	116,9	121,3	124,6
4 Personen	130,2	134,6	137,2	110,6	114,4	119,9	127,4	131,0	134,3
5 u.m. Personen	146,7	148,3	152,3	123,6	125,3	132,9	144,2	145,4	150,1
Hauptmieter-Haushalte	70,1	71,3	72,4	60,4	61,3	62,6	67,9	69,1	70,3
Zahl der Personen									
1 Person	57,3	58,7	59,8	48,4	50,7	52,5	55,6	57,2	58,4
2 Personen	72,8	75,4	77,1	60,8	62,8	65,7	70,0	72,4	74,4
3 Personen	81,7	84,2	86,4	66,8	70,2	74,3	77,4	80,6	83,6
4 Personen	89,3	91,4	94,6	73,9	78,0	84,4	84,7	88,4	92,8
5 u.m. Personen	96,1	98,5	101,6	85,4	89,5	93,1	94,0	97,2	100,6

Quelle: Eigene Berechnungen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen aus der Wohnungstichprobe 1993 sowie der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 1998; Eigene Berechnungen des BBR zur Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes aus der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 2002

Anhangtabelle VI.4:

Wohnungsversorgung von Familien und Senioren

	Eigentümerquote		qm Wohnfläche je Haushalt			
			Eigentümer		Mieter	
	1998	2002	1998	2002	1998	2002
Früheres Bundesgebiet						
Haushalte insgesamt	43,6	45,1	115,4	118,0	71,3	72,4
Haushalte mit Kindern zusammen ¹⁾	46,4	49,0	132,0	135,2	86,9	89,1
davon nach Zahl der Kinder ¹⁾						
1 Kind	42,4	43,9	127,0	129,9	82,1	83,9
2 Kinder	50,3	54,5	133,4	136,3	90,3	93,2
3 u.m. Kinder	49,8	51,9	144,0	148,6	98,0	100,4
darunter allein Erziehende	-	32,4	-	123,4	-	80,7
Haushalte mit einem Haushaltsvorstand 65 Jahre und älter	49,9	53,1	103,1	106,5	67,6	69,2
Neue Länder						
Haushalte insgesamt	31,8	34,7	100,3	104,1	61,3	62,6
Haushalte mit Kindern zusammen ¹⁾	38,4	43,9	113,2	118,1	73,2	77,0
davon nach Zahl der Kinder ¹⁾						
1 Kind	36,5	41,6	110,0	115,1	69,2	73,4
2 Kinder	41,3	48,6	115,3	120,9	77,2	82,4
3 u.m. Kinder	40,5	44,7	125,2	131,5	90,7	90,8
darunter allein Erziehende	-	27,9	-	110,4	-	71,9
Haushalte mit einem Haushaltsvorstand 65 Jahre und älter	27,0	29,8	85,2	89,2	56,0	58,2
Deutschland						
Haushalte insgesamt	41,4	43,2	113,2	116,0	69,1	70,3
Haushalte mit Kindern zusammen ¹⁾	44,8	48,1	129,7	132,3	83,8	86,7
davon nach Zahl der Kinder ¹⁾						
1 Kind	41,0	43,4	123,4	126,7	78,8	81,5
2 Kinder	48,6	53,6	130,4	134,2	87,5	91,5
3 u.m. Kinder	48,6	51,2	142,1	147,1	96,5	99,3
darunter allein Erziehende	-	31,3	-	120,4	-	78,3
Haushalte mit einem Haushaltsvorstand 65 Jahre und älter	45,7	48,8	101,2	104,6	72,1	66,4

- Für 1998 keine vergleichbaren Angaben möglich.

1) Kinder bis unter 18 Jahre.

Quelle: Eigene Berechnungen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen aus der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 1998; Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes aus der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 2002

Anhangtabelle VI.5:

Mietenstruktur 2002

	Wohneinheiten nach Bruttokaltmiete 2002 von ... bis unter ... Euro je qm in %							
	unter 3,50	3,50 - 4,00	4,00 - 4,50	4,50 - 5,00	5,00 - 6,00	6,00 - 7,00	7,00 - 8,50	8,50 u. mehr
Früheres Bundesgebiet	4,1	4,1	7,1	9,7	26,1	20,8	16,3	11,8
Neue Länder	6,1	7,7	12,6	14,9	33,0	16,0	7,5	2,2
Deutschland	4,6	4,9	8,3	10,9	27,6	19,7	14,3	9,6

Quelle: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes aus der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 2002

Anhangtabelle VI.6:

Miethöhe nach Baualter 2002

	Bruttokaltmiete in Euro je qm		
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder	Deutschland
insgesamt ¹⁾	6,09	5,29	5,93
nach Baualter:			
bis 1948	5,69	5,10	5,55
1949 bis 1978	6,03	5,18	5,92
1979 bis 1990	6,48	4,99	6,04
1991 bis 2000	6,83	6,43	6,73
2001 und später	7,24	6,50	7,08

1) Reine Mietwohneinheiten in Wohngebäuden ohne Wohnheime.
Für Hauptmieter allein betragen die Mieten in Euro 5,75 / 4,97 / 5,60
(früheres Bundesgebiet/neue Länder/Deutschland).

Quelle: Eigene Berechnungen des BBR zur Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes aus der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 2002

Anhangtabelle VI.7:

Eigentümerquote in % von Haushalten mit höheren Einkommen 2002

	Haushalte insgesamt	Personen im Haushalt				
		1	2	3	4	5 u. mehr
Früheres Bundesgebiet						
Alle Haushalte	45,1	28,8	51,9	52,5	60,7	60,4
Oberstes Quintil ¹⁾	53,3	35,7	65,3	71,4	81,5	84,5
Neue Länder						
Alle Haushalte	34,7	16,5	36,6	48,6	60,0	61,3
Oberstes Quintil ¹⁾	44,5	20,4	52,2	64,9	83,6	90,9
Deutschland						
Alle Haushalte	43,2	26,6	49,0	51,7	60,6	60,5
Oberstes Quintil ¹⁾	52,5	34,5	64,4	70,4	81,7	84,9

1) Oberstes Einkommensfünftel innerhalb der jeweiligen Haushaltsgrößengruppe (abgegrenzt für Deutschland insgesamt).

Quelle: Eigene Berechnungen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen aus der Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes zur Zusatzerhebung zum Mikrozensus 2002. Da auf Grund vorgegebener Einkommensklassen die einzelnen Haushaltsgrößen in den Jahren 1998 und 2002 in unterschiedlichem Maße von den exakten Quintilsgrenzen abweichen können, sind die Angaben nicht unmittelbar mit denen des Armuts- und Reichtumsberichtes aus dem Jahr 2000 vergleichbar

Anhangtabelle VI.8:

Wohnflächenversorgung von Haushalten mit höheren Einkommen 2002

	qm - Wohnfläche reicher Haushalte					
	Haushalte insgesamt	Personen im Haushalt				
		1	2	3	4	5 u. mehr
Früheres Bundesgebiet						
Alle Haushalte	93,0	69,6	96,9	108,3	120,5	132,2
Oberstes Quintil ¹⁾	104,6	79,0	119,5	128,8	153,7	170,6
Neue Länder						
Alle Haushalte	77,0	57,8	77,3	92,1	105,7	117,5
Oberstes Quintil ¹⁾	91,5	66,9	101,6	108,4	136,4	149,4
Deutschland						
Alle Haushalte	90,0	67,5	93,2	104,8	117,9	130,6
Oberstes Quintil ¹⁾	103,4	78,0	118,3	125,9	151,9	169,2

1) Oberstes Einkommensfünftel innerhalb der jeweiligen Haushaltsgrößengruppe abgegrenzt für Deutschland insgesamt).

Quelle: Eigene Berechnungen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen aus der Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes zur Zusatzerhebung zum Mikrozensus 2002 (siehe auch Erläuterungen zu Tab. VI.7)

Anhangtabelle VI.9:

**Eckdaten zur Wohnungsversorgung einkommensschwacher Mieterhaushalte
1973 - 2002 ¹⁾**

Jahr	Mieter mit Wohngeld im früheren Bundesgebiet ¹⁾				
	Fallzahl	Anteil an allen Privathaushalten ²⁾	durchschnittliche Wohnfläche	Anteil der Wohnungen mit Sammelheizung und Bad oder Dusche ^{3), 4)}	Durchschnittliche Wohnkostenbelastung ⁵⁾
		%	qm	%	%
1973	1.232.000	5,3	50	49	- ⁶⁾
1978	1.454.000	6,0	55	64	15,6
1987	1.754.692	6,5	59	79	17,0
1992	1.747.306	6,0	58	84	25,1
1993	1.762.585	6,0	58	85	26,7
1994	1.829.158	6,1	58	85	28,1
1995	1.873.976	6,2	59	86	29,2
1996	2.033.330	6,7	59	87	29,5
1997	2.081.898	6,8	60	88	30,1
1998	2.144.962	7,0	60	89	30,6
1999	2.015.561	6,5	60	89	30,2
2000	2.016.941	6,5	59	90	30,4
2001	1.915.930	6,1	60	91	28,6
2002	2.260.401	7,2	60	92	28,3
	Mieter mit Wohngeld in den neuen Ländern ⁶⁾				
1973					
1978					
1987					
					- Daten erst ab 1992 -
1992	1.637.108	24,6	56	64	- ⁷⁾
1993	1.168.843	17,4	55	67	14,8
1994	739.283	10,9	57	68	17,8
1995	590.965	8,7	57	72	20,9
1996	576.476	8,5	57	76	24,1
1997	666.379	9,7	55	73	22,5
1998	689.821	10,0	55	82	23,0
1999	693.383	9,9	54	86	23,4
2000	716.808	10,1	54	89	23,5
2001	769.916	10,8	54	93	25,9
2002	700.568	9,8	53	94	26,1

1) Gesamtergebnisse für einkommensschwache Haushalte mit Bezug von allgemeinem Wohngeld (bis 2000 sog. Tabellenwohngeld) und von besonderem Mietzuschuss (bis 2000 sog. pauschaliertes Wohngeld).

2) Mikrozensus.

3) Früheres Bundesgebiet: bis 2000 bei Empfängern von Pauschalwohngeld (jetzt: besonderem Mietzuschuss) Ausstattung mit Sammelheizung; ab 2001 Vollaussstattung bei allgemeinem Wohngeld und besonderem Mietzuschuss.

4) Neue Länder: bis 1996 Ausstattung mit Sammelheizung; ab 1997 bis 2000 bei Tabellenwohngeldempfängern (jetzt allgemeinem Wohngeld) Vollaussstattung; bei Pauschalwohngeldempfängern (jetzt besonderer Mietzuschuss) Ausstattung mit Sammelheizung; ab 2001 Vollaussstattung bei allgemeinem Wohngeld und besonderem Mietzuschuss.

5) Nach Wohngeld; bezogen auf ein aus dem statistisch nachgewiesenen Bruttoeinkommen einschl. Kindergeld modellartig abgeleitetes verfügbares Einkommen (ohne Wohngeld); 2002 bezogen auf abgeleitetes Nettoeinkommen.

6) Bis 2001 früheres Bundesgebiet einschl. Berlin-West und neue Länder einschl. Berlin-Ost; seit 2002 ist Berlin vollständig dem früheren Bundesgebiet zugeordnet.

7) Keine zu den Folgejahren vergleichbaren Angaben verfügbar.

Anhangtabelle VI.10:

Mietbelastung von Haushalten mit höheren Einkommen¹⁾ 2002

	Bruttokaltmiete in % des Haushaltsnettoeinkommens					
	Haushalte insgesamt	Personen im Haushalt				
		1	2	3	4	5 u. mehr
Früheres Bundesgebiet						
Alle Haushalte	23,1	26,8	20,7	21,5	21,5	22,5
Oberstes Quintil ²⁾	19,1	21,2	14,6	15,6	14,4	14,5
Neue Länder						
Alle Haushalte	21,0	26,0	19,1	18,2	17,7	21,0
Oberstes Quintil ²⁾	15,5	17,4	12,1	12,1	11,1	13,5
Deutschland						
Alle Haushalte	22,7	26,6	20,3	20,7	20,9	22,3
Oberstes Quintil ²⁾	18,7	20,8	14,3	14,9	14,0	14,5

1) Nur Hauptmieterhaushalte in reinen Mietwohnungen.

2) Oberstes Einkommensfünftel innerhalb der jeweiligen Haushaltsgrößengruppe (abgegrenzt für Deutschland insgesamt).

Quelle: Eigene Berechnungen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen aus der Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes zur Zusatzerhebung zum Mikrozensus 2002 (siehe auch Erläuterungen zu Tab. VI.7)

Anhangtabelle VI.11:

**Wohnungsversorgung einkommensschwacher Haushalte
mit und ohne Kinder 2002**

Haushalts- Größe (Personen)	Haushalte mit Kindern		Haushalte ohne Kinder	
	durchschnitt- liche Wohn- fläche in qm	Ausstattung mit Sammel- heizung u. Bad o. Du- sche in %	durchschnitt- liche Wohn- fläche in qm	Ausstattung mit Sammel- heizung u. Bad o. Du- sche in %
	Früheres Bundesgebiet			
1	x	x	49	91
2	66	94	64	92
3	76	95	74	94
4	84	95	82	94
5 u. m.	96	94	94	93
insgesamt	81	95	56	92
	Neue Länder			
1	x	x	46	93
2	58	96	54	96
3	67	96	56	95
4	77	96	69	96
5 u. m.	91	94	82	94
insgesamt	67	96	48	94

x Tabellenfach gesperrt, da Angabe nicht sinnvoll.

Quelle: Wohngeldstatistik 2002

Anhangtabelle VI.12:

**Durchschnittliche Wohnfläche einkommenschwacher Hauptmieterhaushalte
1998 und 2002
(Angaben in qm)**

Haushaltsgröße (Personen)	Alle Haupt- mieterhaushalte ¹⁾		Empfänger von...			
			Allgemeinem Wohngeld		Besonderem Mietzu- schuss	
	Früheres Bundesgebiet					
	1998	2002	1998	2002	1998	2002
1	59	60	48	45	43	46
2	75	77	64	66	59	61
3	84	86	73	77	69	72
4	91	95	81	87	76	81
5 und mehr	99	102	93	103	88	94
Insgesamt	71	72	64	64	57	59
	Neue Länder					
1	51	53	46	46	41	42
2	63	66	57	60	56	57
3	70	74	66	71	65	66
4	78	84	75	88	73	74
5 und mehr	90	93	88	104	86	89
Insgesamt	61	63	56	59	54	55

1) Entnommen Mikrozensus-Zusatzerhebung 2002.

Quelle: Mikrozensus 2002 und Wohngeldstatistik 2002

Anhangtabelle VI.13:

Ausstattung einkommenschwacher Mieter mit Sammelheizung und Bad 1998 und 2002

Haushaltsgröße (Personen)	Allgemeines Wohngeld ¹⁾		Besonderer Mietzuschuss ¹⁾	
	Anteil der Haushalte mit Sammelheizung und Bad/Dusche in % ²⁾			
	1998	2002	1998	2002
	Früheres Bundesgebiet			
1	90	90	85	90
2	92	93	87	92
3	94	94	88	93
4	95	95	89	93
5 und mehr	93	94	88	92
Insgesamt	92	92	86	91
	Neue Länder			
1	81	94	67	89
2	87	96	79	95
3	88	96	82	95
4	89	96	85	95
5 und mehr	85	93	82	93
Insgesamt	84	95	75	92

1) Aufgrund von Vereinheitlichung der Statistik durch die Wohngeldreform 2001 nicht vergleichbar.

2) Beim pauschalierten Wohngeld 1998: Anteil der Haushalte mit Sammelheizung.

Quelle: Wohngeldstatistik 2002

VII. Gesundheitliche Situation und Pflegebedürftigkeit

Anhangtabelle VII.1:

Entwicklung der Zahl der Vollarbeiter, der meldepflichtigen Arbeitsunfälle, der tödlichen Arbeitsunfälle und der Häufigkeiten von Arbeitsunfällen und tödlichen Arbeitsunfällen

Jahr	Vollarbeiter in 1.000	Meldepflichtige Arbeitsunfälle	Meldepflichtige Arbeitsunfälle je 1000 Vollarbeiter	Tödliche Arbeitsunfälle	Tödliche Arbeitsunfälle je 1000 Vollarbeiter
1982	24.967	1.593.446	64	2.196	0,09
1984	25.072	1.517.008	61	1.918	0,08
1986	28.532	1.581.423	55	1.536	0,05
1988	29.168	1.578.995	54	1.605	0,06
1990	30.717	1.672.480	54	1.558	0,05
1992	37.456	2.069.422	55	1.752	0,05
1994	37.015	1.903.557	51	1.712	0,05
1996	38.442	1.657.556	43	1.523	0,04
1997	38.074	1.598.972	42	1.403	0,04
1998	37.587	1.585.364	42	1.287	0,03
1999	37.759	1.560.063	41	1.293	0,03
2000	37.802	1.513.723	40	1.153	0,03
2001	37.553	1.395.592	37	1.107	0,03
2002	36.738	1.306.772	36	1.071	0,03

Quelle: Bericht der Bundesregierung über den Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit und über das Unfall- und Berufskrankheitsgeschehen in der Bundesrepublik Deutschland

Anhangtabelle VII.2:

Entwicklung der Zahl der Vollarbeiter, der Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit, der anerkannten Berufskrankheiten und der neuen Rentenfälle

Jahr	Vollarbeiter in 1.000	Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit	Anerkannte Berufskrankheiten	Neue Rentenfälle
1982	24.967	37.366	12.740	5.652
1984	25.072	35.413	9.277	4.407
1986	28.532	44.708	8.346	3.779
1988	29.168	51.747	8.152	4.048
1990	30.717	57.751	10.384	4.452
1992	37.456	85.721	13.507	5.918
1994	37.015	97.923	21.008	7.237
1996	38.442	93.861	24.274	8.005
1997	38.074	88.797	23.432	7.867
1998	37.587	85.787	20.734	6.379
1999	37.759	83.738	19.402	5.993
2000	37.802	81.542	18.689	5.570
2001	37.553	76.612	18.599	5.750
2002	36.738	71.008	18.352	5.684

Quelle: Bericht der Bundesregierung über den Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit und über das Unfall- und Berufskrankheitsgeschehen in der Bundesrepublik Deutschland

Anhangtabelle VII.3:

Übersicht über die Zuzahlungen in der GKV

Leistung	Zuzahlung seit dem 1. Januar 2004	Befreiungsmöglichkeiten
Arzneimittel	10% des Apothekenabgabepreises mindestens 5 Euro und maximal 10 Euro ¹⁾	<p>Versicherte, die während eines Jahres mit ihren Zuzahlungen die Belastungsobergrenze von 2% (bei schwerwiegend chronisch Kranken 1%) der jährlichen Bruttoeinnahmen zum Lebensunterhalt erreichen, werden von ihrer Krankenkasse für den Rest des Jahres von weiteren Zuzahlungen befreit.</p> <p>Kinder haben bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres grundsätzlich keine Zuzahlungen zu entrichten. Einzige Ausnahme: Die Zuzahlung bei Fahrkosten gilt auch für Versicherte, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.</p>
Verbandmittel	wie oben ¹⁾	
Fahrkosten	10% der Fahrkosten mindestens 5 Euro und maximal 10 Euro je Fahrt ¹⁾	
Heilmittel	10% des Abgabepreises zzgl. 10 Euro je Verordnung ¹⁾	
Hilfsmittel	10% der Kosten des Hilfsmittels mindestens 5 Euro und maximal 10 Euro ¹⁾	
zum Verbrauch bestimmte Hilfsmittel	10% der Kosten je Packung und maximal 10 Euro pro Monat	
Krankenhausbehandlung	10 Euro pro Kalendertag für höchstens 28 Tage	
Ambulante Rehabilitationsmaßnahmen	10 Euro pro Kalendertag	
Stationäre Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen	10 Euro pro Kalendertag	
Anschlussrehabilitation	10 Euro pro Kalendertag für höchstens 28 Tage	
Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen für Mütter und Väter	10 Euro pro Kalendertag	
Praxisgebühr	10 Euro je Quartal	

1) Jeweils nicht mehr als die Kosten des Mittels.

VIII. Lebenslagen behinderter Menschen

Anhangtabelle VIII.1:

Schwerbehinderte Menschen nach dem Alter, dem Geschlecht und der Art der Behinderung (Dezember 2003)

(beim Stat. Bundesamt angefordert - Zahlen erscheinen erst Ende Dezember 2004)

Alter	Geschlecht	insgesamt	Verlust oder Funktionseinschränkung von Gliedmaßen, Wirbelsäule, Rumpf oder Brustkorb	Blindheit, Sehbehinderung	Sprachstörungen, Schwerhörigkeit, Taubheit	Beeinträchtigung der Funktion innerer Organe	Querschnittslähmung zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen, Sucht	Sonstige Behinderungen
unter 18	männlich weiblich gesamt							
18 bis unter 60	männlich weiblich gesamt							
60 und älter	männlich weiblich gesamt							
Insgesamt	männlich weiblich gesamt							

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13, R 5.1, 1999 nach § 53 Abs. 1 SchwbG wird die Statistik nur alle 2 Jahre durchgeführt

Anhangtabelle VIII.2:

Schwerbehinderte Menschen am 31.12.2003 nach Ursache der schwersten Behinderung, Grad der Behinderung und Geschlecht

(beim Stat. Bundesamt angefordert - Zahlen erscheinen erst Ende Dezember 2004)

Ursachen der schwersten Behinderung	Insgesamt		Grad der Behinderung					
	Anzahl	%	50	60	70	80	90	100
	Früheres Bundesgebiet							
angeborene Behinderung								
Arbeitsunfall, Berufskrankheit								
Verkehrsunfall								
häuslicher Unfall								
sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall								
anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung								
allgemeine Krankheit (einschl. Impfschaden)								
sonstige, mehrere oder ungenügend bezeichnete Ursachen								
gesamt								
	Neue Länder							
angeborene Behinderung								
Arbeitsunfall, Berufskrankheit								
Verkehrsunfall								
häuslicher Unfall								
sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall								
anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung								
allgemeine Krankheit (einschl. Impfschaden)								
sonstige, mehrere oder ungenügend bezeichnete Ursachen								
gesamt								
	Deutschland insgesamt							
angeborene Behinderung								
Arbeitsunfall, Berufskrankheit								
Verkehrsunfall								
häuslicher Unfall								
sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall								
Anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung								
Allgemeine Krankheit (einschl. Impfschaden)								
Sonstige, mehrere oder ungenügend bezeichnete Ursachen								
Zusammen								

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13, R 5.1, 1999

Anhangtabelle VIII.3:

**Behinderte und nichtbehinderte Menschen in Privathaushalten
- nach Alter und Haushaltsgröße -**

Alter von ... bis unter ... Jahren	Behinderte insgesamt	Davon lebten in einem Haushalt mit ... Person(en)					
		1		2		3 und mehr	
		Behin- derte	Nicht- behin- derte	Behin- derte	Nicht- behin- derte	Behin- derte	Nicht- behin- derte
1.000	%	%	%	%	%	%	
Insgesamt							
unter 15	137	-	-	7,2	5,2	92,8	94,8
15 - 25	145	10,9	11,3	15,1	15,0	74,0	73,7
25 - 45	894	25,3	17,4	24,2	21,4	50,5	61,3
45 - 55	1.118	20,9	12,4	39,8	33,9	39,3	53,6
55 - 60	856	20,3	14,7	57,9	57,6	21,8	27,7
60 - 65	1.205	20,8	16,6	65,4	68,1	13,8	15,3
65 - 70	1.030	22,1	21,3	69,7	68,4	8,2	10,3
70 - 75	910	30,7	29,5	64,0	62,6	5,3	7,9
75 - 80	860	40,2	44,1	54,9	49,6	4,9	6,2
80 und mehr	1.065	57,1	59,4	37,3	32,9	5,6	7,7
Zusammen	8.217	28,7	15,8	50,4	30,4	20,8	53,8
Männlich							
unter 15	80	x	x	/	5,2	92,6	94,8
15 - 25	84	9,7	10,7	11,8	12,2	78,5	77,2
25 - 45	510	28,4	22,3	20,4	20,0	51,2	57,7
45 - 55	610	20,8	14,3	34,6	28,3	44,5	57,3
55 - 60	497	16,9	13,1	55,6	52,3	27,6	34,6
60 - 65	728	14,7	12,3	67,7	68,7	17,7	19,1
65 - 70	615	12,7	12,4	77,2	74,8	10,1	12,8
70 - 75	507	15,3	13,8	77,0	76,6	7,7	9,5
75 - 80	426	19,5	19,8	75,0	72,3	5,6	7,9
80 und mehr	392	26,2	29,8	69,5	64,0	4,3	6,2
Zusammen	4.449	18,2	14,0	57,5	29,3	24,3	56,7
Weiblich							
unter 15	56	x	x	/	5,2	93,2	94,8
15 - 25	60	12,6	11,9	19,6	18,0	67,8	70,1
25 - 45	384	21,1	12,3	29,3	22,8	49,5	64,9
45 - 55	508	20,9	10,6	46,0	39,3	33,0	50,1
55 - 60	359	25,0	16,3	61,1	62,5	13,9	21,3
60 - 65	477	30,2	20,3	61,9	67,7	7,9	12,0
65 - 70	416	36,0	28,6	58,4	63,1	5,5	8,3
70 - 75	403	50,1	40,9	47,6	52,4	2,3	6,7
75 - 80	434	60,5	56,3	35,2	38,3	4,3	5,4
80 und mehr	672	75,2	70,3	18,5	21,5	6,4	8,2
Zusammen	3.768	41,1	17,4	42,1	31,4	16,8	51,1

x Tabellenfach gesperrt, da Angabe nicht sinnvoll.
/ Angaben liegen nicht vor.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2003

IX. Soziale und wirtschaftliche Situation von Migrantinnen und Migranten

Anhangtabelle IX.1:

Bevölkerung insgesamt und ausländische Bevölkerung ¹⁾

Stichtag	Bevölkerung			Weibliche Personen je 1.000 männliche		Ausländer/-innen				Weibliche Personen je 1.000 männliche	
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	insgesamt	männlich	weiblich	1.000		
									1.000	Anzahl	
06.06.1961	56.174,8	26.413,4	29.761,5	1.127	686,2	1,2	472,7	213,4	451		
31.12.1970	61.001,2	29.071,6	31.929,5	1.098	2.737,9	4,5	1.702,1	1.035,8	609		
31.12.1975	61.644,6	29.381,5	32.263,1	1.098	3.900,5	6,3	2.223,9	1.676,5	754		
31.12.1980	61.657,9	29.481,0	32.176,9	1.091	4.566,2	7,4	2.576,2	1.990,0	772		
31.12.1981	61.712,7	29.522,9	32.189,8	1.090	4.721,1	7,7	2.647,9	2.073,2	783		
31.12.1982	61.546,1	29.427,9	32.118,2	1.091	4.671,8	7,6	2.589,2	2.082,6	804		
31.12.1983	61.306,7	29.305,8	32.000,9	1.092	4.574,2	7,5	2.514,0	2.060,2	819		
31.12.1984	61.049,3	29.179,7	31.869,5	1.092	4.405,5	7,2	2.406,2	1.999,3	831		
31.12.1985	61.020,5	29.190,0	31.830,5	1.090	4.481,6	7,3	2.442,8	2.038,8	835		
31.12.1986	61.140,5	29.285,4	31.855,1	1.088	4.661,9	7,6	2.537,9	2.124,0	837		
31.12.1987	61.238,1	29.419,4	31.818,7	1.082	4.286,5	7,0	2.366,1	1.920,3	812		
31.12.1988	61.715,1	29.693,1	32.022,0	1.078	4.623,5	7,5	2.537,2	2.086,3	822		
31.12.1989	62.679,0	30.236,4	32.442,6	1.073	5.007,2	8,0	2.741,1	2.266,1	827		
31.12.1990	63.725,7	30.850,9	32.874,8	1.066	5.582,4	8,8	3.080,6	2.501,7	812		

Früheres Bundesgebiet

-Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite-

Stichtag	Bevölkerung			Weibliche Personen je 1.000 männliche	Ausländer/-innen			Weibliche Personen je 1.000 männliche	
	insgesamt	männlich	weiblich		insgesamt	männlich	weiblich		
	1.000				1.000				Anzahl
Deutschland									
31.12.1991	80.274,6	38.839,1	41.435,5	1.067	6.066,7	7,6	3.354,7	2.712,0	808
31.12.1992	80.974,6	39.300,1	41.674,5	1.060	6.669,6	8,2	3.720,6	2.949,0	793
31.12.1993	81.338,1	39.518,5	41.819,6	1.058	6.977,5	8,6	3.866,1	3.111,4	805
31.12.1994	81.538,6	39.645,0	41.893,6	1.057	7.117,7	8,7	3.915,5	3.202,2	818
31.12.1995	81.817,5	39.824,8	41.992,7	1.053	7.342,8	9,0	4.026,9	3.315,9	823
31.12.1996	82.012,2	39.954,9	42.057,3	1.053	7.491,7	9,1	4.088,2	3.403,5	833
31.12.1997	82.057,4	39.992,3	42.065,1	1.052	7.419,0	9,0	4.022,5	3.396,5	844
31.12.1998	82.037,0	40.004,1	42.032,9	1.051	7.308,5	8,9	3.945,2	3.363,3	853
31.12.1999	82.163,5	40.090,8	42.072,7	1.049	7.336,1	8,9	3.938,1	3.398,0	863
31.12.2000	82.259,5	40.156,5	42.103,0	1.048	7.267,6	8,8	3.874,2	3.393,4	876
31.12.2001	82.440,4	40.274,7	42.165,7	1.046	7.318,3	8,9	3.881,0	3.437,2	886
31.12.2002	82.536,7	40.344,9	42.191,8	1.045	7.348,0	8,9	3.871,1	3.476,9	898

1) Jeweiliger Gebietsstand.

Quelle: Statistisches Bundesamt, 1961 Volkszählung; ab 1970 Bevölkerungsfortschreibung

Anhangtabelle IX.2:

Aussiedlerstatistik seit 1980

Jahr	ehem. UdSSR	Republik Polen	ehem. CSFR	Ungarn	Rumänien	ehem. Jugoslaw.	sonstige Länder	Summe
1980	6.954	26.637	1.733	591	15.767	287	102	52.071
1981	3.773	50.983	33	667	12.031	234	138	69.455
1982	2.071	30.355	1.776	589	12.972	213	194	48.170
1983	1.447	19.121	1.176	458	15.501	137	85	37.925
1984	913	17.455	963	286	16.553	190	99	36.459
1985	460	22.075	757	485	14.924	191	76	38.968
1986	753	27.188	882	584	13.130	182	69	42.788
1987	14.488	48.423	835	581	13.994	156	46	78.523
1988	47.572	140.226	949	763	12.902	223	38	202.673
1989	98.134	250.340	2.027	1.618	23.387	1.469	80	377.055
1990	147.950	133.872	1.708	1.336	111.150	961	96	397.073
1991	147.320	40.129	927	952	32.178	450	39	221.995
1992	195.576	17.742	460	354	16.146	199	88	230.565
1993	207.347	5.431	134	37	5.811	120	8	218.888
1994	213.214	2.440	97	40	6.615	182	3	222.591
1995	209.409	1.677	62	43	6.519	178	10	217.898
1996	172.181	1.175	14	14	4.284	77	6	177.751
1997	131.895	687	8	18	1.777	34	0	134.419
1998	101.550	488	16	4	1.005	14	3	103.080
1999	103.599	428	11	4	855	19	0	104.916
2000	94.558	484	18	2	547	0	6	95.615
2001	97.434	623	22	2	380	17	6	98.484
2002	90.587	553	13	3	256	4	0	91.416
2003	72.289	444	2	5	137	8	0	72.885
Gesamt	2.240.210	1.444.489	105.088	21.408	429.986	90.370	55.716	4.387.267

Quelle: Bundesverwaltungsamt, III Stabsstelle, Statistik - Dokumentation, Köln

Anhangtabelle IX.3:

Alters- und Geschlechtsstruktur der Aussiedler 1999-2003

Altersgruppe	Berichtszeitraum				
	1999	2000	2001	2002	2003
Männlich					
bis unter 6	3.629	3.342	3.511	3.383	2.906
6 bis unter 18	12.710	11.138	11.087	9.568	7.242
18 bis unter 20	1.953	1.851	1.948	1.869	1.381
20 bis unter 25	4.930	4.729	4.798	4.569	3.648
25 bis unter 45	16.596	15.101	15.523	14.538	11.682
45 bis unter 60	6.275	5.937	6.498	6.156	5.193
60 bis unter 65	1.810	1.663	1.695	1.517	941
65 und älter	2.553	2.384	2.319	2.241	1.902
Insgesamt	50.456	46.145	47.379	43.841	34.895
Weiblich					
bis unter 6	3.553	3.268	3.377	3.337	2.655
6 bis unter 18	12.374	10.653	10.687	9.273	7.135
18 bis unter 20	2.069	1.909	2.129	1.995	1.544
20 bis unter 25	5.070	5.008	5.147	5.004	3.937
25 bis unter 45	17.625	15.717	16.338	15.105	12.077
45 bis unter 60	6.939	6.775	7.319	7.301	6.138
60 bis unter 65	2.265	2.205	2.237	1.778	1.207
65 und älter	4.565	3.935	3.871	3.782	3.297
Insgesamt	54.460	49.470	51.105	47.575	37.990
Gesamt					
bis unter 6	7.182	6.610	6.888	6.720	5.561
6 bis unter 18	25.084	21.791	21.774	18.841	14.377
18 bis unter 20	4.022	3.760	4.077	3.864	2.925
20 bis unter 25	10.000	9.737	9.945	9.573	7.585
25 bis unter 45	34.221	30.818	31.861	29.643	23.759
45 bis unter 60	13.214	12.712	13.817	13.457	11.331
60 bis unter 65	4.075	3.868	3.932	3.295	2.148
65 und älter	7.118	6.319	6.190	6.023	5.199
Insgesamt	104.916	95.615	98.484	91.416	72.885

Quelle: Bundesverwaltungsamt

Anhangtabelle IX.4:

Berufsstruktur der Aussiedler

Berufsstruktur der Aussiedler	1999	2000	2001	2002	2003
Land - und forstwirtschaftliche Berufe	8,78%	9,91%	8,30%	7,72%	7,86%
Bergbauende	0,52%	0,72%	0,64%	0,55%	0,55%
Industrielle und handwerkliche Berufe	35,81%	36,65%	35,57%	36,78%	36,21%
Technische Berufe	8,72%	7,77%	9,26%	10,37%	9,96%
Dienstleistungsberufe	44,48%	44,00%	41,88%	42,98%	44,77%
Sonstige	1,66%	0,92%	9,9%	1,57%	0,61%

Quelle: Bundesverwaltungsamt

Anhangtabelle IX.5:

Ausländer/innen nach Staatsangehörigkeit 1991-2002 ¹⁾

Staatsangehörigkeit	1991	1995	1999	2000	2001	2002
	in 1.000					
Europa ²⁾	4.856,4	5.920,3	5.930,3	5.857,8	5.834,7	5.816,7
darunter:						
Belgien	21,6	22,9	23,3	23,5	23,5	23,5
Dänemark	16,8	20,5	20,3	21,0	21,3	21,4
Finnland	11,2	14,8	15,4	15,9	16,1	15,8
Frankreich	88,9	99,1	107,2	110,2	111,3	112,4
Griechenland	336,9	359,6	364,4	365,4	362,7	359,4
Irland	12,9	15,7	15,5	15,7	15,6	15,6
Italien	560,1	586,1	615,9	619,1	616,3	609,8
Niederlande	113,3	113,1	110,5	110,8	112,4	115,2
Österreich	186,9	184,5	186,1	187,7	189,0	189,3
Portugal	93,0	125,1	132,6	133,7	132,6	131,4
Schweden	13,4	16,8	18,2	18,9	19,2	19,4
Spanien	135,2	132,3	129,9	129,5	128,7	127,5
Vereinigtes Königreich	103,2	115,8	113,5	115,4	115,2	114,7
EU-Staaten ³⁾	1.698,7	1.811,7	1.858,7	1.872,7	1.870,0	1.862,1
Bosnien und Herzegowina	.	316,0	167,7	156,3	159,0	163,8
Bulgarien	32,6	38,8	32,3	34,4	38,1	42,4
Ehem. Jugoslawien ⁴⁾	775,1	797,8	737,2	662,5	627,5	591,5
Kroatien	.	185,1	214,0	216,8	223,8	231,1
Lettland	2,1	4,6	7,4	7,9	8,5	8,9
Litauen	0,8	4,8	8,0	9,4	11,2	12,6
Mazedonien	.	34,0	49,4	51,8	56,0	58,3
Moldau	.	2,8	8,3	9,4	11,0	12,3
Polen	271,2	276,8	291,7	301,4	310,4	317,6
Rumänien	.	109,3	87,5	90,1	88,1	88,7
Russische Föderation	.	40,0	98,4	115,9	136,1	155,6
Slowakei	.	6,7	12,1	14,7	17,0	18,3
Slowenien	.	17,3	18,6	18,8	19,4	20,6
Ehem. Sowjetunion	51,4	58,4	39,3	34,4	28,9	25,1
Türkei	1.779,6	1.014,3	2.053,6	1.998,5	1.947,9	1.912,2
Ungarn	56,4	56,7	53,2	54,4	56,0	56,0
Ukraine	.	29,9	76,8	89,3	103,5	116,0
Afrika	236,4	199,3	300,6	299,3	303,0	308,2
darunter:						
Algerien	9,1	17,7	17,2	16,8	17,2	17,3
Ghana	22,0	21,6	22,6	22,8	23,2	23,5
Marokko	75,1	81,9	81,5	80,3	79,4	79,8
Nigeria	15,6	13,9	15,4	15,4	15,6	16,2
Tunesien	27,2	26,4	24,3	24,1	24,1	24,2

Amerika	160,6	183,0	205,4	213,3	218,9	223,9
darunter:						
Brasilien	12,1	16,8	22,4	24,1	25,8	27,2
Kanada	9,2	10,5	11,6	12,0	12,6	13,2
Vereinigte Staaten	99,7	108,4	112,0	113,6	113,5	112,9
Asien ⁵⁾	553,4	702,9	823,1	841,7	877,4	901,7
darunter:						
Afghanistan	36,4	58,5	72,0	72,2	71,7	69,0
China ⁶⁾	22,1	33,2	42,9	50,9	63,1	72,1
Indien	32,8	34,7	34,3	35,2	38,2	41,2
Iran, Islamische Republik	97,9	107,0	116,4	107,9	98,6	88,7
Japan	25,2	27,3	30,0	32,4	33,8	34,7
Korea, Republik	20,3	21,2	21,5	22,2	22,6	23,3
Libanon	50,9	54,8	54,1	51,4	49,1	47,8
Pakistan	28,2	36,9	38,3	37,0	35,4	34,9
Philippinen	23,7	25,2	24,7	24,5	24,0	23,5
Sri Lanka	40,5	54,6	55,1	50,6	46,6	43,6
Syrien, Arabische Republik	16,5	19,0	24,4	26,0	27,4	28,7
Thailand	17,8	26,7	34,9	37,8	41,5	45,5
Vietnam	78,1	96,0	85,4	84,1	85,9	87,2
Australien und Ozeanien	8,0	9,2	10,0	10,4	11,2	11,9
Staatenlos	22,8	19,3	18	17,5	17,3	17,2
Ungeklärt und ohne Angabe	44,8	48	56,1	56,8	56,1	56
Insgesamt	5.882,3	7.173,9	7.343,6	7.296,8	7.318,6	7.335,6

- 1) Abweichungen zwischen der Bevölkerungsfortschreibung und dem Ausländerzentralregister aufgrund unterschiedlicher Datengrundlagen.
- 2) Einschl. dem Gebiet der ehem. Sowjetunion ohne nähere Angaben.
- 3) EU-Staaten nach dem Stand: 1.1.1995.
- 4) 1991 einschl. Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Slowenien u. Mazedonien, die seit 1992 bzw. 1993 selbstständige Staaten sind; ab 1992 bzw. 1993: Serbien und Montenegro.
- 5) Einschließlich der in Asien gelegenen Nachfolgestaaten der ehem. Sowjetunion.
- 6) Ohne Taiwan.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister

Anhangtabelle IX.6:

Ausländer nach Bundesländern zum 31.12.2002

Stand: 31.12.2002	Gesamtbevölkerung	Ausländer (in 1.000)			Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung in %
	in 1.000	insgesamt	männlich	weiblich	
Baden-Württemberg	10.661,3	1.297,7	676,7	621,1	12,2
Bayern	12.387,4	1.174,0	613,9	560,1	9,5
Berlin	3.392,4	444,8	236,2	208,6	13,1
Brandenburg	2.582,4	66,8	41,4	25,4	2,6
Bremen	662,1	82,6	43,0	39,6	12,5
Hamburg	1.728,8	255,1	136,9	118,2	14,8
Hessen	6.091,6	705,5	361,4	344,1	11,6
Mecklenburg-Vorpommern	1.744,6	37,5	23,4	14,2	2,2
Niedersachsen	7.980,5	538,1	280,8	257,3	6,7
Nordrhein-Westfalen	18.076,4	1.979,8	1.035,3	944,5	11,0
Rheinland-Pfalz	4.057,7	311,7	168,3	143,5	7,7
Saarland	1.065,0	90,2	47,0	43,2	8,5
Sachsen	4.349,1	115,4	70,1	45,2	2,7
Sachsen-Anhalt	2.548,9	48,7	29,8	19	1,9
Schleswig-Holstein	2.816,5	153,4	78,0	75,4	5,4
Thüringen	2.392,0	46,6	29,1	17,5	1,9
Deutschland	82.536,7	7.348,0	3.871,1	3.476,9	8,9

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

Anhangtabelle IX.7:

Ausländische Bevölkerung zum 31.12.2002 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltsdauer in Deutschland ¹⁾

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	Davon Aufenthaltsdauer von ... bis unter ... Jahren ²⁾					
		Unter 1	1 - 6	6 - 10	10 - 15	15 - 20	20 und mehr
	1.000						
Europa ³⁾	5.816,7	217,8	1.020,8	840,3	1.025,2	413,5	2.299,1
darunter:							
Belgien	23,5	1,0	4,3	2,7	3,2	2,5	9,8
Dänemark	21,4	1,2	4,7	3,2	3,3	1,7	7,3
Finnland	15,8	1,1	3,8	2,3	1,7	0,9	5,8
Frankreich	112,4	6,6	26,7	14,5	15,5	10,2	38,8
Griechenland	359,4	6,4	42,2	36,2	66,4	22,6	185,6
Irland	15,6	0,9	3,8	3,1	4,1	1,3	2,5
Italien	609,8	11,0	73,0	61,0	68,9	57,7	338,3
Luxemburg	6,6	0,5	1,8	0,6	0,6	0,5	2,6
Niederlande	115,2	6,2	17,9	9,8	10,4	7,7	63,2
Österreich	189,3	5,1	24,7	13,5	18,2	13,9	113,9
Portugal	131,4	3,2	22,4	24,8	20,1	6,5	54,5
Schweden	19,4	1,5	5,5	3,0	2,5	1,3	5,7
Spanien	127,5	4,3	15,4	8,5	8,0	5,9	85,4
Vereinigtes Königreich	114,7	5,4	22,5	15,3	17,9	11,4	42,1
EU-Staaten ⁴⁾	1.862,1	54,5	268,6	198,5	240,9	144,1	955,5
Bosnien und Herzegowina	163,8	3,2	14,6	48,1	51,3	5,1	41,4
Bulgarien	42,4	7,2	16,1	6,1	10,0	1,1	1,9
Ehem. Jugoslawien ⁵⁾	591,5	12,7	108,8	114,0	146,5	21,7	187,7
Kroatien	231,0	3,6	18,0	20,8	38,3	12,9	137,3
Lettland	8,9	1,1	4,5	2,0	0,5	0,0	0,7
Litauen	12,6	2,3	6,3	3,0	0,7	0,0	0,2
Mazedonien	58,3	2,0	10,8	8,2	14,9	4,2	18,2
Moldau	12,3	1,8	7,3	2,9	0,4	0,0	0,0
Polen	317,6	24,0	80,7	55,9	93,4	34,7	28,9
Rumänien	88,7	8,2	26,7	17,5	31,6	2,3	2,3
Russische Föderation	155,6	24,1	89,3	33,2	8,7	0,5	0,4
Schweiz	38,0	1,8	6,7	4,1	4,6	2,7	18,0
Slowakei	18,3	3,8	9,0	3,5	1,2	0,4	0,4
Slowenien	20,6	0,6	1,5	1,3	1,7	0,9	14,5
Ehem. Sowjetunion
Türkei	1.912,2	36,2	241,3	262,1	331,2	171,6	869,8
Ungarn	56,0	5,4	13,9	8,6	13,6	5,3	9,2
Ukraine	116,0	15,7	66,1	29,3	34,1	0,1	0,1

Afrika	308,2	25,6	92,8	57,3	65,9	24,0	42,6
darunter:							
Algerien	17,3	1,8	5,1	4,1	3,7	0,7	1,9
Äthiopien	13,8	0,8	3,1	3,2	3,5	1,9	1,3
Ghana	23,5	1,4	5,3	3,2	6,6	3,5	3,4
Marokko	79,8	4,5	19,6	10,7	15,0	9,4	20,6
Nigeria	16,2	1,5	4,6	4,1	4,6	0,4	1,0
Tunesien	24,2	1,5	6,5	3,1	3,5	2,1	7,6
Amerika	223,9	21,0	66,3	33,6	35,8	18,0	49,1
darunter:							
Brasilien	27,2	2,9	10,0	5,5	4,8	1,6	2,4
Kanada	13,2	1,5	3,8	1,6	1,9	0,9	3,5
Vereinigte Staaten	112,9	8,9	26,2	13,7	18,5	10,9	34,8
Asien ⁶⁾	901,7	87,1	347,4	161,0	162,8	72,8	70,7
darunter:							
Afghanistan	69,0	2,7	24,5	21,1	14,8	3,1	2,8
China ⁷⁾	72,1	13,5	38,7	8,0	9,0	2,1	0,8
Indien	41,2	6,5	13,6	5,3	6,2	2,9	6,8
Iran, Islamische Republik	88,7	4,1	20,8	13,7	17,4	19,6	12,9
Japan	34,7	4,6	13,2	4,4	4,9	2,7	5,0
Korea, Republik	23,3	2,3	7,3	2,9	3,1	1,9	5,7
Libanon	47,8	2,0	9,2	6,8	18,4	7,6	3,8
Pakistan	34,9	2,1	10,0	6,6	8,8	3,0	4,4
Philippinen	23,5	1,2	2,2	4,5	5,9	3,4	2,8
Sri Lanka	43,6	1,5	10,6	10,9	10,9	7,9	1,8
Syrien, Arabische Republik	28,7	2,7	12,8	4,9	5,2	1,3	1,7
Thailand	45,5	4,3	16,3	8,8	9,0	3,8	3,3
Vietnam	87,2	4,6	21,9	14,4	33,9	7,6	4,8
Australien und Ozeanien	11,9	1,4	3,5	1,6	2,1	0,6	2,6
Staatenlos	17,2	0,3	2,2	1,7	3,3	1,7	8,0
Ungeklärt und ohne Angabe	56,0	2,4	16,5	9,7	13,4	5,3	8,6
Insgesamt	7.335,6	355,6	1.549,5	1.105,2	1.308,6	536	2.480,7

- 1) Abweichungen zwischen der Bevölkerungsfortschreibung und dem Ausländerzentralregisters aufgrund unterschiedlicher Datengrundlagen.
- 2) Die Aufenthaltsdauer ergibt sich ohne Berücksichtigung von Unterbrechungen aus der Differenz zwischen Auszählstichtag und Datum der ersten Einreise in das Bundesgebiet.
- 3) Einschl. dem Gebiet der ehem. Sowjetunion ohne nähere Angaben.
- 4) Stand: 1.01.1995.
- 5) Serbien und Montenegro.
- 6) Einschl. der in Asien gelegenen Nachfolgestaaten der ehem. Sowjetunion.
- 7) Ohne Taiwan.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister

Anhangtabelle IX.8:

Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, jeweils am Jahresende in Deutschland 1980-2003 ¹⁾

Jahres- ende	Empfänger		Davon					
	insgesamt	Sozial- hilfe- quote ²⁾	Deutsche			Ausländer		
			zusammen	Anteil an Spalte 1	Sozial- hilfe- quote ²⁾	zusammen	Anteil an Spalte 1	Sozial- hilfe- quote ²⁾
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	
1980	851.152	1,4	780.629	91,7	1,4	70.523	8,3	1,5
1981	846.821	1,4	759.698	89,7	1,3	87.123	10,3	1,8
1982	1.025.317	1,7	916.512	89,4	1,6	108.805	10,6	2,3
1983	1.140.877	1,9	1.022.871	89,7	1,8	118.006	10,3	2,6
1984	1.217.468	2,0	1.091.542	89,7	1,9	125.926	10,3	2,9
1985	1.397.783	2,3	1.213.933	86,8	2,1	183.850	13,2	4,1
1986	1.468.186	2,4	1.228.977	83,7	2,2	239.209	16,3	5,1
1987	1.552.210	2,5	1.274.529	82,1	2,2	277.681	17,9	6,5
1988	1.619.229	2,6	1.271.194	78,5	2,2	348.035	21,5	7,5
1989	1.737.273	2,8	1.323.539	76,2	2,3	413.734	23,8	8,3
1990	1.772.481	2,8	1.289.139	72,7	2,2	483.342	27,3	8,9
1991	2.036.087	2,5	1.469.095	72,2	2,0	566.992	27,8	9,3
1992	2.338.902	2,9	1.580.708	67,6	2,1	758.194	32,4	11,4
1993	2.450.371	3,0	1.705.255	69,6	2,3	745.116	30,4	10,7
1994	2.257.800	2,8	1.812.600	80,3	2,4	445.200	19,7	6,3
1995	2.515.693	3,1	1.995.494	79,3	2,7	520.199	20,7	7,1
1996	2.688.805	3,3	2.052.461	76,3	2,8	636.344	23,7	8,5
1997	2.893.178	3,5	2.228.442	77,0	3,0	664.736	23,0	9,0
1998	2.879.322	3,5	2.214.742	76,9	3,0	664.580	23,1	9,1
1999	2.792.479	3,4	2.163.147	77,5	2,9	629.332	22,5	8,6
2000	2.677.119	3,3	2.082.821	77,8	2,8	594.298	22,2	8,2
2001	2.698.862	3,3	2.097.104	77,7	2,8	601.758	22,3	8,2
2002	2.757.212	3,3	2.142.740	77,7	2,8	614.472	22,3	8,4
2003	2.811.203	3,4	2.194.269	78,1	2,9	616.934	21,9	8,4

1) Bis 1990 früheres Bundesgebiet.

2) Anteil aller Empfänger an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik

Anhangtabelle IX.9:

**Empfänger/-innen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
in Deutschland 1994-2003 nach Geschlecht**

Jahr	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	Anzahl		
1994 ¹⁾	462.379	273.034	189.345
1995 ²⁾	506.688	298.032	208.656
1996	508.973	298.259	210.714
1997	499.370	294.218	205.152
1998	450.254	269.513	180.741
1999	437.877	256.421	181.456
2000	353.884	205.442	148.442
2001	318.460	187.599	130.861
2002	280.447	167.073	113.374
2003	265.503	157.921	107.582
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
1994	x	x	x
1995	+9,6	+9,2	+10,2
1996	+0,5	+0,1	+1,0
1997	-1,9	-1,4	-2,6
1998	-9,8	-8,4	-11,9
1999	-2,7	-4,9	0,4
2000	-19,2	-19,9	-18,2
2001	-10,0	-8,7	-11,8
2002	-11,9	-10,9	-13,4
2003	-5,3	-5,5	-5,1

x Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll.

1) Aufgrund unvollständiger Angaben der Berichtsstellen liegt eine Untererfassung vor.

2) Ohne Bremerhaven.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Asylbewerberleistungsstatistik

Anhangtabelle IX.10:

Bruttoausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Deutschland 1994-2002

Jahr	Bruttoausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz insgesamt	Davon		Hilfe zum Lebensunterhalt (§2 AsylbLG)	Grundleistungen (§3 AsylbLG)	Besondere Leistungen
		außerhalb von Einrichtungen	in Einrichtungen			
1.000 Euro						
1994	2.853.828	2.064.648	789.180	1.727.568	679.521	446.739
1995	2.800.189	2.049.725	750.464	1.724.432	605.477	470.280
1996	2.879.063	2.155.701	723.362	1.704.803	673.311	500.950
1997	2.652.730	1.914.048	738.683	718.710	1.401.938	532.082
1998	2.238.724	1.571.622	667.102	-	1.758.754	479.970
1999	2.114.225	1.481.804	632.421	-	1.647.421	466.803
2000	1.945.207	1.346.836	598.371	146.602	1.340.406	458.199
2001	1.709.579	1.187.161	522.418	249.254	1.037.195	423.130
2002	1.584.665	1.054.406	530.259	225.957	971.461	387.247
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
1994	x	x	x	x	x	x
1995	-1,9	-0,7	-4,9	-0,2	-10,9	+5,3
1996	+2,8	+5,2	-3,6	-1,1	+11,2	+6,5
1997	-7,9	-11,2	+2,1	-57,8	+108,2	+6,2
1998	-15,6	-17,9	-9,7	-	+25,5	-9,8
1999	-5,6	-5,7	-5,2	-	-6,3	-2,7
2000	-8,0	-9,1	-5,4	x	-18,6	-1,8
2001	-12,1	-11,9	-12,7	+70,0	-22,6	-7,7
2002	-7,3	-11,2	+1,5	-9,3	-6,3	-8,5

- In diesen Jahren wurden keine Leistungen nach § 2 AsylbLG gewährt.
 X Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Asylbewerberleistungsstatistik

Anhangtabelle IX.11:

Heimatüberweisungen ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Jahr	Heimatüberweisungen (bis Ende 1998 in Mio. DM, ab 1999 in Mio. Euro)						
	insgesamt	darunter nach:					
		Griechenland	Italien	Jugoslawien ¹⁾	Portugal	Spanien	Türkei
Mio. DM							
1971	6.150	800	1.050	1.500	150	500	1.800
1972	6.750	850	1.100	1.600	200	500	2.100
1973	7.500	800	1.100	1.900	250	550	2.400
1974	8.200	750	1.050	2.050	300	600	2.850
1975	7.900	800	950	2.100	300	550	2.600
1976	8.200	1.000	950	2.100	300	500	2.750
1977	7.450	850	900	1.800	250	450	2.600
1978	7.800	700	1.200	1.800	250	400	2.750
1979	7.650	700	1.300	1.600	250	350	2.700
1980	8.050	600	1.350	1.600	200	300	3.100
1981	8.250	550	1.300	1.650	200	300	3.350
1982	8.250	550	1.400	1.650	200	300	3.300
1983	8.300	550	1.500	1.700	200	250	3.200
1984	9.000	650	1.600	1.600	300	300	3.600
1985	7.950	650	1.500	1.400	250	250	2.900
1986	7.450	650	1.350	1.500	200	250	2.500
1987	7.350	650	1.350	1.350	200	300	2.450
1988	7.450	600	1.250	1.350	200	350	2.500
1989	7.500	700	1.250	1.350	200	350	2.500
1990	7.060	700	1.250	1.350	200	350	2.010
1991	6.429	750	1.200	900	250	350	1.629
1992	6.825	800	1.250	150	150	450	2.610
1993	6.838	750	1.200	120	150	400	2.838
1994	7.500	800	1.200	200	240	400	3.000
1995	7.600	800	1.200	200	270	400	3.000
1996	7.401	840	1.320	210	300	420	2.640
1997	7.519	750	950	258	300	600	2.600
1998	6.936	720	850	238	300	420	2.400
Mio. Euro							
1999	3.429	332	383	110	143	205	1.227
2000	3.458	370	300	110	140	220	1.200
2001	3.520	250	300	110	140	220	1.200
2002	3.470	220	240	110	120	300	1.200

1) Bis einschließlich 1992 ehemaliges Jugoslawien; ab 1993 Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro).

Quelle: Deutsche Bundesbank

X. Menschen in extremer Armut und begrenzt selbsthilfefähige Personen

Anhangtabelle X.1:

Geschätzte Zahl der Wohnungslosen

Haushaltsstruktur	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Wohnungslose in Mehrpersonenhaushalten	390.000	380.000	370.000	330.000	260.000	220.000	200.000	180.000
wohnungslose Einpersonenhaushalte	190.000	210.000	220.000	200.000	180.000	170.000	150.000	150.000
Wohnungslose (ohne wohnungslose Aus-siedler)	580.000	590.000	590.000	530.000	440.000	390.000	350.000	330.000
Wohnungslose Aus-siedler	340.000	340.000	270.000	150.000	110.000	110.000	90.000	80.000
Alle Wohnungslosen	920.000	930.000	860.000	680.000	550.000	500.000	440.000	410.000
Bandbreite +/-10 %	830.000 - 1.000.000	840.000 - 1.000.000	770.000 - 950.000	610.000 - 750.000	500.000 - 610.000	450.000 - 550.000	480.000 - 390.000	450.000 - 370.000

Alle Zahlen gerundet.

Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe

Teil B: Maßnahmen der Bundesregierung

Anhangtabelle B I.1:

Beitrag der Steuerpflichtigen zum Steueraufkommen 2004 ¹⁾

obere ... % der Steuerpflichtigen ²⁾	Einkünfte ab ... Euro	kumulierter Anteil in %			
		an der Einkommensteuer ³⁾	am Gesamtbetrag der Einkünfte	am zu versteuernden Einkommen	am verfügbaren Einkommen ⁴⁾
5	85.400	41,4	23,5	24,3	21,3
10	67.000	52,9	34,1	35,1	31,5
15	57.950	61,0	42,7	43,9	40,0
20	51.600	67,5	50,4	51,7	47,7
25	46.550	72,9	57,3	58,6	54,7
30	42.100	77,4	63,5	64,8	61,0
35	38.100	81,4	69,1	70,4	66,8
40	34.350	85,1	74,1	75,4	72,0
45	31.030	88,6	78,7	79,9	76,6
50	28.200	91,7	82,9	84,0	80,8
untere... % der Steuerpflichtigen ²⁾	Einkünfte bis ... Euro	kumulierter Anteil in %			
		an der Einkommensteuer ³⁾	am Gesamtbetrag der Einkünfte	am zu versteuernden Einkommen	am verfügbaren Einkommen ⁴⁾
20	8.800	-	1,1	1,3	1,6
25	12.250	0,1	2,6	2,4	3,5
30	16.150	0,7	4,6	4,1	5,9
35	19.600	1,8	7,1	6,3	8,8
40	22.680	3,4	10,0	9,1	12,0
45	25.450	5,6	13,4	12,3	15,4
50	28.200	8,3	17,1	16,0	19,2

- 1) Ergebnis einer Fortschreibung der Einkommensteuer-Stichprobe (Echtdaten) unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzung.
 - 2) Zusammenveranlagte Ehepaare rechnen als ein Steuerpflichtiger.
 - 3) Einkommensteuer ggf. nach Abzug des Kindergeldes.
 - 4) Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit zuzüglich sonstige Einkünfte, Lohnersatzleistungen und Kindergeld abzüglich Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag und Vorsorgeaufwendungen (Sozialabgaben und sonstige Versicherungsleistungen).
- keine Steuerbelastung; d.h. keine Steuerzahllast nach Berücksichtigung insbesondere der steuerlich abziehbaren Vorsorgeaufwendungen und des Grundfreibetrages.

Quelle: Datensammlung zur Steuerpolitik/ Ausgabe 2004; herausgegeben vom Bundesministerium der Finanzen, Berlin Oktober 2004

